

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 7 • Sommer 2023

Preis: 2 Euro

Was unsere Partei kennzeichnet:

Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.



Inhalt:

Editorial	2
Der Ukraine-Krieg: ein Jahr des kapitalistischen Wahnsinns	4
Die Streikwelle in Großbritannien geht weiter und kündigt die Wiederaufnahme der Kämpfe auch im übrigen Europa an	11
Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 2023	17
Bericht aus Zürich zum Baustreik im November 2022	23
Dokumentation Diskussionskreis „Revolutionäre Klärung“ in Zürich	26
Der Mythos der Wobblies	28
KP China – eine erfolgreiche bürgerlich-revolutionäre Partei und ihre kapitalistische Großmachtspolitik – Teil II	31
100 Jahre „Geschichte und Klassenbewußtsein“ von Georg Lukács	42
Repression und Militarisierung der Gesellschaft ist die einzig wahre Staatsreligion	50
Aus dem Parteileben	54

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg zwischen der NATO und Russland geht jetzt schon das zweite Jahr und hat sich in einen blutigen militärischen Abnutzungskrieg verwandelt. Die wirtschaftliche Abnutzung findet vor allem in der bröckelnden EU statt, wo sich die ökonomische und politische Rezession die Hand geben. Das Wirtschaftswachstum seiner selbst erklärten Führungsmacht Deutschland hat den Rückwärtsgang eingelegt, die Inflation ist dauerhaft hoch (bei Lebensmitteln bis zu zwanzig Prozent!) und die Bundesregierung versucht, nachdem sie sich mit Milliardeninvestitionen in den NATO-Kriegskurs involviert hat, sich jetzt mit ebensolchen Milliardensubventionen für internationale Konzerne in den Standortwettbewerb mit den USA zu begeben. Die ökonomische Orientierung auf ein erhofftes neues Akkumulationsmodell wird ideologisch v.a. von den Grünen vorgegeben: Weg von der fossilen Energie, hin zu einem „Green New Deal“. Als Katalysator erhoffen sich diese skrupellosen Kriegstreiber eben den Ukrainekrieg. Das dabei erstmal nur Erdgas und Kohle aus Russland durch noch umweltschädlicheres Fracking-Gas aus den USA und Kohle aus Kolumbien ersetzt werden (die Kohleverstromung stieg dabei 2022 sogar um zehn Prozent), wird – genauso wie die vermutlich über hunderttausend Kriegstoten in der Ukraine – als Kollateralschaden hingenommen. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich (und müsste auch dem letzten alternativen 80er-Jahre-Pazifisten die Haare zu Berge stehen lassen), dass grüne Führungspolitiker:innen wörtlich vor einer zunehmenden „Kriegsmüdigkeit“ warnen.

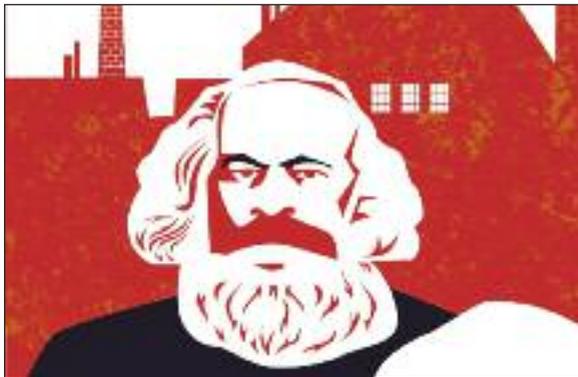
Auch wenn im letzten Winter die großen sozialen Bewegungen gegen die Kriegsfolgen ausgeblieben sind, zeigt sich eine Rückkehr des Klassenkampfes in Europa. Die Millionenmobilisierungen gegen Macrons Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Frankreich, die langwierigen und breiten Streiks in Großbritannien und nicht zuletzt die ungewohnt große Mobilisierung in den hiesigen gewerkschaftlichen Tarifrunden zeigen, dass die Arbeiter:innenklasse langsam wieder das Spielfeld betritt. Die Ambivalenz zwischen aufblitzender Militanz und staatsgewerkschaftlicher Kontrolle zeigt, dass es sich hierbei um eine langwierige und nicht gradlinige Entwicklung handelt, die auch unsere politische Intervention erfordert. Wichtig ist es, dass sich innerhalb wie außerhalb der offiziellen Gewerkschaften klassenkämpferische Strukturen bilden, die bei entsprechender Entwicklung des Klassenkampfes auch eigenständige gewerkschaftliche Organisationen hervorbringen können. Für uns ist allerdings klar: Dies kann nicht „am Runden Tisch“ geschehen, sondern muss Ergebnis der real stattfindenden Kämpfe und der entsprechenden Umgruppierungsprozesse sein. Für einen erfolgreichen Kampf gegen den Kapitalismus müssen die Arbeiter:innenklasse ihre Kampforgane und die Kommunist:innen die politische Führung organisieren.

In der heutigen konterrevolutionären Situation dominiert allerdings der demokratisch organisierte politische Scheinkampf, werden kampagnenhaft „Protestwähler:innen“ konstruiert. Während die politische Rechte in Europa im Aufwind ist, demagogisch die immer mehr Realität werdenden sozialen Abstiegsängste aufgreift und dumpfen Rassismus mit einer von der politischen Linken aufgegebenen Antikriegshaltung verknüpft, führen die „linken“ Politiker:innen das Einzige ins Feld, was sie noch haben: Den Antifaschismus. Hier wird dann selbst den grünen Kriegstreiber:innen wieder ein humanistisches, zivilgesellschaftliches Herz zugetraut, aber auch die CSU versucht sich im bevorstehenden bayerischen Wahlkampf als Gralshüterin der Demokratie zu verkaufen.

Es sollte die linken „ehrlichen Antifaschist:innen“ doch nachdenklich machen, wenn von Regierungspolitik und Staatsmedien Empörungskampagnen gegen die AFD als „faschistische Gefahr“ organisiert werden. Empörungskampagnen, mit denen sich die „demokratischen Regierungen“ reinwaschen und das von ihnen mit Krieg, Inflation und Sozialkürzungen gepeinigtes Wahlvolk wieder für „hehre Ziele“ mobilisieren wollen. „Hehre Ziele“, die nur noch mit der Negativfolie der drohenden Verschlechterung

gezeichnet werden können und immer mehr als leere, ideologische Fassade wahrgenommen werden und kaum noch Mobilisierungspotential haben.

Es ist ja auch schwer zu verstehen, wo jetzt gerade die wirkliche „faschistische Gefahr“ herkommt, wenn z.B. Innenministerin Faeser die Sippenhaft (vorerst) für arabische Großfamilien wieder einführen will oder Außenministerin Baerbock zum ersten Mal nach 1941 wieder eine – kaum als Versprecher zu deutende – Kriegserklärung gegen Russland formuliert („Wir sind im Krieg mit Russland“). Wo ist der Unterschied dieser „Demokraten:innen“ zur „faschistischen“ italienischen Ministerpräsidentin Meloni, die gerade allen „Arbeitsfähigen“ die Sozialhilfe streicht und stattdessen Milliarden für Unternehmenssubventionen und Rüstungsausgaben bereitstellt?



Egal, wir haben immer die systemische Identität von Demokratie und Faschismus hervorgehoben und den „Antifaschismus“ als bürgerliche Waffe gegen den Klassenkampf begriffen. Ein Klassenkampf der trotz aller Totsagungen der Arbeiter:innenklasse immer deutlicher zu Tage tritt. Und das ist die einzige wirklich relevante und positive Nachricht in der real existierenden Dystopie.

Wir gehen auf den folgenden Seiten u.a. auf die internationale Entwicklung im Jahr zwei des Ukrainekrieges ein, fassen die Streikbewegungen in Großbritannien zusammen und berichten vom jüngsten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst in Deutschland. Als Beispiel für die auch politische proletarische Formierung im Zusammenhang mit dem imperialistischen Krieg und dem Wiederauftreten der Arbeiter:innenklasse dokumentieren wir neben einem Bericht aus Zürich über eine militante Bauarbeiter:innendemonstration auch das erste Flugblatt eines dortigen Kreises zur revolutionären Klärung. Im zweiten Teil über die kapitalistische Entwicklung Chinas, der ursprünglich schon in der letzten Nummer erscheinen sollte, gehen wir auch auf die aktuelle ökonomische Krise und imperialistische Großmachtspolitik dieser neuen Supermacht in Wartestellung ein. Mit einem Rückblick auf das vor 100 Jahren erschienene Buch von Georg Lukács „Geschichte und Klassenbewußtsein“ stellen wir abschließend seine damaligen philosophischen und politischen Ansichten dar, die für ein tieferes Verständnis der kommunistischen Programmatik auch heute noch durchaus dienlich sind.

Unsere Artikel sind auch in mehreren Sprachen auf unserer Webseite:

Internationale Kommunistische Partei

**(Kommunistisches Programm – il programma comunista
– the internationalist – cahiers internationalistes)**

www.internationalcommunistparty.org

Der Ukraine-Krieg: ein Jahr des kapitalistischen Wahnsinns

Folgenden Artikel haben wir im Februar, zum Jahrestag des Einmarsches Russlands in die Ukraine geschrieben. Er ist immer noch hochaktuell auch wenn sich die Art der Waffenlieferungen (inzwischen bereits Marschflugkörper, bald Kampfflugzeuge) wie wir prognostiziert haben weiter verschärft hat.

Der Ausgangspunkt des Krieges

Auch wenn wir in unserer Presse bereits ausführlich über die Entwicklung in der Ukraine berichtet haben, wollen wir noch einmal kurz skizzieren, wie es zu diesem Krieg kam und die Ereignisse Revue passieren lassen. Der vor etwa einem Jahr ausgebrochene Ukraine-Krieg markierte eine neue Eskalation

des bereits seit 2014 schwelenden Konfliktes. Damals kam es durch vom Westen unterstützte Unruhen (die „Orangene Revolution“), an deren Spitze sich ukrainische Nationalist:innen stellten, zu einem Sturz des russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowitsch. In Folge der politischen Lage in der Ukraine und der Versuche des Westens (der USA und der EU), die eigenen wirtschaftlichen (Assoziierungsabkommens der EU) und militärischen (NATO-Osterweiterung) Einflussphären auszuweiten und Russland zurückzudrängen, sah Russland seine eigenen Interessen in Gefahr. Daraufhin hielt Russland auf der strategisch wichtigen Halbinsel Krim, auf der auch die russische Schwarzmeerflotte stationiert war, ein Referendum ab und annektierte diese, während der Westen seine Berater in die Ukraine schickte, das Militär ausbildete und das Land mit Waffen vollpumpte. Außerdem begann der Westen mit ersten Sanktionen einen Wirtschaftskrieg gegen Russland. Es



Ukrainische Faschist:innen des Asow-Bataillons werden vom Westen unterstützt.

folgte ein blutiger Bürgerkrieg in den ostukrainischen Republiken Luhansk und Donezk – bedeutende Industriezentren, die wirtschaftlich eng mit Russland verwoben sind – als diese sich mit russischer Einflussnahme und Unterstützung von der Ukraine abspalten wollten und dort das ukrainische Militär, vom Westen unterstützt, einmarschierte. Dann wurde am 12. Februar 2015 das Minsker Friedensabkommen unterzeichnet und am 17. Februar einstimmig als Resolution vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet. Das Abkommen wurde aber nie eingehalten – die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte gar Anfang Dezember 2022 (als der Krieg längst im Gange war) zugegeben, dass auch nie die Absicht dazu bestand, sondern es lediglich darum gegangen sei, Zeit zu gewinnen, um die Ukraine militärisch gegen Russland aufzurüsten. Putin wiederum erklärte das Abkommen für gescheitert. In der Folge wurden die ukrainischen Volksrepubliken Luhansk und Donezk durch Russland am 21. Februar 2022 anerkannt und mit dem Anschluss am 24. Februar 2022 eskalierte der Konflikt zu einem Krieg, als die russische Armee in diese Republiken, aber auch im Norden, im Süden und im Osten in die Ukraine einmarschierte. Der Krieg betrifft nun nicht mehr „nur“ die Ukraine und Russland, sondern der gesamte „Westen“, vor allem die NATO-Staaten, steht mit Russland faktisch im Krieg: während die Ukraine das proletarische Schlachtvieh liefert wird sie von der NATO massiv mit Waffen und Söldnern (teils NATO-Soldaten ohne Abzeichen) sowie militärisch und nachrichtendienstlich sowie durch beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Russland unterstützt.

Die ideologische Begründung und die realen Ursachen des Krieges

Wie jeder Krieg wird auch dieser Krieg ideologisch begründet. Während für den Überfall auf Jugoslawien Menschenrechte und der Antifaschismus als Begründung herhalten mussten (schließlich wurden von den Serben angeblich Konzentrationslager gebaut), der Irak angeblich über Massenvernichtungswaffen verfügte und die Taliban in Afghanistan am Anschlag des 11. September in New York schuld gewesen sein sollen, geht es für den Westen jetzt angeblich darum, ein angegriffenes Land bei seiner Selbstverteidigung zu unterstützen, während Russland diesmal die antifaschistische Karte spielt und die Unterdrückung der russischen Minderheit als Begründung für den Krieg ins Feld führt. Nur in einem Punkt ist Russland ehrlicher, wenn es bei der Osterweiterung der NATO und der Stationierung von NATO-Soldaten und NATO-Übungen vom Überschreiten einer „Roten Linie“ spricht, die eine Gefahr für die russischen Sicherheitsinteressen darstellen würden. Denn es handelt sich hier nicht um Minderheiten- oder Menschenrechte oder um die Unterstützung eines angegriffenen Landes, sondern um reine Interessenpolitik, also die Frage, wer die Ukraine und Osteuropa wirtschaftlich und militärisch kontrolliert und wie man dem politischen Gegner (NATO vs. Russland) einen größtmöglichen Schaden zufügen kann bzw. diesen „eindämmen“ kann. Dem Westen, vor allem den USA, ist die Ukraine scheißegal, deshalb geht es hier auch nicht darum zu verhindern, dass das Land in Schutt und Asche gelegt wird, mit hunderttausenden Toten und noch mehr Flüchtlingen, sondern Russland soll um jeden Preis (auch um den der „Unversehrtheit“ der Ukraine) besiegt werden. Außerdem ist eine Sache besonders wichtig an diesem Konflikt: jede Seite (NATO und Russland) will um jeden Preis gewinnen:

Erstens wollen die NATO und vor allem die USA ein Exempel statuieren, weil Russland es wagt, sich der unipolaren Weltordnung unter Führung der USA entgegenzusetzen und die westlichen Interessen (ökonomisch und militärisch) durchkreuzt, statt ein höriger Vasall zu werden (übrigens genauso wie China).

Zweitens ist Russland nicht bereit, die wirtschaftlichen Verbindungen zur Ukraine aufzugeben und außerdem einen Nachbarstaat an seinen Grenzen zu haben, der Mitglied der NATO ist und mit Atomraketen und westlichen Waffensystemen übersät ist. Eine Situation, die, wenn der Westen erst einmal Fakten geschaffen hat, zudem unumkehrbar wäre.

Für beide Seiten, eine absteigende Supermacht mit ihren Satellitenstaaten und ein sich in die Ecke gedrängt gefühltes Russland, ist ein Sieg in diesem Krieg also essentiell, was auch die immer weiter gehende Eskalationsspirale erklärt – mit der realen Gefahr eines dritten Weltkrieges, was nichts anderes bedeuten würde, als dass wir eines Tages in einer „Mondlandschaft“ mit Abermilliarden von Todesopfern aufwachen würden (wenn all die Folgen wie Hungersnöte, Bürgerkriege und Destabilisierung mit eingerechnet werden), so kann Science Fiction aus Hollywood schnell Realität werden!

Über all das haben wir bereits in zahlreichen Artikeln ausführlich geschrieben – es ist aber notwendig, sich dies immer wieder zu vergegenwärtigen, wenn wir uns rückblickend einige Aspekte dieses Krieges genauer anschauen möchten.

Die Reaktionen des Westens und die Widersprüche innerhalb der EU und mit den USA



Eine wichtige Rolle spielten zu Beginn des Krieges die vom Westen verabschiedeten Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die bereits seit Jahren vorbereitet in der Schublade lagen, um zu geeigneter Stunde einen Wirtschaftskrieg gegen den imperialistischen Konkurrenten führen zu können. Andererseits unterhielten die EU und insbesondere Deutschland enge Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und waren stark von russischer Energie abhängig. Deshalb waren anfangs noch ei-

nige Bereiche von den Sanktionen ausgenommen, wie das SWIFT-Zahlungssystem und der Energiesektor. Aber aufgrund des Drucks der USA und einiger osteuropäischer Länder wie Polen gab vor allem Deutschland nach und so änderte sich dies bereits sehr schnell in den ersten Wochen.

Betroffen von den Sanktionen waren Mitglieder der russischen Staatsduma, Mitglieder des Föderationsrates der Russischen Föderation, Geschäftsleute und Oligarch:innen. Aber auch „stinknormale“ russische Bürger:innen konnten de facto nicht mehr ins Ausland verreisen. Dann wurden der Finanzsektor (das Einfrieren russischer Währungsreserven im Ausland und das Abschneiden Russlands vom Dollar und Euro) und russische Banken durch den Ausschluss vom SWIFT-Zahlungssystem, der Energie- und der Verkehrssektor (so wurden z.B. keine Ersatzteile mehr für Flugzeuge geliefert), Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Halbleiter und die Sendetätigkeiten russischer Sender wie Sputnik und Russia Today sanktioniert. Die Sanktionen im Energiesektor waren in den ersten Monaten aufgrund der deutschen und europäischen Abhängigkeit nicht so schwer, weil man sich nicht selber schaden wollte. Russland war gut auf die Sanktionen vorbereitet, da so etwas bereits erwartet worden war, warf dem Westen Vertragsbruch vor und reagierte wiederum mit Gegensanktionen und nutzte Alternativen. So ist der vom Westen erwartete Absturz des Rubels nicht eingetreten, sondern im Gegenteil: da Russland seine Geschäfte mit China, Indien und anderen Ländern nun nicht mehr in Dollar oder Euro, sondern in den eigenen Währungen abwickelt, hat sich der Westen letztlich selber geschadet. Längerfristig ist das Vertrauen in westliche Währungen gesunken und es wächst die Angst anderer Länder, sich z.B. in technologische Abhängigkeit vom Westen zu begeben, da beides jederzeit als Waffe eingesetzt werden kann, wie der aktuelle Konflikt zeigt.

Nach Druck aus Washington und einiger osteuropäischer Länder wie Polen (und natürlich der Ukraine) haben auch andere europäische Länder (darunter Deutschland) auch damit begonnen, die Importe von Erdöl und Erdgas aus Russland zu reduzieren, wenn auch zunächst halbherzig mit vielen Ausnahmen und Hintertürchen, um dann teures Flüssig-Erdgas aus den USA zu beziehen. Im Endeffekt schadet sich Europa wieder einmal selber damit und es gibt so absurde Situationen, dass Saudi-Arabien Erdöl aus Russland importiert, um selber mehr Erdöl an den Westen exportieren zu können, natürlich zu höheren Preisen. Der Höhepunkt des Energiekrieges gegen Russland und Europa war dann der mutmaßlich von den USA durchgeführte (oder zumindest unterstützte) Terroranschlag auf die Nordstream-Pipelines am 26. September 2022, an dem auch norwegische Behörden beteiligt gewesen sein sollen, über den bisher billiges russisches Erdgas nach Europa und vor allem Deutschland importiert wurde und der u.a. von polnischer Seite jubelt wurde. Hier zeigen sich deutlich die inneren Widersprüche in der EU zwischen den Ländern, die auf billige russische Energie angewiesen sind und gerne auch weiterhin gute Wirtschaftsbeziehungen zu Russland unterhalten wollen (insbesondere Deutschland und Frankreich) und jenen, die einen Bruch mit Russland anstreben (einige osteuropäische Staaten und die baltischen Staaten).

Ende 2022 wurden die Energiesanktionen weiterhin verschärft, eine weitere Demonstration dafür, dass Europa als politisches Subjekt nicht existiert. Vor allem die USA, die den Wirtschaftskrieg gegen Russland am stärksten forcieren, profitieren in mehrfacher Hinsicht: erstens verdienen US-Konzerne Milliarden mit dem Verkauf von teurem LNG-Gas nach Europa, zweitens wird die Konkurrenz aus Deutschland, Italien und anderen europäischen Ländern durch die hohen Energiekosten geschwächt (die Rede ist bereits von einer Deindustrialisierung), drittens soll der imperialistische Gegner Russland ein für alle Mal



Von Deutschland gelieferte Leopard-Panzer werden bereits auf dem Schlachtfeld eingesetzt und zerstört.

aus dem Weg geräumt werden – es wird im Westen bereits von einem Auseinanderfallen Russlands nach dem „Vorbild“ der Sowjetunion geträumt.

Zusätzlich zu den Wirtschaftssanktionen hat die NATO die Ukraine mit gewaltigen Waffenlieferungen und mit militärischer und nachrichtendienstlicher Aufklärung unterstützt. Während sich Deutschland anfangs auf die Lieferung von Helmen beschränkte – auch hier wird deutlich, dass man sich dagegen sträubte, die guten Beziehungen zu Russland nachhaltig zu zerstören – werden nun neben Artilleriesystemen und Schützenpanzern auch Kampfpanzer geliefert und ukrainische Soldat:innen ausgebildet. Obwohl sich die BRD nach den USA und Großbritannien nun auf dem dritten Platz befindet, was die Waffenexporte in die Ukraine betrifft, gab es von deutscher Seite einiges Zögern und Zaudern bei jeder weiteren Ausweitung der Rüstungsexporte, das aber immer wieder auf Druck der anderen NATO-Staaten aufgebrochen wurde. Inzwischen verbraucht die Ukraine gar so viel Munition, dass NATO-Chef Stoltenberg bereits davor warnt, dass dem Kriegsbündnis die Waffen und Munition ausgehen könnten. Die Raketenziele werden dem ukrainischen Militär von der NATO „vorgeschlagen“, die diese mit ihren umfangreichen Fähigkeiten (Satellitenaufklärung usw.) auswählt und selbst NATO-Militärangehörige kämpfen bereits in größerer Anzahl in der Ukraine – selbstverständlich als freiwillige Söldner:innen und ohne Militärabzeichen. Damit befindet sich die NATO bereits faktisch im Krieg mit Russland, ohne sich selber die Hände schmutzig machen zu müssen, da (größtenteils, bis auf ausländische Söldner:innen!) die Ukrainer:innen als Kanonenfutter herhalten müssen und es die Ukraine ist, die zerbombt wird, und nicht die USA oder irgendein EU-Land – im Gegenteil profitieren insbesondere die USA auch wirtschaftlich von der erwarteten Deindustrialisierung der europäischen Länder und vor allem Deutschlands. Gleichzeitig ist der Kampf um die Marktanteile beim Wiederaufbau der Ukraine entbrannt, bei dem auch die deutsche Industrie hofft, wieder aus dem Hintertreffen hinauszukommen.

Manipulation der öffentlichen Meinung und Stimmungsmache für den Krieg

Zu jedem Krieg gehört auch der Propagandakrieg der jeweiligen kriegstreibenden Seite. Das gilt zunächst für die entsprechenden Regierungen und Institutionen, die den Krieg selber und jede weitere Maßnahme und Eskalation rechtfertigen, wie beispielsweise die Behauptung, dass Waffenlieferungen an die Ukraine Frieden schaffen würden, natürlich unter konsequenter Ausblendung der eigenen Beteiligung bei der Eskalation des Konfliktes (wie die Osterweiterung der NATO, NATO-Militärübungen in der Ukraine und die wirtschaftliche Zurückdrängung Russlands durch den Westen, also der Zusammenprall zweier imperialistischer Blöcke). Schuld an dem Krieg ist auf jeden Fall immer die andere Seite! Um diesen Mythos zu pflegen, wird die Behauptung, dass sich die gesamte Welt gegen Russlands Aggression vereint hat, stets gebetsmühlenartig wiederholt. Dabei ist das Gegenteil der Fall: es sind zwar die wirtschaftlich dominanten Staaten der G7 und der NATO, aber viel mehr auch nicht, die sich an den Sanktionen und Waffenlieferungen beteiligen. Und auch innerhalb dieses Bündnisses gibt es starke Widersprüche und divergierende Interessen, die aber nicht offen ausgetragen werden. Wir



Westliche Medien, die Russland die alleinige Kriegsschuld geben, haben bereits vor einem Jahr die Niederlage Russlands herbeigeredet.

kennen weder die Gesprächsinhalte und Drohungen, mit denen die USA einige EU-Länder unter Druck setzen, noch scheint irgendein westliches Land ernsthaft daran interessiert zu sein, den größten Terroranschlag der letzten Jahre gegen einen „Verbündeten“ aufzuklären, die Sprengung der Nordstream-Gaspipelines. Auch der Versuch, die „eigene“ Bevölkerung mit dem Versprechen eines schnellen Sieges bei Laune zu halten, gehört zu der gängigen Kriegspropaganda – zuerst von Russland, dass sich selbst zu Kriegsbeginn verschätzt hat, dann vom Westen, der geglaubt hat, Russland würde binnen ein paar Wochen wirtschaftlich und militärisch gegen die geballte Macht der NATO zusammenbrechen. Dabei

stecken beide Seiten in großen Schwierigkeiten, und die Diskussion um die Lieferung von immer mehr und schwereren Waffen zeigt nur, dass die Ukraine ohne eine ständige Ausweitung westlicher Unterstützung in allen Bereichen (ökonomisch und militärisch) unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen würde, den der Westen mit allen Mitteln verzweifelt verhindern will.



Selenski beherrscht das Spiel mit den Medien, die ihn gerne als „Helden“ abfeiern.

Beeindruckend ist zudem, und wir haben dies bereits bei den Corona-Maßnahmen gesehen, die ein Experimentierfeld für eine weitere Aufrüstung des gepanzerten Staates waren, wie einerseits abweichende Meinungen öffentlich diffamiert werden bis hin zur Zerstörung persönlicher Existenzen. So sah sich die MDR-Redakteurin Ronny Arndt einer beispiellosen Hetzkampagne ausgesetzt, weil sie es gewagt hatte, einerseits das ständige Verschieben „Roter Linien“ bei deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine zu kritisieren und darüber hinaus auch noch auf die Nähe der FDP-Politikerin Strack-Zimmermann zur Rüstungsindustrie hingewiesen hatte. Die Angst vor der pauschalen Beschimpfung als „Putin-Versteher“ und der damit verbundene Karriereknick (oder im schlimmsten Fall die Entlassung) dürfte die meisten Journalist:innen und sonstige Persönlichkeiten zur „Vernunft“ bringen.

Andererseits können wir sehen, wie der überwiegende Teil der staatstragenden Medien völlig unkritisch jeden Aspekt staatlicher Propaganda übernimmt, teilweise gar noch manch eine Regierung vor sich hertreibt und ständig neue Waffenlieferungen und Sanktionen fordert. Hinzu kommen die infantile Dämonisierung und Diffamierung des jeweiligen Kontrahenten („Putin=Hitler“, „Ukraine+NATO=NAZIS“ usw.), um das Feindbild medial zu pflegen.

In allen westlichen Ländern haben sich die sogenannten Leitmedien zu echten Sprachrohren der westlichen Kriegstreiberei entwickelt, dasselbe gilt umgekehrt für die russischen Medien. So stellt auch der „Spiegel“ fest, dass Patriotismus (natürlich in Zeiten, wo man selber Krieg führt!) „plötzlich“ wieder ein positiv besetzter Begriff sei. Das geht dann auch so weit, dass bei der Berichterstattung, wer welches Dorf erobert hat, wer welchen Panzer usw. abgeschossen hat, nur die Verluste der Gegenseite gezeigt werden und wir im „Westen“ fast schon den Eindruck haben müssten, dass bisher nur ein paar dutzend ukrainische Soldaten gefallen sind und Moskau kurz vor dem Fall stünde. Die Liste der Überbietungen an dumpfen Meldungen in den Medien ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Linke des Kapitals und die notwendige Reaktion der Arbeiter:innenklasse

Dass die Staats-Medien nicht anders können, als Propaganda für ihre jeweilige Regierung zu betreiben, verwundert uns nicht, zeigt aber sehr schön die Farce der Medien- und Meinungsfreiheit. Und natürlich kann man das eine oder andere Mal über die hohle Art und Weise der Berichterstattung erschrocken sein. Viel schlimmer ist das Ausmaß, mit dem sich selbst als „links“ verstehende Menschen in unterschiedlicher Art und Weise





bereits von dieser Propaganda erfasst worden sind. Die Partei der „Grünen“, die weit davon entfernt ist, revolutionär zu sein, aber zumindest ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hat, ist zur ärgsten Kriegstreiberin geworden, auch das im Grunde nicht verwunderlich für eine bürgerliche Partei – aber auch hier kann das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Entwicklung zur ärgsten Bellizistin schon hin und wieder überraschen. Anders ergangen ist es auch nicht zahlreichen Anarchist:innen, Autonomen und

Pseudo-Kommunist:innen, die bei aller Verachtung für den Staat und teils für jegliche Autorität plötzlich (so wie der

„Spiegel“) ihren „Patriotismus“, also ihre Liebe zum Vaterland und zum „eigenen“ Staat entdeckt haben. So gibt es ganze Bataillone von Anarchist:innen, die die Ukraine gemeinsam mit Neo-Nazis „verteidigen“, was in der aktuellen Situation geboten sei. Dagegen erscheint die Forderung nach Waffenlieferungen des nicht aktiv kriegsführenden Teils der oben genannten bürgerlichen Linksextremist:innen fast schon harmlos.

Es ist nicht zufällig, dass sich am imperialistischen Krieg „die Geister scheiden“: hier zeigt sich, wer auf welcher Seite steht, wer über das theoretische Rüstzeug verfügt, um die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen und zu kritisieren und wer im „Herzen“ reformistisch und staatstragend ist. Bekanntes historisches Beispiel: die Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg. So schreibt Alex Stout in einem Artikel, der in der Zeitung „analyse und kritik“ vom 14.06.2022 übersetzt wurde, die in Deutschland vor allem in sozialen Bewegungen und der „linksradikalen“ Szene gelesen wird: *„Nicht einmal der Urheber des Konzepts [Lenin] selbst wusste, was sein 'revolutionärer Defätismus' eigentlich bedeuten sollte – er ließ es fallen, und das sollten wir auch tun!“* Mit Bezug auf eine Situation, ein unfassbares Gemetzel, in der Lenin als einer der ganz wenigen, als absolute Minderheit, einen klaren Kopf behielt, ist so eine Kritik (die natürlich in dem Artikel weiter ausgeführt wird), gelinde gesagt, unangebracht. Und die Behauptung, dass in dem aktuellen Krieg *„der bewaffnete Widerstand des ukrainischen Volkes gegen die russische Invasion gerechtfertigt [ist]“*, man aber gleichzeitig weder auf eine Niederlage Russlands noch der NATO hoffen dürfe, ist nicht nur Wahnsinn, sondern an theoretischer Verwirrtheit schwer zu überbieten. Vor allem diese Stellungnahme zeigt den permanenten Fehler der bürgerlichen Linken in den Auseinandersetzungen mit der Perspektive des Revolutionären Defätismus.

In Wirklichkeit ist der „Revolutionäre Defätismus“ – als Zielpunkt des Weges für die Vorbereitung unserer Klasse – das Einfache, das so schwer zu machen ist: die Verbrüderung der Arbeiter:innenklasse in der Ukraine mit der in Russland und mit der in allen anderen am Krieg beteiligten westlichen Ländern – gegen die jeweilige „eigene“ Bourgeoisie, Regierung und deren Staat. In besonderer Weise muss es darum gehen, noch einmal zu unterstreichen, worin der Prozess, der zum Revolutionären Defätismus führt, real besteht:

1. Die Organisation des Kampfes zur Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats, um die ökonomischen und politischen Interessen der Bourgeoisie schwer zu treffen.
2. Die Ablehnung von wirtschaftlichen und sozialen Opfern im Namen der „Nationalökonomie“.
3. Der offene Bruch des sozialen Friedens und eine entschiedene Rückkehr zu den Methoden und Zielen des Klassenkampfes. Das ist die einzige wirkliche internationalistische Solidarität der Proletarier sowohl der Metropolen wie der imperialistischen Peripherien.

4. Die Ablehnung jeglicher partisanenartiger Komplizenschaft (nationalistisch, religiös, patriotisch, söldnerisch, humanitär, pazifistisch) zugunsten irgendeines Staates oder einer staatlichen Front, die in dem Krieg verwickelt ist.
5. Aktionen des ökonomischen und sozialen Streiks, die zu echten Generalstreiks führen, um das nationale Leben zu paralysieren und den Weg zu politischen Streiks zu ebnet, dazu geeignet jede Art von Mobilisierung und Kriegspropaganda auszubremsen und zu verhindern.

Wir sind nicht naiv, denn wir wissen, dass wir heute weit davon entfernt sind. Wir sind aber nicht so bescheuert, dass wir irgendeine bürgerliche Seite unterstützen, Waffenlieferungen fordern oder das „eigene“ Vaterland aufgrund eines ahistorisch aus der Luft gegriffenen „Selbstbestimmungsrechtes“ verteidigen würden. Die Bourgeoisie hat in jedem Land der Erde die Macht ergriffen, es gibt an ihr und ihren Kriegen nichts progressives mehr, sondern sie dienen nur noch ihrem verzweifelten Machterhalt in einer historisch überholten Gesellschaftsordnung – die ukrainische Bourgeoisie ist genauso wie die eines jeden anderen Landes reaktionär und mit ihr all jene, die auf den Zug der Vaterlandsverteidigung aufspringen.

Die Frage nach dem, was zu tun ist, können wir nur so beantworten: es muss zum einen darum gehen, die Arbeiter:innenklasse bei der Wiederaufnahme des Klassenkampfes zu unterstützen – nicht in einer voluntaristischen Art und Weise durch die Kreierung künstlicher Bündnisse mit gewerkschaftlichem oder sozialem Anstrich, sondern dadurch, dass wir die wenigen realen Kämpfe oder Versuche gewerkschaftlicher und sozialer Organisation unterstützen, indem wir unserer Klasse mit unserer praktischen und theoretischen Erfahrung zur Seite stehen, immer dort, wo es unsere Möglichkeiten zulassen und wo die Klasse in Bewegung ist oder wo sich Unmut über die sozialen Verhältnisse breit macht. Zweitens muss es, um mit den vielen Fallstricken bürgerlicher Politik (Integration und Abwürgen sozialer Kämpfe sowie offene staatliche Repression) fertig zu werden, und vor allem, um irgendwann zu einer anderen, einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft zu kommen, eine Organisation geben, die über das notwendige theoretische und praktische Rüstzeug verfügt. Der aktuelle Krieg und die „Irrwege“ einiger „Linksradikaler“ (und vieler Teile der sogenannten „Normalbevölkerung“) zeigen sehr deutlich, dass ein Verständnis der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, ihre Kritik, ihre Überwindung oder manchmal selbst nur der konsequente Kampf gegen einige der schlimmsten „Auswüchse“ nicht durch „Spontaneismus“ oder allgemeine „Hirngespinnste“ möglich ist, die sich zwangsläufig immer im Rahmen bürgerlicher Politik bewegen, sondern nur durch eine systematische politische Arbeit. Hierfür ist eine revolutionäre, kommunistische Organisation notwendig, die über eine lange historische Erfahrung und über fundierte theoretische Grundlagen verfügt, die aus diesem historischen Erfahrungsschatz entwickelt wurden, aus den Tiefen und Aufschwüngen der Kämpfe der Arbeiter:innenklasse, ihren wenigen Siegen und zahlreichen Niederlagen. Deshalb kämpfen und arbeiten wir für den Wiederaufbau und die weltweite Verankerung der Internationalen Kommunistischen Partei.

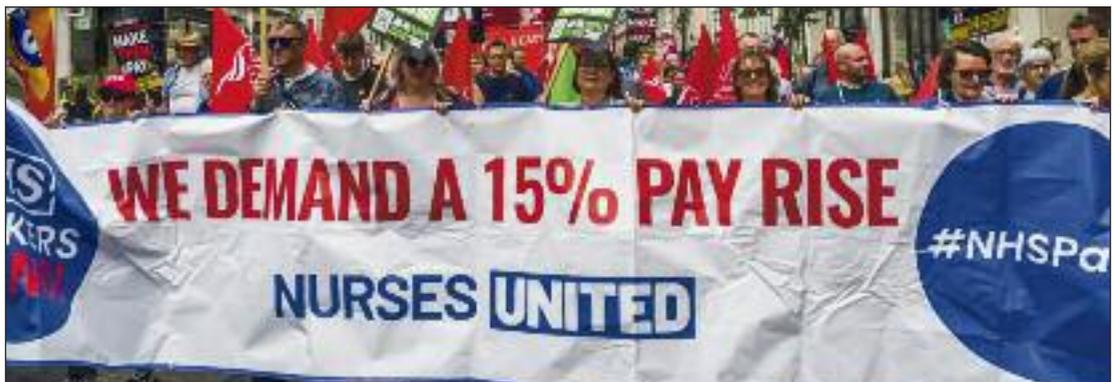


Die Streikwelle in Großbritannien geht weiter und kündigt die Wiederaufnahme der Kämpfe auch im übrigen Europa an

Wir haben uns in unserer Presse bereits mit der anhaltenden Streikwelle in Großbritannien im Jahr 2022 beschäftigt. Damals schrieben wir: „Wir erwarten ähnliche Anzeichen in den kommenden Monaten, weil sich die soziale Lage in Großbritannien von Tag zu Tag verschlechtert: Verträge, die längst ausgelaufen sind, Löhne, die nicht mit den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Tempo der Inflation mithalten können, Arbeitszeiten und -rhythmen, die, dem Diktat der nationalen Wirtschaft gehorchend, die Arbeitnehmer schinden, die zu lange in den engmaschigen Netzen der offiziellen Gewerkschaftsbewegung und des Labourismus, der ihre politische Inspiration ist, eingesperrt waren.“

So war es in der Tat, und die Aussichten sind, dass die Kämpfe bis ins Jahr 2023 andauern werden. Es ist sogar schwierig, die Streiks zu zählen, die praktisch täglich stattgefunden haben und noch andauern, während dieser Artikel geschrieben wurde (Mitte Januar 2023). Die Kämpfe in Großbritannien haben den höchsten Stand seit Jahrzehnten erreicht: In den fünf Monaten zwischen Juni und Oktober letzten Jahres betrafen sie mehr als eine Million Arbeitstage. Streiks dieses Ausmaßes hat es seit 40 Jahren nicht mehr gegeben: Offizielle Zahlen liegen noch nicht vor, aber das Forschungsunternehmen Capital Economics und die offiziellen Gewerkschaften schätzen, dass allein im Dezember 2022 mehr als eine Million Arbeitstage „verloren“ gingen, der höchste Monatswert seit Juli 1989. Und jetzt besteht sogar die Möglichkeit eines Generalstreiks. Dieselben bürgerlichen Zeitungen ziehen sogar Vergleiche mit dem Generalstreik von 1926 und dem Bergarbeiterstreik von 1978/79, dem sogenannten „Winter der Unzufriedenheit“.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine Kategorie in den Streik tritt, und das ist auch ein Aspekt der Schwäche, der Zersplitterung – eine Beschränkung, die wir später in diesem Artikel untersuchen werden. Die Krankenschwestern und -pfleger haben zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Gewerkschaft gestreikt (das Royal College of Nursing, gegründet vor 106 Jahren!). Alle Verkehrsdienste sind mobilisiert: Züge, U-Bahn, Busse, Flughäfen. Krankenpfleger, Postangestellte, Mitarbeiter der Flughafenkontrolle, Reinigungskräfte, Lehrer an Schulen und Universitäten, Sicherheitskräfte, Feuerwehrleute, Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind im Arbeitskampf. Alle Auseinandersetzungen drehen sich um die Löhne, diesen „alten“ Kampf aus dem letzten Jahrhundert, den die Intelligenzbestien bereits für überholt erklärt haben.



Krankenschwestern und Pfleger fordern 15 Prozent mehr Lohn.



Eisenbahnmitarbeiter:innen fordern bessere Arbeitsbedingungen.

Die Regierung hat ihre harte Hand gezeigt, mit Angeboten für Lohnerhöhungen, die nicht einmal die Erhöhungen der Lebenshaltungskosten aufgrund der aktuellen Inflation abdecken, sowie indem sie die Arbeiter:innen mit Anti-Streik-Gesetzen und mit einem Notfallplan herausgefordert hat – das Notfall Komitee „Cabinet Office Briefing Rooms“ (das Akronym „COBRA“ ist sehr bezeichnend!), hat die streikenden Krankenwagen- und Flughafenarbeiter sofort durch tausende Soldaten ersetzt.

Die Streiks werden weitergehen, sowohl wegen der Haltung der Regierung, die die Erhöhungen nicht gewähren will, als auch wegen der wirtschaftlichen Lage mit Rezession und

hoher Inflation, die im Jahr 2023 anhalten wird, wobei die institutionellen Gewerkschaften sich darum bemühen, die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer einzudämmen. Alles Elemente, die – wie wir hoffen! – die nahe Zukunft des übrigen Europas vorwegnehmen können: Die Bourgeoisie im Vereinigten Königreich hat zwar versucht, sich vom Kontinent abzugrenzen, aber die Widersprüche des Kapitals kennen sicherlich keine Grenzen oder Zollschränken!

Wirtschaftliche Rezession und Inflation

Die Forderungen der Arbeitnehmer drehen sich also um eine Lohnerhöhung, die zumindest die zweistellige Inflation abdeckt (rund 11 % im Jahr 2022, die höchste seit 41 Jahren). Doch in Wirklichkeit wurden die britischen Arbeiter:innen vor allem durch einen seit mehr als 10 Jahren andauernden Angriff auf die Arbeitsbedingungen zu diesem Kampf getrieben. Nach der Niederschlagung des Streiks von 2011, bei dem es um die Rentenreform ging, gab sich die herrschende bürgerliche Klasse der Illusion hin, dass sie den letzten Nagel in den Sarg der Kampffähigkeit der Arbeiter:innen geschlagen hatte: Da diese scheinbar nicht reagierten, konnte die herrschende Klasse sie weiter angreifen... Einige Beispiele: Zwischen 2011 und 2020 sind die Durchschnittsgehälter des medizinischen Personals real um fast 25 % gesunken; seit 2009 hat die Nichtanpassung der Gehälter an die Inflationsraten zu einem Kaufkraftverlust von 25 % bei den Universitätsmitarbeitern geführt. Am stärksten betroffen sind jedoch die geringverdienenden Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die zu den am schlechtesten bezahlten im Vereinigten Königreich gehören, insbesondere diejenigen, die in der Hauptstadt und in anderen Gebieten mit hohen Lebenshaltungskosten leben und daher unter starkem Druck stehen: So sanken die Gehälter von Krankenschwestern zwischen 2011 und 2020 real um 7,76 %, und zwar noch vor dem jüngsten Lebenshaltungskostenschock, während die Gehälter von Lehrern an weiterführenden Schulen im selben Zeitraum real um 5,1 % sanken, also noch vor der aktuellen Inflationskrise und dem Anstieg der Abrechnungen im letzten Jahr. Generell ist der Rückgang der Löhne und Gehälter ein Trend, der nicht erst im letzten Jahr, sondern bereits seit der Krise von 2008 zu beobachten ist.

Eine Analyse der Gewerkschaften ergab, dass die Arbeiter:innen den längsten Reallohnverlust in der modernen Geschichte hinnehmen mussten. Aus der Studie geht hervor, dass die Arbeiter:innen seit 2008 im Durchschnitt 20.000 Pfund an Reallohn verloren haben, weil die Löhne nicht mit der Inflation Schritt gehalten haben, und dass sich der Verlust bis 2025 auf 24.000 Pfund belaufen wird; im gleichen Zeitraum haben Krankenschwestern und -pfleger 42.000 Pfund an Reallohn verloren, Hebammen und Sanitäter 56.000 Pfund. Die Lokführer, die mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 7,65 % zwischen 2011 und 2022 eine über dem Landesdurchschnitt liegende Steigerung erfuhren, haben jedoch unter den Pandemie-Blockaden und dem anhaltenden Rückgang der Pendlerzahlen gelitten und kämpfen nun gegen einen Plan mit Entlassungen, Umstrukturierungen und schlechteren Arbeitsbedingungen.



Mitarbeiter:innen der Ambulanz streiken.

Die jüngsten Probleme sind somit zu den älteren strukturellen Problemen hinzugekommen und haben diese noch verschärft. Im dritten Quartal 2022 schrumpfte die britische Wirtschaft um 0,2 Prozent, im vierten Quartal kam es zu einem weiteren Rückgang, der das Vereinigte Königreich in die Rezession stürzte. Die Bank of England geht davon aus, dass die Rezession die längste seit Beginn der Datenaufzeichnung, d. h. seit den 1920er Jahren, sein wird, und warnte davor, dass sich die Arbeitslosigkeit, die derzeit auf dem niedrigsten Stand seit fünfzig Jahren

ist, bis 2025 auf 6,5 % fast verdoppeln könnte. Die Bank of England ist der Ansicht, dass die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale geraten ist, die sich im nächsten Jahr und in der ersten Hälfte des Jahres 2024 fortsetzen wird. Zu den Ursachen der Rezession gehört in erster Linie die Inflation. Steigende Lebensmittel-, Kraftstoff- und Energiepreise haben viele Haushalte in Schwierigkeiten gebracht, da sie mit der größten Lebenskostenkrise seit den 1950er Jahren zu kämpfen haben: Die Tatsache, dass sie gezwungen sind, ihre Ausgaben zu kürzen, wirkt sich unweigerlich negativ auf das Wachstum aus. Die Unternehmen haben nicht weniger Schwierigkeiten, da sie einerseits durch den Druck auf die Verbraucherausgaben und andererseits durch die steigenden Rohstoff- und Energiepreise unter Druck geraten. Das Bruttoinlandsprodukt liegt immer noch unter dem Niveau vor der Coronavirus-Pandemie. Im zweiten Quartal 2022 lag die britische Wirtschaft noch bei -0,4 Prozent, verglichen mit dem vierten Quartal 2019. Es wird erwartet, dass das BIP im Jahr 2023 um 1,4 Prozent sinken wird, was die tiefste Rezession unter den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2023 wäre. Der Lebensstandard der britischen Bürger wird in den nächsten zwei Jahren um 7 Prozent sinken, der stärkste Rückgang seit den 1950er Jahren. Die Inflation wird denselben bürgerlichen Analysten zufolge auch 2024 hoch bleiben, unabhängig von unvorhergesehenen Faktoren wie Pandemie und Krieg in der Ukraine. Der Chefvolkswirt der Bank of England erklärte kürzlich, dass in Großbritannien die Gefahr eines anhaltenden Inflationsdrucks besteht, selbst wenn sich die Erdgaspreise stabilisieren oder sinken.

Während also alle das Ende der wirtschaftlichen Kämpfe verkündeten, die einer Vergangenheit angehören, die nie wiederkehren wird (!), schlummerten die Widersprüche des kapitalistischen Systems selbst unsichtbar und unmerklich im Untergrund, bis die Spannungen an der Oberfläche explodiert sind ... und das Proletariat in den Kampf zwangen. Und gerade in dem Land, das als Heimat und leuchtendes Beispiel der Arbeiteraristokratie gilt, d.h. eines privilegierten Sektors von Arbeiter:innen, die glaubten, sie könnten sich ewig der Position der Stärke innerhalb der Gesellschaft des Kapitals erfreuen, ist dieser Sektor heute, da er immer weniger Reserven hat, gezwungen, sich zu verteidigen, ob er will oder nicht.

Die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften

Diese neue Phase wurde durch die Kämpfe der prekären und eingewanderten Arbeitnehmer vorweggenommen, die sich seit 2012 außerhalb und gegen die Gewerkschaften organisierten und unabhängige Gewerkschaften wie die Independent Workers of Great Britain (IWGB) und die United Voices of the World (UVW) gründeten. Diese Organisationen waren die Protagonist:innen von Streiks und Streikposten, die sich über die stark arbeitnehmerfeindliche Gesetzgebung und die konzertierten und verräterischen Praktiken der Gewerkschaften hinwegsetzen konnten. Sie haben Siege errungen, die Krankenhäuser, Universitäten und Banken dazu zwangen, migrantische und prekär Beschäftigte zu integrieren, die zuvor ohne Vertrag und Garantien als Subunternehmer angestellt worden waren. Sie organisierten die Arbeiter:innen der so genannten Gig Economy und errangen Siege gegen Giganten wie Amazon, Uber und Deliveroo. Und sie haben durch ihr Beispiel den Kampfgeist wiederbelebt, den wir heute unter den Arbeiter:innen sehen, die noch in den Gewerkschaften integriert sind.

Natürlich tappen diese neuen Gewerkschaften dann, wie wir es in anderen Teilen der Welt gesehen haben, in die Falle der Begrenzung innerhalb ihrer eigenen Kategorie: Sie haben Angst zu wachsen, als ob eine breitere Einheit der Arbeiter:innen unwiederbringlich zu einer Degeneration nach dem negativen Vorbild der Gewerkschaften führen würde. Sie sehen daher in der „Arbeiterdemokratie“ die Zauberformel, um eine solche Entartung zu verhindern, während jeder klassenbezogene Ansatz fehlt. Diese demokratische Handlungsweise steht natürlich in krassem Gegensatz zur bürokratischen Praxis der Gewerkschaftsbarone der institutionellen Gewerkschaften, die Proteste im Keim ersticken: aber gleichzeitig kollidiert der Glaube an die demokratische Praxis als wundertätige Methode, die ausreichen würde, um den Arbeitern ihre Stärke zurückzugeben, mit der Notwendigkeit des Klassenkampfes, der eher auf den Machtverhältnissen als auf der Demokratie beruht, auf der Fähigkeit, sich als Klasse zu erkennen und zu wissen, wer seine Feinde sind und was der Staat, die Polizei und die Demokratie sind.



Lehrer:innen im Streik.

Zersplitterung und die Rolle der Gewerkschaften. Die Anti-Streik-Gesetzgebung

Die Streiks haben quasi täglich stattgefunden. Aber der Trade Unions Congress (TUC), in dem Hunderte verschiedener Gewerkschaftsorganisationen zusammengeschlossen sind, hat es nie gewagt, zu einem einzigen, koordinierten Streik aufzurufen. Von Zeit zu Zeit droht er in rein verbaler und polemischer Konfrontation mit der Regierung mit einem solchen, hat ihn aber seit Jahren nicht mehr umgesetzt. Der letzte Streik einer ganzen Kategorie wurde 2011 ausgerufen, gegen die Rentenreform: aber selbst da wurde er vom TUC boykottiert. Damals beteiligten sich bis zu zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an einem eintägigen Streik, der von 37 verschiedenen Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Renten unter dem Sparregime der konservativen Regierung von David Cameron organisiert wurde. Von pseudolinken Gruppen als Beginn einer Wiederbelebung der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung angepriesen, markierte der Streik vom November 2011 stattdessen den Beginn des endgültigen Verrats der Bürokratie im Rentenstreit. Innerhalb weniger Wochen sagte der TUC alle Mobilisierungen ab, und einzelne Gewerkschaften traten in Verhandlungen ein, um der Regierung zu geben, was sie wollte.

Diese Praxis führte natürlich zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit: Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich lag 2021 bei 23,1 % und damit 0,6 % niedriger als 2020, während er 1995 noch bei 32,4 % lag, also 8,9 % höher. Unter den heutigen, viel explosiveren sozialen Bedingungen hat die Gewerkschaftsbürokratie so viel Angst davor, dass der Klassenkampf außer Kontrolle gerät, dass ihr Verrat noch unverhohlener ist. Innerhalb des TUC gibt es etwa 130 verschiedene Gewerkschaften, und selbst diese streiken wiederum nach Unterkategorien oder nach Gebieten und Unternehmen. Eine der stärksten Sparten-Gewerkschaften, die Public and Commercial Services (PCS), erhielt im November von 100.000 Mitgliedern ein Streikmandat und verzeichnete mit einer Mehrheit von 86,2 Prozent das größte Streikmandat in der Geschichte der Gewerkschaft. Das Mandat stützte sich auf eine Lohnforderung von 10 Prozent, die Verteidigung von Arbeitsplätzen und den Schutz der Renten. Bisher hat die PCS jedoch nur 5.000 Beschäftigte mobilisiert, und zwar immer von Unternehmen zu Unternehmen, und hat für den 1. Februar einen branchenweiten Streik angekündigt, an dem sich 130.000 Beschäftigte beteiligen könnten, wodurch die öffentlichen Dienste faktisch zum Erliegen kämen. Dies hätte eine Gelegenheit für einen Generalstreik sein können, auch als Antwort auf die neuen streikfeindlichen Vorschriften, die die Regierung einführen will: aber der TUC war sofort uneins über eine solche Möglichkeit. Vor allem lokale und rückständige Gewerkschaftstendenzen der eigenen Kategorie tauchten auf, die die öffentliche Meinung fürchteten und offen erklärten, dass sie nur die Interessen der eigenen Kategorie wahrnehmen wollten...

Doch die Regierung hat nicht nur auf das Militär zurückgegriffen, um streikende Arbeiter:innen zu ersetzen. Sie erlässt eine ganze Reihe von arbeiterfeindlichen Vorschriften, um die geforderten Lohnerhöhungen nicht zu gewähren. So wird es den Arbeitgeber:innen möglich sein, Streikende durch Leiharbeiter zu ersetzen, während dies bisher gesetzlich verboten war. Die englische Gesetzgebung ist bereits stark arbeiterfeindlich: Ein Streik muss von einer Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder beschlossen werden, und die Gewerkschaft muss die Arbeitgeber:innen zwei Wochen im Voraus informieren, und Solidaritäts- und politische Streiks waren bereits verboten. Nun wird das Gesetz weiter verschärft, indem für viele Sektoren die Verpflichtung eingeführt wird, einen Mindestdienst zu garantieren und bei Verstößen die Gewerkschaften und damit die Arbeiter:innen mit hohen Geldstrafen zu belegen. Dies gilt für Feuerwehr, Post, Krankenwagen, Krankenhäuser und öffentlichen Verkehr. Die Arbeitgeber:innen werden auch in der Lage sein, Listen mit einer Mindestanzahl von Arbeitnehmern zu erstellen, die in jedem Sektor für den Minimal-Betrieb erforderlich sind. So können sie Streiks verhindern oder später Schadensersatzansprüche geltend machen, wenn die Gewerkschaften ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.



Gegen Angriffe auf das Streikrecht!

„Brav gewählt, alter Maulwurf!“

Und so kehren wir zum ökonomischen Determinismus zurück: zu den objektiven Faktoren, die das Proletariat zum Kampf zwingen, so wie sie die Bourgeoisie an ökonomische Gesetze ketten. Der Ausbruch des Klassenkampfes hängt nicht vom Willen von irgendwem ab (auch nicht vom Willen der revolutionären Partei), sondern wird von den wirtschaftlichen Gesetzen des Kapitals selbst bestimmt; die spontane Kampfbereitschaft des Proletariats ist an seine objektiven Bedingungen gebunden. Die Partei kann und muss an der Seite des Proletariats arbeiten, damit diese Kampfbereitschaft nicht zerstreut, sondern in die revolutionäre Richtung kanalisiert wird. Aber in der Zwischenzeit, unabhängig von der zukünftigen Entwicklung des Klassenkampfes, die von der Begegnung der Klasse mit ihrer Partei abhängt, gibt es eine unbestreitbare Tendenz, dass die wirtschaftlichen Kämpfe zurückkehren: nicht nur in Großbritannien, sondern in allen Ländern mit ähnlichen Bedingungen, also auch in den ultraindustrialisierten und „reichen“ Nationen. Und das widerlegt alle Mythen über die Stärke der Bourgeoisie, das Proletariat zu verzaubern, es mit materiellen Zugeständnissen zu bestechen und mit den vielen verschiedenen Zaubersprüchen der herrschenden Ideologie zu verwirren. Stattdessen produziert die Bourgeoisie ihre eigenen Totengräber, denn sie ist nicht in der Lage, ihre eigenen Sklaven zu ernähren.

Andererseits, da die Widersprüche offensichtlich sind und wachsen, spekulieren viele auf einen Zusammenbruch des Systems, wenn nicht sogar auf das „Aussterben der Spezies“: aber dass es dem Proletariat gelingt, sich selbst zu organisieren, „das kann es nicht! unmöglich! absurd!“. Die Bourgeoisie, sagen sie, ist zu stark, unbesiegbar! Und das, obwohl die objektiven Tatsachen uns genau die Unfähigkeit der Bourgeoisie zeigen, ein so komplexes, so großes Produktionssystem zu beherrschen, das notwendigerweise wachsen muss.

Dieses Misstrauen gegenüber dem Proletariat hat seine Wurzeln ganz offensichtlich und dialektisch in der Geschichte selbst, in den objektiven Tatsachen selbst und in einem Jahrhundert der Konterrevolution. Es ist nicht verwunderlich, angesichts der Unfähigkeit aller Klassenkampfgegner, die historischen Entwicklungen materialistisch und dialektisch zu lesen, auf der Grundlage der realen Bewegung, der ökonomischen Basis und der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die das Bewusstsein bestimmen und formen. Sie projizieren mechanisch den gegenwärtigen Zustand in die Zukunft: Das Proletariat wird aber aufgrund der historischen Entwicklungen das Bewusstsein erlangen, eine Klasse für sich (und nicht nur eine Klasse für das Kapital) zu sein. Ihr gegenwärtiger passiver und scheinbar ohn-

mächtiger Zustand, hängt von einer ganzen Reihe vergangener Bedingungen ab, die heute überholt und mit anderen ökonomischen Situationen verknüpft sind, die nicht wiederkehren werden, während die wachsenden Widersprüche, die scheinbar unmerklich im sozialen Untergrund wühlen, das Proletariat bereits zwingen und in zunehmendem Maße zwingen werden, sich zu organisieren und zu kämpfen, um sich zu verteidigen, seine Haltung und seine Kampfbereitschaft und damit letztlich sein Bewusstsein zu ändern. Das Proletariat ist gezwungen zu kämpfen, unabhängig von der Vorstellung, die es von sich selbst hat. Und es ist gerade die Macht der Bourgeoisie, die es zum Kampf zwingt.

Die Leugner:innen des Klassenkampfes, all jene, die glauben, dass die Reaktion des Proletariats unmöglich ist, sehen die Entwicklung des Kapitalismus auf metaphysische Weise: das heißt, sie sehen nur die Entwicklung seiner Waffen, seiner Akkumulation, seines Reichtums und seiner Macht, aber sie verstehen nicht (sie wollen nicht verstehen!), dass jeder dieser Aspekte in sich selbst, dialektisch, sein Gegenteil enthält. Die enormen Produktivkräfte implizieren die Unfähigkeit, sie zu beherrschen; Reichtum impliziert Elend; die raffiniertesten technologischen Waffen, wie z.B. Kommunikationsmittel, werden zu Waffen in den Händen des Proletariats; die Macht eines Riesen, der wächst, aber auf tönernen Füßen steht, erzeugt Instabilität, Risse, die sich ausweiten und vertiefen; seine Macht ist seine Schwäche.

„Brav gewählt, alter Maulwurf“ ist ein Ausdruck, der schon vor der kommunistischen Linken von Marx (Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte) verwendet und von Lenin (Staat und Revolution) aufgegriffen wurde: Er bedeutet, dass der Klassenkampf und die revolutionären Bedingungen in den Dingen, in den objektiven Tatsachen wirken, bevor sie im Bewusstsein wirken; das heißt, sie wirken im Untergrund der Geschichte, und dann kommen sie plötzlich hervor, genau wie ein Maulwurf. Sie brechen aus wie ein Erdbeben.

Es sind die objektiven Tatsachen, die sich auch in die Haltung der Massen, in ihre Kampfbereitschaft eingraben und sie verändern. Diejenigen, die glauben, dass die Wiederaufnahme des Klassenkampfes unmöglich ist, leiten ihre Kampfbereitschaft ausschließlich von der Stärke der herrschenden Ideologie ab, die sie selbst als etwas Statisches und Ewiges betrachten, das in der Welt der Ideen lebt. Ihrer Meinung nach hat die herrschende Ideologie dank ihrer hochmodernen Instrumente der Massenverdummung die Fähigkeit des Proletariats, sich zu wehren, endgültig und unwiderruflich zu Grabe getragen. Aber, wie wir bereits dokumentiert haben und weiterhin dokumentieren werden, gibt es Dutzende von Beispielen in der gesamten Welt, die uns zeigen, dass das Proletariat gezwungen ist, zu reagieren.

„Wir sehen, daß die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft scheinen erkaufte durch Verlust an Charakter. In dem Maße, wie die Menschheit die Natur bezwingt, scheint der Mensch durch andre Menschen oder durch seine eigene Niedertracht unterjocht zu werden. Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheint nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können.“

All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, daß sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummten. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der andern Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache... Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft, um richtig zur Wirkung zu kommen, nur neuer Menschen bedürfen, die ihrer Meister werden – und das sind die Arbeiter.“
(Karl Marx, „Rede auf der Jahresfeier des People's Paper“, MEW, Bd.12, Seite 3-4).

Übersetzt aus: il programma comunista, Januar/Februar 2023

Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 2023

Die Ausgangssituation

Die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di hatte am 11. Oktober 2022 in Berlin ihre Forderungen für die Tarifrunde 2023 im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen beschlossen. So forderte die „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) in Tarifunion mit der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ GEW und der IG BAU für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Anhebung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte sollten um 200 Euro monatlich angehoben werden.



Soweit, so gut, könnten mensch denken! Die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ (VKG) warnte allerdings bereits in einem Artikel am 12. Januar 2023 davor, dass die Gewerkschaften die Kämpfe abwürgen und die Beschäftigten mit faulen Kompromissen ruhigstellen könnten:

„Wenn wir unsere Forderungen [...] durchsetzen, würde der Lohnverlust für 2023 verhindert. Wenn es allerdings so läuft wie in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie, wäre auch bei Kommunen und Bund der Reallohnverlust bis Ende 2024 festgeschrieben, denn bei Metall wurden mehrere Fallen eingebaut und der Abschluss ist keineswegs so gut wie in den Medien dargestellt.“ Auch wir schrieben in der letzten Ausgabe unserer Zeitung über die mageren und schönerechneten Tarifabschlüsse von 2022 („Krise, Krieg, Inflation, konzertierte Aktion – den Generalangriff auf die Arbeiter:innenklasse zurückschlagen!“). Wir haben stets die Tricks und Manöver der Regime-Gewerkschaften kritisiert, die „sozialpartnerschaftlich“ mit den Arbeitgeber:innen praktiziert wurden, mit dem Ziel, die Kämpfe zu sabotieren, deren Ausweitung zu verhindern und Kampffähigkeit und die selbstbewusste Organisation der Beschäftigten zu untergraben, und damit größere oder gar sich ausweitende Kämpfe erst gar nicht aufkommen zu lassen. Wir haben immer betont, dass es notwendig ist, sich bereits im Vorfeld einer jeden Tarifausinandersetzung dieser Tatsache voll und ganz bewusst zu sein. Die beschriebenen „Fallen“ wurden auch von der VKG in dem besagten Artikel klar benannt und werden deshalb an dieser Stelle von uns zitiert:

„Falle Nr. 1: Die Laufzeit

Die Rechnung ist eigentlich einfach, aber in den Medien und seitens der Gewerkschaftsvorstände werden die Gesetze der Mathematik zeitweise durch phantastische Märchen ersetzt. Bei einem Abschluss mit zwei Jahren Laufzeit und einer Erhöhung von zweimal 5% gibt es mitnichten eine Entgelterhöhung von 10%, denn diese muss pro Jahr berechnet werden. Die Inflation macht keine Pause, die Preise steigen auf jährlicher Grundlage um rund 10%. Eine längere Laufzeit ist nichts anderes als ein Lohnverlust auf Raten.

Falle Nr. 2: Die Einmalzahlung

*Die bis zu 3.000 Euro Einmalzahlung steuer- und abgabefrei erscheinen vielen Kolleg*innen als der berühmte Spatz in der Hand. Es klingt echt, man hat es schon mal auf dem Konto, dringend benötigt für Nach- und Vorauszahlungen der Energie- und Nebenkosten. Doch die Einmalzahlung verpufft. Sie ist nicht tabellenwirksam. Die nächste Tarifrunde ein oder zwei Jahre später beginnt erneut auf einem niedrigen Niveau – denn die Arbeitgeber rücken die Einmalzahlung nur raus, wenn ver.di bei den Tabellen-Entgelten Zugeständnisse macht. Die Einmalzahlung zählt auch nicht bei der Berechnung von*

Krankengeld, Jahressonderzahlung, Arbeitslosengeld und Rente. Die Unternehmen sparen dadurch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge...“

Viel besser kann man das gar nicht formulieren – aber nun zum Arbeitskampf selber...

Warnstreiks und Verhandlungen

Am 24. Januar fand der erste Verhandlungstermin zwischen ver.di und den Arbeitgeber:innen statt, der aber ohne Ergebnis oder Arbeitgeberangebot vertagt wurde. Daraufhin folgten eine Reihe von Warnstreiks und Aktionen, die hier nur im Wesentlichen wiedergegeben werden können:

Am 27. Januar 2023 gab es eine TVÖD-Streikversammlung in Berlin mit hunderten Delegierten, die ihre Forderungen und ihre Kampfbereitschaft öffentlich demonstrierten und einen Kampfplan bis hin zu Erzwingungsstreiks präsentierten. Anwesend waren auch Vertreter:innen der Staatsparteien, die verbal einen Inflationsausgleich unterstützten - und, wie wir nur zu gut wissen, in der Realität das genaue Gegenteil forcieren! Außerdem wurde bereits der erste Warnstreiktermin für die Berliner Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes festgelegt: der 9. Februar, nur drei Tage vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Viele Beschäftigte waren wütend über das fehlende Angebot seitens der Arbeitgeber:innen.

Rund 3.000 Arbeiter:innen aus den landeseigenen Kliniken Charité und Vivantes, der Berliner Stadtreinigung und den Berliner Wasserbetrieben legten daraufhin am 9. Februar teils für zwei Tage ihre Arbeit nieder und folgten dem Aufruf zum Warnstreik; ebenso Arbeiter:innen in Hessen und Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg erfolgten die Warnstreiks einen Tag später.

Am 16. Februar legten die Arbeitgeber:innen ein erstes Angebot vor, welches aber weit hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurückblieb. Auch die 2. Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen am 22. und 23. Februar blieb trotz der deutlichen Zeichen der Mobilisierungsfähigkeit und Kampfbereitschaft erfolglos.

Am 17. Februar hatten Warnstreiks von ver.di an sieben deutschen Flughäfen für Tausende Flugabsagen gesorgt. Mehrere Flughäfen mussten den regulären Passagierbetrieb einstellen.

In mehreren Bundesländern wurde am 3. März der öffentliche Nahverkehr bestreikt.

Am 6., 7. und 8. März gab es dann weitere unterschiedliche Warnstreiks. Alleine in Berlin traten bei Charité und Vivantes, dem Jüdischen Krankenhaus, der BSR, den Wasserbetrieben, den Bäderbetrieben sowie bei zahlreichen Bundeseinrichtungen mehr als 6.000 Beschäftigte für zwei Tage in den Ausstand.

Am 13. März wurde am Berliner Flughafen gestreikt, am 14. März in den Brandenburger und Berliner Kliniken, die Berliner Kliniken setzten diesen Streik am 15. März fort.

Am 23. und 24. März rief ver.di die Beschäftigten und Auszubildenden des Öffentlichen Dienstes in Berlin zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Es wurde aber auch wieder in der Charité, bei Vivantes - einschließlich der Vivantes Tochtergesellschaften - sowie am Jüdischen Krankenhaus gestreikt. Außerdem waren auch die Beschäftigten der Berliner Stadtreinigung und der Berliner Wasserbetriebe im Ausstand. Am 23. März streikten außerdem auch Beschäftigte der DRV Bund, der Arbeitsagentur und der Jobcenter sowie weitere Bundeseinrichtungen, Behala sowie die BVG-Auszubildenden. Auch in anderen Bundesländern gab es zahlreiche Warnstreiks.



Streiks im jüdischen Krankenhaus in Berlin.

Um vor der dritten Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst nochmals den Druck auf die Arbeitgeber:innen zu erhöhen, rief ver.di am 27. März die Beschäftigten an den Flughäfen, in kommunalen ÖPNV-Betrieben in sieben Bundesländern, in Teilen der kommunalen Häfen, der Autobahngesellschaft und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zum Warnstreik auf.

Zusätzlich rief parallel die EVG die Beschäftigten aller Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen, in denen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls verhandelt wurde, zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Endlich haben es ver.di und EVG mal geschafft, gemeinsam die Muskeln spielen zu lassen! Das nd vom 27. März schrieb hierzu: *„Die Inflation macht energische Arbeitsk Kampfmaßnahmen notwendig... Französische Verhältnisse sind das noch nicht, doch so nah sind die deutschen Gewerkschaften einem Generalstreik selten gekommen.“*



Streiks in Bayern und anderen Bundesländern.

Vom 27. bis 29. März 2023 fand dann die 3. Verhandlungsrunde in Potsdam statt. Da die Arbeitgeber:innen wieder kein neues Angebot vorlegten, erklärten die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert. Daraufhin leiteten die Arbeitgeber:innen die Schlichtung ein...

Und hier zeigt sich ein weiteres Problem: ver.di hat völlig unnötigerweise eine Schlichtungsvereinbarung mit den Arbeitgeber:innen abgeschlossen: Im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen (was ver.di ja hier erklärt hatte) findet ein Schlichtungsverfahren statt, wenn auch nur EINE Seite dieses verlangt; im Zweifel – und auch hier – sind das immer die mit Streik bedrohten Arbeitgeber:innen. In dieser Zeit gilt die sogenannte „Friedenspflicht“, das heißt, es sind keine weiteren Streiks mehr möglich, um die Arbeitgeber:innen weiter unter Druck zu setzen. Die paritätisch zwischen Arbeitgeber:innen und Gewerkschaften besetzte und extern moderierte Schlichtungsrunde erarbeitet einen „Kompromiss“ (-vorschlag), wodurch die Gewerkschaften öffentlich unter Druck gesetzt werden, größere Zugeständnisse zu machen.

Die Schlichtungsempfehlung

Und so sah dann die Schlichtungsempfehlung aus:

- Für das Jahr 2023 soll es einen „Inflationsausgleich“ in Form einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 3.000 Euro geben. Hierzu haben wir bereits eingangs alles Notwendige geschrieben: der Betrag geht nicht in die Rente ein und ist nicht tabellenwirksam. Das bedeutet eben, dass der Betrag für die folgenden Jahre verpufft, denn die Inflation ist ja nicht einmalig, sondern summiert sich immer weiter auf.
- Darüber hinaus gibt es eine tabellenwirksame Erhöhung ab März 2024 in Höhe von 200 Euro plus 5,5%, insgesamt mindestens aber 340 Euro.

Das kann für eine frisch ausgebildete Pflegekraft in Vollzeit (P7, Stufe 2) durchaus etwa 12 Prozent mehr sein; allerdings über die Laufzeit von 2 Jahren.

Während die ver.di-Spitze diesen Vorschlag mit einem behaupteten tabellenwirksamen Erhöhungswert von durchschnittlich 11,5 % öffentlichkeitswirksam der Basis schmackhaft machen wollte (auf dem Blatt ansehnliche prozentuale Steigerungen zwischen 8 und 16 %), wurde bei genauem Hinsehen sehr schnell klar, dass das nicht stimmen konnte... Im Ergebnis bedeutete dieser Vorschlag bei einer Umrechnung auf die jährlichen Steigerungsraten als einzig relevanten Vergleichsmaßstab – und über die lange Laufzeit gerechnet – lediglich eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 4,79 % im gewichte-

ten Mittel. Damit würde also – so war vielen Kolleg:innen beim Nachrechnen deutlich – ein weiterer Reallohnverlust eingefahren. ver.di selbst war noch im Dezember 2022 von einem bereits stattgefundenem Reallohnverlust von rund 7% für den Zeitraum von 10/20 bis 12/22 ausgegangen, dessen Ausgleich von vornherein gar nicht zur Debatte gestellt wurde, weil als „Solidaritätsbeitrag der Beschäftigten in Krisenzeiten“ verstanden... – Solidarität mit wem...?!

Die von ver.di stattdessen behaupteten durchschnittlich 11,5% waren hingegen das Ergebnis eines Taschenspielertricks, denn sie basierten nur auf den 10 Monaten von 3 - 12/24, für die sie auch vorgeschlagen wurden. Für die davor liegenden 14 Monate von 1/23 bis 2/24 war jedoch gar keine tabellenwirksame Erhöhung vorgesehen. Den Mitgliedern wurde also bewusst irreführendes Propagandamaterial vorgelesen, und der Kompromiss als „quasi alternativlos“ verkauft.

Ausgehend von den ursprünglichen ver.di-Forderungen stand also tatsächlich unterm Strich nicht einmal die Hälfte als Ergebnis, auch wenn – zugegebenermaßen – die unteren Einkommensgruppen überproportional profitieren sollten. Von den ursprünglich geforderten und angesichts galoppierender Inflation auch nicht verhandelbaren 12 Monaten Laufzeit oder den geforderten 3.000 € ZUSÄTZLICHEN Inflationsausgleich, die eben NICHT in den Abschluss mit einfließen sollten, war zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr.

Die Tarifparteien einigten sich am 22. April 2023 auf diese Schlichtungsempfehlung. ver.di startete hierzu am 4. Mai – also erst nach zwei Wochen, in denen aber seitens des Apparates im oben dargestellten Sinne schon permanent und mit allen Mitteln die Werbetrommel für „Zustimmung“ geschlagen wurde! – eine Mitgliederbefragung, die bis zum 12. Mai lief, und in der ca. 66% der ver.di-Mitglieder, die teilnahmen, dem Schlichtungsergebnis ihre Zustimmung erteilten... Am 17. Mai 2023 nahm dann auch die Bundestarifkommission abschließend die Schlichtungsempfehlung als Tarifabschluss an...

Im Vorfeld der Mitgliederbefragung gab es innerhalb von ver.di eine große Unzufriedenheit und eine starke Kritik an dem Ergebnis. Die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ (VKG) und das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ schrieben hierzu in einem Flugblatt unter dem Titel „Mit Streik wäre mehr drin! ‚Nein‘ zum Verhandlungsergebnis im öffentlichen Dienst“:

*„Diese Tarifrunde war bisher anders als andere. Das hat schon die enorme Beteiligung an den Warnstreiks mit 500.000 Kolleg*innen gezeigt... Dieses [Verhandlungsergebnis] reicht hinten und vorne nicht und sollte klar abgelehnt werden!“ Kritik wird vor allem am Ergebnis, das einen Reallohnverlust bedeutet sowie an der langen Laufzeit geübt (s.o.). Aber auch das Schlichtungsverfahren wird kritisiert: „Das gesamte Konzept der Schlichtung ist absurd. Denn im Verteilungskampf innerhalb des Kapitalismus kann es keine neutrale Instanz von außen geben. Entscheidend ist immer das Kräfteverhältnis, welches sich aus einem Arbeitskampf entwickelt. Hier muss auch betont werden, dass auch der von ver.di einbestellte Schlichter Hans-Henning Lühr nicht ‚neutral‘ ist, sondern über Jahrzehnte verschiedene Funktionen auf Seiten der kommunalen Arbeitgeber:innen inne hatte. Schlimm war in diesem Zusammenhang aber, dass die Vertreter*innen von ver.di innerhalb der Schlichtungskommission dieser Empfehlung auch noch geschlossen zustimmten.“*

Auch in einer Resolution der „Versammlung der Berliner Team- und Streikdelegierten der TVöD Betriebe vom 20.4.2023“ wird unter dem Titel „Wir können mehr erreichen! Gemeinsam für die Rettung



unseres öffentlichen Dienstes. Warum wir für die Ablehnung einer Einigung auf der Höhe der Einigungsempfehlung sind.“ eine ähnliche Position vertreten. Insgesamt war die Stimmung im gesamten linksgewerkschaftlichen Spektrum verärgert, wie wir auch am 1. Mai in einigen Diskussionen und anhand einiger Flugblätter feststellen konnten.

Resümee

Die Befürchtungen, wie diese Tarifrunde (wieder einmal) laufen könnte, haben wir gleich zu Beginn des Artikels vorweggenommen, und sie wurden auch im Vorfeld von vielen Seiten geäußert. Auch wenn im Wesentlichen diese Abläufe aus den vergangenen Jahrzehnten bereits hinreichend bekannt sind, müssen doch einige neue Faktoren herausgehoben werden: Dabei ist vor allem der Versuch der Wiederaufgabe der „Konzertierten Aktion“, erneut durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung, zu nennen, deren Absprachen mit 3.000 € Inflationsausgleich und Erhöhungen im Volumen zwischen 4 und 6 % in den Tarifrunden von IG BCE, IGM, Post und dann auch im ÖD faktisch umgesetzt wurden. Das bedeutet nicht weniger als die Preisgabe der sonst immer so hochgehaltenen „Tarifautonomie“ und die Unterordnung der Mitgliederinteressen unter die als zur „nationalen Staatsräson“ aufgebauchten Politik der Bundesregierung, die mit ihrer Politik während und infolge der Coronapandemie und als mittlerweile aktive Kriegspartei die galoppierende Inflation und zunehmende soziale Spaltung selbst erst geschaffen hatte.

Darüber hinaus lässt sich aber positiv auch festhalten, dass die Stimmung in den Betrieben und an der ver.di-Basis größtenteils sehr kämpferisch, und die Beteiligung der Kolleg:innen an Streikaktionen sehr groß und teilweise sogar deutlich über den Erwartungen lag – mehr als 500.000 Kolleg:innen beteiligten sich alleine ver.di-seits an den diversen Arbeitskampfaktionen.

Der zweitägige parallele Streik von ver.di und EVG ließ deutlich erahnen, wozu die organisierte Arbeiter:innenklasse in der Lage wäre, würde sie ihre Macht als Klasse „an sich“ erkennen und nutzen...

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2023 – also parallel zu den dargestellten Streikaktionen verzeichnete ver.di mehr als 100.000 Neuaufnahmen und seit langem wieder einen Nettomitgliederzuwachs von mehr als 50.000. Das zeigt einerseits, dass Gewerkschaft sich nirgends so konkret zeigt und erlebt wie im Arbeitskampf und nie so attraktiv für auf abhängige Beschäftigung Angewiesene ist, als in Zeiten, in denen sie sich engagiert und kämpfend im Betrieb und auf der Straße zeigt – ein weiteres wichtiges Argument dafür, zurückzukehren zu Tarifvertragslaufzeiten von maximal 12 bis 18 Monaten.

Die auch individuell erlebte Stärke und Macht öffnete vielen beteiligten Kolleg:innen (im Nachhinein) die Augen: Viele sind mit dem Ergebnis und der überdeutlich erkennbar gewordenen „Befriedungspolitik“ des ver.di-Apparates konstruktiv unzufrieden und üben zunehmend in Versammlungen entsprechende Kritik. Viele wären dieses Mal außerdem bereit gewesen wären, auch noch weiter für einen besseren Abschluss zu kämpfen – immerhin verweigerte ein gutes Drittel der Befragten bei der Mitgliederbefragung dem Schlichtungsergebnis die Unterstützung! Wie auch in anderen Branchen machen sich mittlerweile erkennbar kritische Unzufriedenheit und Ernüchterung auch mit der Gewerkschaftsspitze und dem Apparat breit. Das ist eine notwendige – wenn auch (noch) nicht hinreichende – Voraussetzung für eine Veränderung des Bewusstseins und eine Wiederaufnahme des Klassenkampfes.



Es ist immer und überall notwendig, die Rolle der komplett in den Staat integrierten Regime-Gewerkschaften aufzuzeigen und dort, wo es möglich ist, Kämpfe zu führen, die sich deren Kontrolle entziehen, oder aber diese derart unter Druck zu setzen, dass sie der Wut der Beschäftigten nachgeben müssen. Schon Marx hatte vor über 150 Jahren, noch in der Anfangszeit der Gewerk-

schaften, als diese von den Arbeiter:innen als „Mittel zur Abwehr der ständigen Übergriffe des Kapitals“ gebildet worden waren, auf die perspektivische Rolle der „Gewerksgenossenschaften“ (die vor der Trennung von politischer Klassenpartei und unmittelbarer Klassenorganisation damals noch Teil der Ersten Internationale waren) hingewiesen. Er schrieb, dass die Gewerkschaften, ohne dass sie sich dessen bewusst werden, „Organisationszentren der Arbeiterklasse“ sind, und deshalb neben der Tagesarbeit im Betrieb („Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit“), eine zentrale Bedeutung haben als „organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit selbst.“ Daraus folgte Marx: „[Sie] müssen (...) lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diese Richtung einschlägt. Wenn sie sich selbst als Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Arbeiterklasse betrachten und danach handeln, muß es ihnen gelingen, die Außenstehenden in ihre Reihen zu ziehen.“ (Karl Marx: Gewerksgenossenschaften. Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Beschluss des Genfer Kongresses über die Gewerkschaften vom 06.09.1866, MEW Bd. 16, S.196f.)

Die vergangene Tarifrunde im ÖD hat exemplarisch gezeigt, wie richtig diese über 150 Jahre alten Feststellungen auch heute noch sind: Wie sehr Gewerkschaft in Bewegung und Arbeitskampf ihre Macht als Organisation der Klasse entfaltet, wie schnell diese Macht aber auch wieder verpufft, wenn sie nicht mit dem Ziel der „vollständigen Emanzipation“ – was nichts anderes als die Überwindung der kapitalistischen Reproduktionsbedingungen bedeutet - genutzt wird. Deshalb war und ist es jetzt und wird die Aufgabe der Revolutionär:innen in ver.di sein, sowohl an die konkreten Erfahrungen der Selbstermächtigung und erlebter Solidarität der Kolleg:innen im Arbeitskampf als auch an ihre Frustration über die systemstabilisierende Taktik der Führung anzuknüpfen. Anzuknüpfen, mit dem Ziel, dass diese Erfahrungen als reflektierter Teil der persönlichen Geschichte eines Vorgeschmacks auf die mögliche „vollständige Emanzipation“ Triebfeder für die Entwicklung des individuellen Bewusstseins als Teil des Bewusstseins der Klasse wird.

Wir dürfen uns nach jahrzehntelanger Konterrevolution, der Zerschlagung gewerkschaftlicher aber auch revolutionärer Strukturen durch Faschismus, Demokratie und Stalinismus und der fast vollständigen Integration der Arbeiter:innenklasse in den Staat keine falschen Hoffnungen machen, dass der Prozess der Wiederaufnahme des Klassenkampfes in all seinen Facetten (vom reinen Abwehrkampf bis hin zum offenen revolutionären Kampf) etwas ist, dass einfach vom Zaun zu brechen ist. Es reichte eben nicht einfach aus, wenn wir bei der nächsten Tarifrunde „alles richtig“ machen würden. Sondern wir müssen einen sehr langen Atem haben und immer und immer wieder in den konkreten Kämpfen mit einer klaren antikapitalistischen Perspektive und revolutionären Haltung den Kampfesgeist unserer Klasse unterstützen und Kämpfe für die unnachgiebige Verteidigung und vor allem Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen forcieren. Nur so kann eine Entwicklung angestoßen werden, die unserer Klasse perspektivisch die Kraft gibt, von der (noch nicht einmal stattfindenden) Verteidigung zum offenen Generalangriff auf die herrschenden Ausbeutungsstrukturen überzugehen und sich nicht länger mit Brotkrümeln abspesen und immer weiter zurückdrängen zu lassen. Darüber hinaus dürfen nicht die Fehler der sogenannten „Syndikalist:innen“ wiederholt werden, die eine breite kämpferische Gewerkschaft mit einer revolutionären Organisation verwechseln: Gewerkschaften sind dazu da, Kämpfe für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu führen und unsere Klasse in der Breite zu organisieren.; Um den Weg frei zu machen für eine klassenlose Gesellschaft und die Zerstörung des bürgerlichen Staates mit all seinen Institutionen, ist darüber hinaus eine andere Organisation notwendig: die revolutionäre kommunistische Partei, die in und mit ihrer systematischen politischen Arbeit sowie mit ihrem theoretischen und praktischen Rüstzeug und ihren reflektierten Erfahrungen aus vergangenen Kämpfen deutlich über den Spontaneismus und die reformistische Alltagspolitik gewerkschaftlicher Strukturen hinausgeht. Die Stärkung und die internationale Verankerung der kommunistischen Partei haben wir uns zur Aufgabe gesetzt.

Bericht aus Zürich zum Baustreik im November 2022: Militante Bauarbeiter:innendemonstration

Der Landesmantelvertrag im schweizer Bauhauptgewerbe lief auf Ende 2022 aus. Die Neuverhandlung gestaltete sich trotz moderater Forderungen von Seiten der Gewerkschaften schwierig. Es wurden lediglich Dinge wie eine klarere Regelung der Arbeitszeit (z.B. bei sehr heißen Temperaturen), besserer Kündigungsschutz für ältere Angestellte, der volle Teuerungsausgleich (bei einer mit der EU vergleichsweise geringen Inflation von 2,8 %) und dergleichen mehr gefordert.

Demgegenüber stand der Verband der Baumeister, mit selbst für die hiesigen Verhältnisse unverschämten Angriffen auf die Arbeitsbedingungen. Im Kern stand die maximale Wochenarbeitszeit von 58 Stunden, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit (Arbeit auf Abruf, kurzfristige Absage bei Schlechtwetter, Wochenendarbeit) sowie selbstverständlich die kategorische Ablehnung jeglicher Lohnerhöhungen oder Teuerungsausgleiche.

Den öffentlichen Diskurs dominierten von Beginn weg lediglich die Forderungen der Baumeister:innen. Der Verdacht liegt nahe, dass dies dem Wirken einer einschlägigen PR-Agentur, die schon oft für rechte Parteien und Verbände sowie für Immobilienkonzerne Kampagnen organisiert hat, geschuldet war. Die Gewerkschaften, allen voran die Unia, waren am Tag eins in der Defensive und konnten ihren lächerlich moderaten „Bitten“ an den Baumeisterverband kaum öffentlich Gehör verschaffen.

Trotzdem wurden dann mit einiger Verspätung alle Mittel mobilisiert, da es sich beim Bauhauptgewerbe um das Steckenpferd der Unia handelt. Rückläufige Mitgliederzahlen und Skandale in der Chefetage und darüber hinaus haben sie zuletzt stark erschüttert. Ein Versagen bei diesen Verhandlungen wäre also kaum tragbar für die größte schweizer Gewerkschaft.

Die Bauarbeiter sind in der Unia in Basisgruppen aus Delegierten nach Regionen und Betrieben aufgeteilt, um so die Verhandlungsposition ausarbeiten zu können. Selbstverständlich fanden diese Sitzungen immer auch im Beisein von Funktionär:innen statt. Diese Basisgruppen wollten dann, nach erster gescheiterter Verhandlung und aus Protest gegen den sich anbahnenden vertragslosen Zustand, mehrheitlich Protestaktionen und Streiks durchführen. So kam es dann in verschiedenen Regionen zu Streiktagen im Oktober und November.

Am Zürcher Streiktag, den 11. November um 4.30 in der Früh trafen sich um die 100 Leute aus verschiedenen „linksradikalen“ Strukturen und gingen dann geschlossen ins Uniasekretariat im Zürcher Volkshaus. Der Plan war, dass wir uns dort auf Busse verteilen und gemeinsam mit Bauarbeitern und

Funktionär:innen verschiedene Baustellen im Großraum Zürich aufsuchen und sicherstellen, dass dort nicht gearbeitet wird.

Als wir eintrafen, war es ersichtlich, dass die Funktionär:innen nicht mit so vielen Leuten gerechnet hatten und eher erschrocken als erfreut waren über unser Kommen. Dennoch hielten sie Wort und teilten uns Bussen und Funktionär:innen zu, mit denen wir dann etwa in Zehnergruppen verschiedene Ziele anfuhrten.



Bauarbeiter:innen am Zürcher Bahnhof.

Unsere Gruppe lud zuerst einige Bauarbeiter:innen, die sich an der Aktion beteiligen wollten, auf und wir steuerten dann eine Großbaustelle bei einem Einkaufszentrum an, bei der bekannt war, dass der Vorarbeiter seine Leute eingeschüchtert hatte und zur Arbeit zwingen wollte. Kurz nach Sechs trafen wir dort ein. Während die sichtlich nervösen und unerfahrenen Funktionär:innen sich sofort auf ein Streitgespräch mit dem vor dem Tor wartenden Polier einließen, begannen wir gemeinsam mit den Bauarbeitern die verschiedenen Eingänge zur Baustelle zu verbarrikadieren. Einige entschlossene Streikbrecher:innen, die extra früher gekommen waren, versuchten uns daran zu hindern, aber nach einigem Gepöbel und einem kleinen Handgemenge war das Kräfteverhältnis schnell geklärt und sie zogen sich fluchend in die Baubaracken zurück.



Streikende Bauarbeiter:innen in Zürich.

Als wir später am Zürcher Helvetiaplatz ankamen hatten sich dort schon an die 4000 Leute versammelt, vornehmlich Bauarbeiter:innen, und bereiteten sich langsam auf den ersten Umzug vor der Großdemonstration am Nachmittag vor. Die Funktionär:innen gingen zu ihren Sekretär:innen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Wir und einige Bauarbeiter:innen blieben indes im Bus und berat-schlagten uns. Inzwischen hatte uns die Nachricht erreicht, dass bei einer Streikbrecherbaustelle eine Aktion vorbereitet wurde. Es war klar, dass wir die Kolleg:innen vor Ort unterstützen wollen und nach kurzer Diskussion konnten wir den Busfahrer überzeugen, uns ohne den Segen der Funktionär:innen hinzufahren. Es entwickelte sich eine gute, kämpferische Stimmung und wir erreichen gerade rechtzeitig die Baustelle, wo sich Genoss:innen, Kolleg:innen und einige Unialeute versammelten um die Baustelle zu stürmen. Die Streikbrecher:innen hatten sich in einem nahen Café versammelt und beobachteten die Szene. Dann ging es schnell, von verschiedenen Seiten her betraten wir die Baustelle. In kurzen Gesprächen wurde mitgeteilt, dass die anwesenden Arbeiter:innen die Baustelle um jeden Preis lahmlegen wollen. Und das passierte dann auch. Innerhalb kürzester Zeit wurde der Strom gekappt, Baupläne zerstört und alles was nicht niet- und nagelfest war zum Barrikadenbau verwendet. Die wenigen Arbeiter:innen, die noch auf der Baustelle waren hatten anscheinend nur darauf gewartet und reihten sich sofort ein. Die Polizei traf ein aber hielt sich zurück und verhandelte mit den Funktionär:innen. Das Sabotieren ging noch eine Weile weiter und manch einer stillte wohl noch seine geheime Wut.

Danach bildete sich ein spontaner Demonstrationszug durch die Innenstadt hin zum Helvetiaplatz. Auf dem Weg wurden dann eher aus Impuls denn aus Kalkül noch einige Baustellen angegriffen, auf denen die Arbeit aber weitestgehend ruhte.

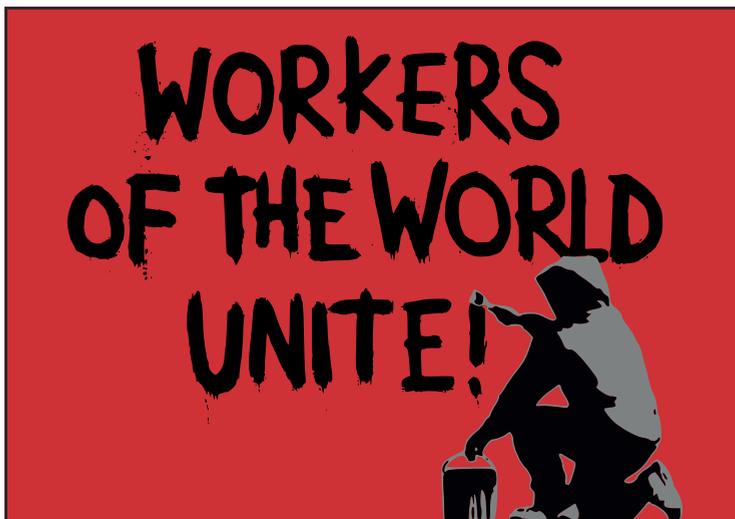
Beim Treffpunkt war die Menge auf etwa 6000 Menschen angewachsen. Gegen 13 Uhr zog dann eine laute Demo los, die zum allergrößten Teil aus migrantischen Bauarbeiter:innen bestand. Die Stimmung war aufgeheizt und es war laut. Die Unia versteht es aber sehr gut, ihre Leute im Zaum und ihre Demos unpolitisch zu halten. Es wurden Fahnen und Trillerpfeifen verteilt, das rot-weiße Unialogo dominierte und für spontane Redebeiträge oder Diskussionen blieb im Pfeifkonzert kein Raum.

Auf der Höhe des Hauptbahnhofs trafen wir dann auf eine Baustelle, auf der weiterhin gearbeitet wurde. „Von Leuten aus dem Baunebengewerbe, das habe nichts mit uns zu tun“, sagten die sichtlich nervösen Funktionär:innen. Das interessierte die Leute aber wenig. Es bildete sich ein Pulk aus etwa

60 Bauleuten, die zur Baustelle hindrängten und die Niederlegung der Arbeit erzwingen wollten. Funktionär:innen rannten herum, um „ihre“ Leute davon abzubringen und auch die Polizei versuchte mit Drohgebärden die Kollegen zur Umkehr zu bewegen. Letztendlich kehrte aber erst wieder Ruhe ein, als die Leute auf der Baustelle die Arbeit abbrachen. Die Demo zog nach einem offenbar nicht geplanten Stopp in der Haupthalle des Bahnhofs weiter zum Sitz des Baumeisterverbands. Dort löste sich die Demonstration auf und der Tag ging zu Ende.

Einige Zeit darauf, als die Dynamik spürbar verpufft war, kam es dann zu einem „erfolgreichen“ Ende der Verhandlungen. Reallohnverschlechterungen durch einen faulen Teuerungsausgleich und weitere abgeschwächte Formen der vom Baumeisterverband geforderten Verschlechterungen wurden angenommen. Und obendrauf gab es gratis Sonnencreme für die Arbeiter:innen. Trotz einiger wütender Reaktionen und Spaltungsdrohungen der radikaleren Sektionen blieb der große Knall in den Schweizer Gewerkschaften aus.

Und dennoch, diese Formierungen der Klasse zum Kampf für die eigenen Lebensbedingungen sind in einem Land wie der Schweiz, wo es keine starke gewerkschaftliche Tradition gibt, ein wichtiger Bezugspunkt für die Revolutionären. Wir müssen diese Dynamiken beobachten, daran teilnehmen und versuchen, unsere Inhalte einzubringen und dazu beizutragen, die unauflösbaren Widersprüche im Klassenkampf offenzulegen. Es bleibt zu hoffen, dass sowohl die kämpfenden Arbeiter:innen als auch wir unsere Lehren aus diesen Ereignissen ziehen und in Zukunft schlagkräftiger zusammen agieren können!



Revolutionäre Klärung!

Die "radikale Linke" muss sich neu orientieren. Radikale Rhetorik und militante Aktionsformen betreibt sie stilsicher und routiniert, während sie ihre effektive Wirkungsmacht meist nicht über die reformistische Realpolitik hinaus entfalten kann. Bei den sich öffnenden Spaltungslinien der kapitalistischen Klassengesellschaft, die Ausdruck wirklicher Veränderung sind, tut sie sich in den letzten Jahren zunehmend schwer und entfernt sich dabei von ihrem erklärten Ziel: Der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung hin zur klassenlosen Gesellschaft!

Die aktuell brennendste Frage ist die des Krieges in der Ukraine. Er ist der zugespitzteste Ausdruck der kapitalistischen Krisenpolitik (gegen die Arbeiter:innenklasse, für die Vernichtung von Produktivkräften und die Eroberung neuer Märkte) und Anfangspunkt eines kriegerischen Weltkonfliktes zwischen den imperialistischen Hauptkontrahenten USA und China. Dass das sinnlose Dahinschlachten in diesem und jedem anderen Krieg eine Tragödie ist, gegen die sich mit aller Vehemenz gewehrt werden muss, steht außer Frage. Und dennoch, wer meint, es gehe hier um "Freiheit" oder "Diktatur", geht der Kriegspropaganda auf den Leim und vergisst dabei die Grundlagen des Marxismus. Für die linke Bewegung war die Haltung zum Krieg (zum Beispiel zu Beginn des Ersten Weltkriegs) schon immer eine Trennungslinie zwischen opportunistischen und radikalen, auf eine Überwindung des Kapitalismus orientierten Kräften. Viele unterstützen entweder die Kriegstreiberei, indem sie das "Selbstverteidigungsrecht" einer konstruierten ukrainischen Volksgemeinschaft ins Feld führen (also den Standpunkt der Arbeiter:innenklasse, die in allen Ländern ausgebeutet, unterdrückt und missbraucht wird, aufgegeben haben), verlieren sich in vermeintlich

pragmatischen Kleinstanalysen über "linke Anknüpfungspunkte" oder schweigen und vermeiden die brisante Frage des Krieges gleich ganz. **Die Funktion des Krieges als Katalysator der kapitalistischen Krise und zur frühzeitigen Unterbindung**

sich anbahnender Klassenkämpfe gerät dabei in den Hintergrund.

Das obwohl uns die Geschichte lehrt, dass in ebendiesen Klassenkämpfen, der Sabotage der Kriegsökonomie und der Weigerung, sich der einen oder anderen Kriegspartei anzuschließen, die einzige Möglichkeit liegt, sich gegen den Krieg und die damit einhergehende autoritär nationalistische Formierung zur Wehr zu setzen.

Wenn die politische Orientierung nicht mehr auf die Zuspitzung der Klassenwidersprüche zielt, sondern auf die Verteidigung vermeintlich "demokratischer" Errungenschaften (jede Verbesserung der Lebensbedingungen ist das Resultat von Klassenkämpfen von unten), die von rechts bedroht werden, dann ist man schnell an der Seite des bürgerlichen Staates. Er vermag als einziger die Gesellschaft der vereinzelt, entfremdeten Individuen (Staatsbürger:innen) unter einem "Vernunftsprinzip" zusammenzufassen. **Die ureigenste Funktion des bürgerlichen Staates ist jedoch keine andere, als die Erhaltung der äusseren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise** und deren Verteidigung gegen die Angriffe sowohl der Arbeiter:innen als auch einzelner Kapitalist:innen. Schon in der Coronakrise, bei der jüngsten Bankenkrise und erst recht jetzt im Krieg zeigt sich die politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung des Staates. Doch statt einer radikalen Kritik an der polizeistaatlichen "Pandemiebekämpfung" (im Zentrum stand nicht das Schützen von Leben, sondern die Aufrechterhaltung der Produktion) und einer Orientierung auf eine im Kampf entstehende neue Klassensolidarität, sah ein Grossteil der Linken ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen "Schwurbler" und "Demokratiefeinde" – von manchen wurde gar ein noch strengeres Staatsdiktat gefordert. All das unter dem Banner des Antifaschismus. Wenn wir aber davon ausgehen, dass der bürgerliche Staat spätestens seit Ende des zweiten Weltkrieges sämtliche für eine offen autoritäre Herrschaft notwendigen Gewalten in sich vereint und diese jederzeit entfesseln

kann, dann wird eines klar: In diesem Staat gibt es für die radikale Linke nichts zu holen!

Wenn wir für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft sind, die keiner Utopie nachjagt und die kein Wunschtraum bleiben soll, dann müssen wir das revolutionäre Potenzial aus den realen Verhältnissen selbst ableiten. Die kapitalistische Klassengesellschaft ist nach wie vor eine internationale Realität – auch in der Schweiz! Wir gehen nach wie vor von einer Totalität der kapitalistischen Herrschaft aus, die in ihrer Entwicklung aber nach und nach ihre eigene Funktionalität untergräbt und in der produktiven Kooperation der Proletarier:innen das Instrument ihrer potenziellen Überwindung schafft. Wir gehen von ebendiesen Proleta-

rier:innen aus, die im Kampf ihre Spaltungslinien solidarisch überwinden müssen (statt sich in von den herrschenden Verhältnissen konstruierten, vermeintlich verfeindeten Kategorien Unterdrückter zu verlieren). Die Rolle der Revolutionär:innen ist es weder die gesellschaftliche Identität der Arbeiter:innen zu glorifizieren, noch vor der barbarischen kapitalistischen Realität zu kapitulieren, sondern die gesellschaftlichen Entwicklungslinien zu analysieren und eine Praxis zu entwickeln, die auf die revolutionäre Perspektive zielt. Unser theoretisches Rüstzeug beruht nicht auf dem letzten theoretischen Schrei universitärer Seminare, sondern auf der langen Tradition des Emanzipationskampfes der Arbeiter:innenklasse:

"Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

(Marx und Engels, Kommunistisches Manifest)

Wir laden ein zur revolutionären Klärung! Gemeinsam wollen wir in drei Blöcken die drängendsten Fragen diskutieren und Strategien für eine revolutionäre Intervention erarbeiten.

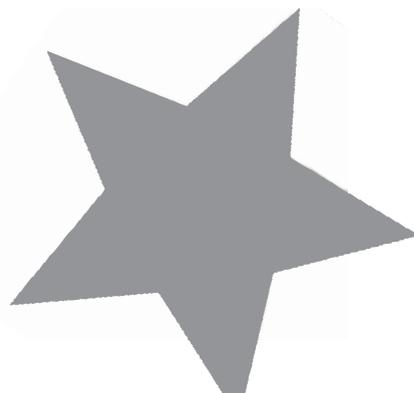
1. Die Haltung zum Krieg

21.5.23, 18:00 Uhr, Punto d'Incontro,
Josefstrasse 102, Zürich

2. Der "revolutionäre Antifaschismus"

tba.

3. Kapitalismus und Klassenposition



In Zürich hat sich ein Diskussionskreis gebildet, an dessen Diskussionen wir uns beteiligen. Positiv hervorzuheben ist beispielsweise die defätistische Haltung zum Krieg, ein kritischer Umgang mit der antifaschistischen Ideologie sowie ein klarer Klassenstandpunkt.

Der Mythos der Wobblies

Überall auf der Welt leidet die proletarische Klasse noch immer unter den gewaltigen Auswirkungen einer fast hundertjährigen Niederlage. Ihre Kämpfe (die es zweifellos gibt, was beweist, dass der Klassenkampf der kapitalistischen Produktionsweise inhärent ist) sind verstreut, isoliert, noch nicht in der Lage, die für eine echte organisatorische Formierung notwendige Kraft zu entwickeln. Das ist die gegenwärtige Realität, und sie darf nicht durch gefährliche Illusionen oder nachvollziehbare Mystifizierungen beschönigt werden. Andererseits wissen wir, wie wir immer wieder betont haben, dass sich dieser Zustand unter dem vielfältigen Druck der Krise der kapitalistischen Produktionsweise verändern wird: durch plötzliche Vorstöße, durch Rückschläge, durch eine mühsame Wiederaufnahme der Kämpfe. Nichts ist linear, mechanisch oder automatisch: Gerade deshalb wird die Notwendigkeit der revolutionären Partei und der Wiederentstehung der klassenbasierten Organismen des wirtschaftlichen Kampfes mit immer größerer Kraft und Dringlichkeit empfunden.

So wird die Wiederentstehung solcher Organismen, die wirklich umfassend und in der Klasse verwurzelt sind, der mühsame, aber zwingende Übergang zu einer notwendigen „Einheitsfront von unten“ sein: aber weder diese (die Organismen) noch jene (die „Front“) können jemals das Ergebnis eines „Willens“ sein, der zwar großmütig sein kann, aber „außerhalb“ der realen proletarischen Bedingungen liegt. Stattdessen müssen wir innerhalb dieser Bedingungen arbeiten, um die Erfahrungen zu sammeln und die gewerkschaftlichen Organismen zu unterstützen, die sich sicherlich vervielfältigen werden, ohne sie mit Aufgaben zu belasten, die nicht die ihren sind, sondern mit dem Ziel, sie zu erweitern und zu stärken. Stattdessen hält sich der „Mythos“ der Industrial Workers of the World (IWW, besser bekannt als Wobblies) hartnäckig in einem anarcho-syndikalistischen, operaistischen und spontaneistischen oder allgemeiner parteifeindlichen Ambiente.

Die IWW waren (oder besser gesagt, sind, denn es gibt sie immer noch) eine kämpferische proletarische Organisation, die 1905 in Chicago auf Initiative einiger militanter Arbeiter:innen und Sozialist:innen gegründet wurde, die seit langem an der Klassenfront aktiv waren und vom zusammengesetzten US-Proletariat weithin als Avantgarde anerkannt wurden. Die IWW waren Protagonist:innen einiger der härtesten und umfangreichsten Konflikte jener Jahre und verfolgten ein Programm, das politische Elemente und gewerkschaftliche Kampfstrategien mischte, in offener Auseinandersetzung mit der offiziellen Gewerkschaftsbewegung, die von der reaktionären und korrupten American Federation of Labor vertreten wurde, die den größten Teil der schwarzen Proletarier:innen, der Eingewanderten, der arbeitenden Frauen und der Arbeitslosen aus ihren Reihen ausschloss.

Sie führten ohne Übertreibung als heldenhaft zu bezeichnende

The image shows the front page of the 'Seattle Worker' newspaper, dated February-March 1919, Vol. 2, No. 2. The masthead includes 'In observance of the Seattle Union Record' and 'Published for Principle and Not for Profit'. A circular logo with 'I.W.W.' is visible. The main headline reads 'STRIKE CALLED' in large, bold, black letters. Below it, a sub-headline says 'ALL UNIONS TO GO OUT'. To the right, another headline reads '100 YEARS AGO 65,000 WORKERS WALKED OUT IN SOLIDARITY'. Further right, a section titled 'CENTRALIA TRAGEDY CENTENNIAL' is dated 'November 11, 1919'. A small text box at the bottom left provides details about a strike in Seattle, mentioning that 35,000 shipyard workers walked off the job and asked for the other unions in the city to join them. A small text box at the bottom right mentions 'IWW members attacked by American Legion, Wobbly N. W. Everest, Wobbly N. W. Everest, Wobblies arrested for defecating themselves while being hanged go free, Lawyer E. Smith also charged.'

Eine Zeitung der Wobblies, Seattle 1919.

Kämpfe, vor allem in den westlichen Bundesstaaten, unter Saisonarbeiter:innen und Wanderarbeiter:innen, gegen Unterdrückung, Militarismus und den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, und standen an der Spitze zweier berühmter Streiks in der Textilindustrie im Osten – dem Lawrence-Streik (1912) und dem Paterson-Streik (1913), von denen der erste siegreich war und der zweite brutal niedergeschlagen wurde.



1911-12: Oliver Steel Streik in Pittsburgh.

Die gewaltsame antiproletarische Repression, die bei Kriegseintritt und in den folgenden Jahren mit Prozessen und Verurteilungen sowie der Anwendung brutalster Gewalt gegen Wobbly-Aktivist:innen (echter demokratischer Faschismus!) einsetzte, schwächte die Organisation schwer, die sich auch in den Jahren der Großen Depression nicht erholen konnte. Die Einladung der Kommunistischen Internationale an die IWW, sich an den Arbeiten des 2. Kongresses (1920) zu beteiligen, und die (von uns schon damals kritisierte) missverständliche Entscheidung, sie als „sympathisierende Organisation“ zu betrachten, brachten die Organisation in eine Phase des Niedergangs.

Das Erbe, das die IWW der internationalen proletarischen Bewegung hinterließen, bestand also aus Kämpfen, die zur Verteidigung der am stärksten marginalisierten Sektoren geführt wurden, mit den Methoden eines offenen Klassenkampfes, der in mehreren Fällen zu Episoden führte, die fast bürgerkriegsähnlich waren. Und sie war begleitet von einer breiten Mobilisierung, die sich geschickt aller damals möglichen Propagandamittel bediente: Zeitungen, Flugblätter, Kampflieder, Comics und Zeichnungen, improvisierte Kundgebungen usw. sowie wirksame Verteidigungsstrukturen für inhaftierte Proletarier:innen. Und dieses Erbe ist ein wichtiger Erfahrungsschatz, auf den man zurückgreifen kann.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die IWW oder die Wobblies nicht aus dem Nichts aufgetaucht sind und genauso wenig war ihr Auftauchen eine geplante Operation. Ihre Initiatoren waren, wie bereits erwähnt, seit langem anerkannte Vorreiter an der Klassenfront. Sie waren Ausdruck von etwa vierzig Jahren der Kämpfe nach dem Bürgerkrieg (1861-65), mit der mühsamen (und nicht immer effektiven) Suche und Gründung von Arbeiterorganisationen, in einer Phase der nationalen Konstituierung, die die proletarischen Verhältnisse fließend machte (die „Grenze“ stellte immer noch ein Ventil für die Konzentration der Arbeiter:innen dar, der Arbeitsmarkt veränderte sich ständig durch die Aufnahme schwarzer ehemaliger Sklav:innen, eine Ader des Rassismus durchzog sogar die ersten Versuche gewerkschaftlicher Organisation...), die durch den Zustrom großer Einwandererkontingente aus Europa und Asien ständig umgestaltet wurden.

Auf ihre Weise waren diese entstandenen Organismen (die National Labor Union, die Knights of Labor, die American Railway Union, die Western Federation of Miners), das Ergebnis eines scharfen Klassenzusammenstoßes: die Kämpfe der Molly Maguires in den Bergbaugebieten Pennsylvanias, die breiten Streiks von 1877, deren Höhepunkt in der so genannten „St. Louis-Kommune“ gipfelte, die Konflikte des Jahres 1886 um die Forderung nach „acht Stunden“, deren Höhepunkt in den „Haymarket-Ereignissen“ in Chicago gipfelte (daher die Institution des Ersten Mai), das Jahrhundert mit den Streiks bei



Joseph-J.-Ettor hält eine Rede bei einem Streik der Friseure.

der Eisenbahn, in den Stahlwerken, bei den Bergleuten und Holzfällern im Westen...

Sie waren, kurz gesagt, die Wobblies – das gewissermaßen unvermeidliche Ergebnis eines ausgedehnten, tiefgreifenden und akuten sozialen Konflikts, der sowohl vom vagen und „grenzüberschreitenden“ Anarchismus als auch vom zerbrechlichen und verworrenen Sozialismus des späten 19. Jahrhunderts (der Socialist Labor Party und dann der Socialist Party of America) beeinflusst war, die sich gegen die Auswirkungen der endgültigen nationalen Formierung und der sehr raschen Umgestaltung der jungen kapitalistischen Wirtschaft in Richtung einer zunehmenden Zentralisierung wandte, die sich in den letzten Jahren krampfhaft entwickelt hatte und mit dem Ersten Weltkrieg dazu bestimmt war, sich auf der internationalen Bühne zu behaupten und den „alten“ englischen Kapitalismus entscheidend abzulösen.



Von dieser Erfahrung, die die Praxis des Kampfes und der Forderungen auf wirtschaftlicher Ebene mit verworrenen und vagen politischen Elementen vermischte („Schaffung der neuen Gesellschaft in der Hülle der alten“, die auch einen „Plan“ für die soziale Reorganisation dieser „neuen Ordnung“ anbot, der im Wesentlichen auf einer betriebsbezogenen Vision beruhte, in deren Mittelpunkt der Arbeitsplatz in den vom Kapitalismus „geerbten“ Formen stand), werden heute in romantischer Weise vor allem die „ideologischsten“ Elemente hervorgehoben: die Basisorganisation, die auch einen politischen (aber offen „partei feindlichen“) Diskurs führt, die „Wobbly-Kultur“, die Spontanität der Organisation von unten, usw. Vor allem glauben sie, diese Art von Organisation am „Runden Tisch“ erneuern zu können, ohne sich daran zu erinnern, dass sie das Ergebnis eines ganzen komplexen Weges von Kampferfahrungen war. Wir wissen, dass authentische Organismen des Klassenkampfes wiederentstehen werden (es ist der Lauf des Kapitalismus selbst, der dies erzwingt!), und dann kann das Erbe der Wobblies, sowohl in seinen positiven als auch in seinen negativen Aspekten, eine echte Lehre sein. Aber sicher nicht ihr romantischer „Mythos“.

Nur die Existenz und das Wirken einer soliden revolutionären Partei (in diesen Organismen und in deren Umfeld), die sich die Machtübernahme und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ziel setzt, wird verhindern können, dass das revolutionäre Potential dieser Organisationen vergedet wird.

Übersetzt aus: il programma comunista, April/Mai 2023



Der 2017 erschienene 5. Band der Geschichte der Kommunistischen Linken ist ein wichtiger Teil unserer politischen Arbeit, um die notwendigen Lehren aus der Geschichte ziehen zu können.

KP China –

eine erfolgreiche bürgerlich-revolutionäre Partei und ihre kapitalistische Großmachtpolitik – Teil II

In der im Sommer 2021 erschienenen Nummer 5 unserer Zeitung haben wir uns mit der Geschichte Chinas und seiner Kommunistischen Partei von ihrer Gründung, über die erfolgreiche bürgerliche Revolution 1949 bis zur maoistischen „Kulturrevolution“ beschäftigt und die sozial-ökonomischen Hintergründe der chinesischen Entwicklung beleuchtet. Wir stellen hier die weitere Entwicklung Chinas, über die wir schon 1979 in einem langen Artikel (China auf dem Weg zur imperialistischen Großmacht) geschrieben hatten (Kommunistisches Programm Nr. 22), dar und führen diese Untersuchung bis zur aktuell forcierten imperialistischen Entwicklung der chinesischen Volksrepublik weiter.

1. Chinas Entwicklung zur Großmacht und die Perspektive der proletarischen Revolution

In „Kommunistisches Programm“ Nr.17 vom Februar 1978 hatten wir im letzten Teil unserer Serie über „die soziale Bewegung in China“ festgestellt, dass die maoistische bürgerlich-kapitalistische Gewaltkur notwendig war, um unter den weitgehend autarken Bedingungen eines nationalen Entwicklungsweges die ursprüngliche Akkumulation als Voraussetzung einer funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft durchzuboxen. Doch das Konzept, durch ständige Ideologisierung und dem Gemeinwohl verpflichtende Parolen die Volksgemeinschaft nach innen herzustellen und nach außen Autarkie und Protektionismus zu betreiben, kam in den 70er Jahren an sein zwangsläufiges Ende. Die Zeit der 60er Jahre hatte dem chinesischen Kapital klar gezeigt, dass die nach dem Bruch mit Russland heroisch gewählte „Unabhängigkeit“ keine Tugend sein und kaum mehr als Stagnation einbringt konnte, nachdem der erreichte Entwicklungsstand der Produktivkräfte eine Integration in den Weltmarkt geradezu erzwang.

Nur das krasse Niveau der Unterentwicklung bewahrte das China Mao Tse-tungs durchweg vor der Katastrophe. Sowenig wie man die wirtschaftliche Basis von Subsistenzwirtschaft und Kleinproduktion in einen Plan zwingen konnte, – weshalb es China im Gegensatz zum stalinistischen Russland damals nicht zur stolzen Fassade der Fünfjahrespläne brachte –, sowenig konnte China auf Grund dieser Rückständigkeit in Wirtschaftskrisen versinken. Was sich trotzdem ereignete, war sicher nicht gering. Aber alle Krisen wurden von der breiten bäuerlich-handwerklichen Struktur aufgefangen, weswegen man sich relativ rasch erholte, aber auch kaum je recht vom Fleck kam.

In unserem umfangreichen Artikel „China auf dem Weg zur imperialistischen Großmacht“ in „Kommunistische Programm“ Nr. 22 stellten wir fest, dass Zentrale Planung, dieses beliebte Indiz für Sozialismus, in China praktisch nie stattfand.

Der erste Plan startete 1955 um zwei Jahre verspätet, denn erst nach Stalins Tod kam der Warenaustausch zwischen Russland und China richtig in Gang. Auch kamen jetzt die russischen Experten, die den völligen Mangel an qualifizierten Kapitalagenten Anfangs wettmachten. Der zweite Plan geriet unter die Räder des „Großen Sprungs“. Der Dritte sollte Anfang 1963 starten, fing aber tatsächlich erst 1966 an. Kaum begann man wieder „planmäßig“ zu wirtschaften, setzte bereits die Kulturrevo-



Kulturrevolution: Die ideologische Mobilisierung reichte nicht aus, um eine wirtschaftliche Entwicklung zu initiieren.

lution ein, die den für die Überwachung der Planerfüllung nötigen Partei- und Verwaltungsapparat in der Zentrale, aber auch in den Regionen weitgehend zertrümmerte. Auch in der darauffolgenden Periode des vierten Plans konnte von Planung keine Rede sein. Der Fünfte lief 1978 an und sollte von Anfang an nicht mehr als den Rahmen fixieren.

Mit den „Vier Modernisierungen“ die 1978 unter Deng Xiaoping begannen, wurden 1982 die Volkskommunen aufgelöst und in private Parzellen aufgeteilt. 1984 wurden

städtische Privatunternehmen mit sieben Mitarbeitern zugelassen, 1988 wurden alle diesbezüglichen Einschränkungen aufgehoben. Nach der Aufnahme offizieller diplomatischer Kontakte zu den USA 1979 wurden vier Sonderwirtschaftszonen für ausländische Investoren eingerichtet.

Die Wirtschaftsentwicklung verlief demnach von Anfang an weitgehend dezentral, denn die zentrale Ebene beschränkt sich auf wenige globale Größen, wie z.B. die Gesamtproduktionsmenge einiger besonders wichtiger Produkte, die Gesamthöhe der staatlichen Investitionen sowie einzelne „Schlüssel-aufbauprojekte“, die Verteilung besonders wichtiger Güter etc. Die Einzelbetriebe, bekanntlich auf Profitmaximierung verwiesen, mussten auch damals schon in China den Großteil von Beschaffung und Absatz unter sich ausmachen. Die einzelnen Betriebe warten nicht auf Zuteilung von Rohstoffen und dergleichen „über den Dienstweg“, sondern verhandeln untereinander. Insgesamt verstärkte sich in China in den 70er Jahren der Trend zu einer Unzahl von unabhängigen Produzent:innen, was im Klartext nichts anderes heißt, als dass sich in zunehmenden Maße die kapitalistische Privatproduktion an der Oberfläche zeigt.

Nach der Kulturrevolution und bis zum Tode Maos bestimmten die „Realist:innen“ die Politik, Mao und seine Mannschaft funkten nur über den Propagandaapparat dazwischen. Der 10. Parteitag 1973 brachte ein Patt zwischen den Fraktionen, das sich aber schon beim 5. Volkskongress 1975 weitgehend zugunsten der „Realist:innen“ im Staatsapparat auflöste. Sicher nicht zufällig blieb Mao dieser Versammlung fern und plauderte lieber mit Franz Josef Strauß. Er wollte offensichtlich Tschu En Lai's Programm der „Vier Modernisierungen“ nicht zur Kenntnis nehmen. Mao starb am 9. September 1975. **Der Kampf, der nach Maos Tod so schnell und heftig entbrannte, war keine Erscheinung engstirniger Machtpolitik. Vielmehr ging es um die längst überfällige Entscheidung, die Weichen der langfristigen Kapitalakkumulation für das Land zu stellen.**

Die „K“P Chinas lernte ihre Lektion und wandte sich dem Westen zu. Drei Tabus der Maoist:innen gingen dabei völlig über Bord: keine Auslandskredite, möglichst kein Rohstoffexport, keine Joint-Ventures. Stattdessen setzte die neue Führung unter Deng Xiaoping seit 1978 auf die Integration Chinas in den Weltmarkt und auf einen Technologietransfer aus dem Westen. Ausländische Unternehmen durften ab den 80er Jahren arbeitsintensive Bekleidungs- und Elektronikfabriken für den Export eröffnen und billige Arbeitskräfte vom Land beschäftigen. Die extrem niedrigen Löhne dieser ersten „Bauern-Arbeiter“, die noch mit ihren dörfli-



„Drei-Welten-Theoretiker“ Mao trifft sich mit einem Vertreter der sog. „2. Welt“ – dem Reaktionär Franz Josef Strauß.



Mao-Witwe vor Gericht: Mit dem Prozess gegen die „Viererbande“ hatte der Machtkampf in der KP China seinen Höhepunkt.

chen Gemeinden verbunden waren, hatten ihre Grundlage in der Kombination von Lohnarbeit und Subsistenzlandwirtschaft.

Während in den 80er Jahren neue Gesetze private Firmengründungen und Zeitarbeitsverträge zuließen, sowie Konkurse und Entlassungen legalisiert wurden, strich China 1982 das Streikrecht aus der Verfassung. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Anzahl der „selbständig wirtschaftenden Haushalte“ bis 1988 auf 14 Millionen an. Gleichzeitig sank der Anteil der Landbevölkerung von 82 auf 42 Prozent (der Anteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft von 70 auf 27 Prozent).



Maos Nachfolger Deng Xiaoping, setzte auf die Amerikaner, Freihandelszonen und Technologietransfer.

Zu einer zweiten Welle der Privatisierung der Staatsindustrie kam es am Ende der Jiang-Zemin-Ära zwischen 1998 und 2002. China reduzierte seine Staatsbetriebe auf die strategisch wichtigen Bereiche der Finanzwirtschaft und Schlüsselindustrien und versuchte den Rest als Privatunternehmen international wettbewerbsfähig zu machen. Zwischen 1995 und 2003 sank die Zahl der Beschäftigten in Staatsbetrieben von 112 auf 68 Millionen sowie in Kollektivbetrieben von 31 auf 10 Millionen. Da der Staat von der Wohnung über die Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung bis zur Rente alles an den Arbeitsplatz gekoppelt hatte (Kostenfaktoren, denen er sich entledigen wollte), gab es Anfang der 2000er Jahre eine erste Welle von Arbeiterprotesten gegen Werkschließungen und Unterschlagungen von Betriebseigentum und Rentenkassen durch korrupte Kader. Spektakulär war der Konflikt beim Stahlunternehmen Tonghua Iron and Steel Group im Juli 2009. Im Zuge verbaler Auseinandersetzungen um die Reorganisation des Betriebes kam es zu Handgreiflichkeiten. Laut Medienberichten hat der Manager daraufhin den Arbeiter:innen gedroht: „Auch wenn ich nur noch einen Atemzug in mir habe, seid ihr Morgen alle gefeuert.“ Daraufhin wurde er von der Menge erschlagen.

Die Zunahme der Anzahl der Wanderarbeiter von 79 Millionen im Jahr 2000 auf offiziell 236 Millionen 2012, die zu niedrigsten Löhnen von unter 200 Euro sowie Arbeitszeiten von 12 Stunden und nur einem freien Tag alle zwei Wochen schufteln müssen, führte auch zu einer Zunahme wilder Streiks. (Da es den existierenden Gewerkschaften verboten ist zu streiken und die Gewerkschaftsvorsitzenden ohnehin vielerorts die Personalchefs sind). 2010 kam es in der chinesischen Autoindustrie zu einer Streikwelle für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, woraufhin die Regierung zu großen Lohnerhöhungen griff, um die außer Kontrolle geratene Situation zu befriedigen. Seitdem reagiert die „K“P China auf Arbeiter:innenkämpfe mit verrechtlichten Befriedigungsmanövern und Repression, wobei letztere stark zugenommen hat.



Der Umbau der Wirtschaft nach 1990 hatte Streiks und Arbeiterkämpfe zur Folge.

Auch im Agrarsektor wird die kapitalistische Entwicklung planmäßig vorangetrieben. Nach der Auflösung der Volkskommunen wurde die kleinbäuerliche Landwirtschaft den Raubtiergesetzen des kapitalistischen Marktes unterworfen. Von 1984 bis 2004 verloren so bis zu 180 Millionen Bauern auf „natürlichem“ Wege ihr Land. Jetzt werden von der „K“P China sogenannte „Drachenkopfunternehmen“ (agroindustrielle Konzerne) propagiert und ihre Entwicklung durch Subventionen gefördert. Seit der Liberalisierung der Bodenverpachtung 2008 vollzieht sich die Entwicklung der Landwirtschaft in raschem Tempo.

2008 wurden 17 Prozent der Nutzungsrechte der gesamten agrarischen Fläche an diese „neuen Subjekte“ transferiert, 2013 waren es schon 26 Prozent und 2016 ein Drittel.

Unter Führung der „K“P China kommt die kapitalistische Lösung der Agrarfrage an ihr Ende. Die Beseitigung der bäuerlichen Kleinproduktion und die Umwandlung der Kleinproduzenten in Lohnarbeiter. Zum ersten Mal in der Geschichte bilden die Bauern nicht mehr die Mehrheit der Gesellschaft. Was jetzt nur noch fehlt sind dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion entsprechende gesellschaftliche Produktionsverhältnisse. Dies setzt allerdings die revolutionäre Zerschlagung des kapitalistischen Systems voraus. Und hier sind wir wieder beim wirklichen Marxismus. Die bürgerliche „K“P China hat mit den Proletariern ihre eigenen Totengräber produziert. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich!

2. Die aktuelle imperialistische Entwicklung Chinas

Die Präsenz Xi Jinpings im Herzen der Regierungspartei sei von entscheidender Bedeutung, um den „historischen Prozess der großen Erneuerung der chinesischen Nation zu fördern“, hieß es im Herbst 2021 in der typisch blumigen Rhetorik der „K“P China, die den neuen großen Führer gleich zum „Inbegriff der chinesischen Kultur und Seele“ stilisierte. Die Resolution zu den „wichtigsten Errungenschaften und historischen Erfahrungen des hundertjährigen Kampfes der Partei“, in der dies zu lesen war, ist jedoch mehr als eine personenkultige Lobeshymne. Sie ist die dritte sogenannte „Historische Resolution“. Die erste wurde nach dem siegreichen antijapanischen Krieg von Mao Tse-tung formuliert. Mit der zweiten zementierte Deng Xiaoping seine Linie und mit der aktuellen orientiert der auf dem 18. Parteitag 2012 an die Spitze der Partei getretene Xi Jinping auf die weltweite Stellung, die China als ein historisches Zentrum der Welt wieder einnehmen möchte: Voll entwickelt, reich und mächtig. Und wie es bei großen historischen Plänen üblich ist, wurde auch schon das Datum dafür festgelegt: Der hundertste Geburtstag der „Volksrepublik“ 2049.

Die drei Phasen der kapitalistischen Entwicklung

Schon auf ihrem 19. Parteitag 2017 hatte die KP China eine „neue Ära“ ausgerufen: Nach dem „Aufstehen“ (gan qilai) unter Mao 1949 und dem „wohlhabend Werden“ (fu qilai) unter Deng 1978 jetzt das „stark Werden“ (qiang qilai) unter Xi Jinping. Diese klar definierten Etappen, mit denen die „K“P China die von ihr betriebene planmäßige kapitalistische Entwicklung beschreibt, zeugen von einem beachtlichen historischen Klassenbewusstsein der chinesischen Bourgeoisie. Hierbei hilft ihr sicherlich ein am Marxismus geschultes Verständnis historischer Abläufe, dessen von der „K“P China betriebene Verfälschung, „Sinisierung des Marxismus“ genannt, trotz aller Primitivität und Inkohärenz weltweit ein Orientierungspunkt für Prediger:innen eines „chinesischen Sozialismus“ darstellt. In Wirklichkeit beschreiben diese drei Etappen exakt die drei Phasen der universellen kapitalistischen Entwicklung, die in China erst mit dem Sieg der bürgerlichen Revolution 1949 eingeleitet wurde: Die revolutionäre Phase, die Phase der Stabilisierung und die imperialistische Phase.

Für die revolutionäre Phase der Bourgeoisie in China steht der auf die Bauern gestützte siegreiche nationale Befreiungskrieg unter der Führung Mao Tse-tungs, der die unproduktiven isolierten Produktionsverhältnisse auf dem Land beseitigte und die Möglichkeit der kapitalistischen Akkumulation im nationalstaatlichen Rahmen eröffnete. Allgemein haben wir diese erste Phase in unserem Text über den historischen Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft folgendermaßen beschrieben: *„Die bürgerliche Revolution (...) ist der soziale Krieg, den die Kapitalisten auslösen und führen, um sich selbst von der Knechtschaft und Abhängigkeit*



Mit dem neun Führer Xi Jinping soll China groß und mächtig werden.

von den alten herrschenden Ständen, die Produktionskräfte von den alten Verbotten und die Masse der Handwerker und Kleinbesitzer von derselben Knechtschaft und denselben Schemata zu befreien – eine Masse, die die Armee der Lohnarbeiter liefern soll und frei werden muss, ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen zu können.“ (Texte der IKP 3, S.40)



Der chinesische Staat agiert als ideeller Gesamtkapitalist.

Nach der Machteroberung, dem versuchten großen Sprung und den „kulturrevolutionären“ Mobilisierungen unter Mao, begann Deng Xiaoping in der zweiten Hälfte der 70er Jahre mit klassisch kapitalistischen Entwicklungskonzepten: Privatisierungen auf dem Land („System der Familienverantwortung“), Einführung von Marktbeziehungen, Erhöhung der Autonomie der Staatsunternehmen. Auf diese Entwicklung trifft zu, was wir in unserem Text über die zweite Phase der kapitalistischen Entwicklung geschrieben: *„Mit der liberalistischen Phase hinterlegt der Kapitalismus in den verschiedenen Ländern die ersten Jahrzehnte seiner großartigen Entwicklung. Die Unternehmen vervielfältigen sich und werden riesengroß, die Arbeitsarmeen vergrößern nach und nach ihre Zahl, die Waren werden in kolossalen Mengen produziert.“* (ebenda, S.41) Hier sei angemerkt, dass die kapitalistische Entwicklung in China spät eingesetzt hatte und von einem niedrigen Niveau aus gestartet war, was die Auswirkungen der nach dem „Nachkriegsaufschwung“ Mitte der 70er Jahre einsetzten weltweiten kapitalistischen Krise minderte.

Den verstärkten Auswirkungen der ökonomischen Krise Ende der 80er Jahre, eine Krise, die das Ende des schwächeren russischen Kapitalismus und seines Ostblocks beschleunigt hatte, wirkte die „K“P China als Kommandobrücke des chinesischen Kapitalismus mit einem radikalen Umbau der eigenen Wirtschaftsstruktur entgegen. Unproduktive staatliche Betriebe v.a. in der Schwerindustrie wurden abgewickelt oder umstrukturiert. So wurden zwischen 1995 und 2003 ca. 65 Millionen Arbeitsplätze im „Rust Belt“ abgebaut, während gleichzeitig ca. 120 Millionen neue Jobs (in und um die Sonderwirtschaftszonen) im „Sun Belt“ geschaffen wurden, was auch eine Ausdehnung des Dienstleistungssektors bedeutete. (Trotzdem macht in China das verarbeitende Gewerbe heute noch 25% der Wirtschaftsleistung aus, in der BRD sind 18% und in den USA nur 11%.) Der Markt wurde zum „entscheidenden Faktor bei der Ressourcenverteilung“ erklärt und seit 1993 wurde offiziell von „sozialistischer Marktwirtschaft“ gesprochen. Während die „K“P China zur Steigerung der Produktivität und Ausdehnung des Marktes also eine massive Privatisierungspolitik betrieb (so reduzierte sich z.B. die Zahl der staatlichen Unternehmen von 1995 bis 2004 von 120.000 auf 25.000), behielt sie bewusst die Richtlinienkompetenz der allgemeinen staatlichen und ökonomischen Entwicklung. Obwohl heute 2/3 der Unternehmen in Privatbesitz sind, spielen die Staatsbetriebe nach wie vor eine gewichtige Rolle. (So waren laut der „Fortune Global 500“-Liste für 2017 z.B. drei chinesische Staatsunternehmen unter den ersten Vier der weltweit umsatzstärksten Unternehmen.) Als die staatlichen Unternehmen in Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden, blieben die Unternehmen von strategischer Bedeutung unter staatlicher Vermögensaufsicht (sie wurden an der Börse notiert, der Staat blieb Mehrheitsaktionär). Als Ziel der direkten und indirekten Staatsunternehmen wird nicht nur der unmittelbare Unternehmensgewinn, sondern ihre Funktionalität für die nationale Strategie und Politik der „K“PCh definiert. Dies betrifft nicht nur strategische Wachstumsplanungen, sondern auch die Rolle eines „automatischen Stabilisators“, der zyklische Schwankungen der Wirtschaft durch starke Investitionskapazitäten ausgleichen soll. Die Methoden der staatlichen Leitung sind gesetzliche Vorgaben, steuerpolitische Maßnahmen und unmittelbare politische Einflussnahme. Auf einer nationalen Konferenz über die Entwicklung der Partei in den staatlichen Unternehmen im Oktober 2016 erklärte Xi Jinping z.B., dass „die Führung der Partei in den staatlichen Unternehmen und ihre Rolle in diesen Unternehmen gestärkt und verbessert werden“ soll.

Unter dem Druck der ökonomischen Krise fand also eine Anpassung der chinesischen (Wirtschafts-)Politik an die westlichen Länder statt, allerdings anders, als die im kalten Krieg geschulten westlichen Beobachter es interpretierten. Hinter den Privatisierungen und der Anpassung an die Finanzmärkte stand eine planmäßige strategische (Entwicklungs-)Politik unter staatskapitalistischem Kommando, wie wir sie heute in der zunehmenden protektionistischen und kriegswirtschaftlichen Politik aller imperialistischen Staaten sehen können. Diese Entwicklung ist typisch für die dritte Phase der kapitalistischen Entwicklung, die in Europa ja bekanntlich schon in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Wir beschrieben diese folgendermaßen: „Während sich die Wirtschaft in Richtung auf das Monopol und auf die aktive Intervention des Staates in die Wirtschaftssphäre und in die sozialen Kämpfe entwickelte, wurde mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 die betrügerisch pazifistische Phase des kapitalistischen Zeitalters abgeschlossen.“ (Texte der IKP 6, S.27) Wir erklärten, „dass die dritte und modernste Phase des Kapitalismus in der Wirtschaft als monopolistisch und planwirtschaftlich-dirigistisch, und in der Politik als totalitär und faschistisch zu definieren ist.“ (ebenda, S.28) **Genau hierfür steht die Politik von Xi Jinping, die expansive staatswirtschaftliche Maßnahmen nach innen und außen, repressiven Überwachungsstaat und Militarisierung bündelt.**



Auch China blieb von der Immobilienkrise des spekulativen Kapitals nicht verschont.

Dass diese Entwicklung auch die „Kommunistische“ Partei Chinas als Kommandobrücke des chinesischen Kapitalismus prägt, ist selbstverständlich. Und dies nicht nur bezüglich ihrer nationalistischen Propaganda, sondern auch hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung. So erklärte z.B. der chinesische Botschafter in Deutschland Wu Ken im Juni 2021 in einem Interview in der „Jungen Welt“ die 92 Millionen Mitglieder starke KP China zur „Avantgarde aus Arbeiterklasse, Volk und Nation“, deren „Hauptaufgabe“ die „Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung und des chinesischen Traums vom Wiederaufleben der Nation“ sei. Seit 2001 fördert die KP den Eintritt von Privatunternehmern. Bis 2014 stieg der Anteil der Parteimitglieder unter den Privatunternehmern auf über 35%. Sie sind inzwischen stärker in der KP vertreten, als es ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Großunternehmen sogar stärker als kleine. Sie nehmen in der Partei häufig auch wichtige Funktionen ein. Bezeichnender Weise ist auch der staatliche Unternehmerverband der Einheitsfrontabteilung (!) der „K“PCh unterstellt. Seine Aufgabe ist u.a. die Kreditvermittlung von staatsverbundenen Banken an die Privatwirtschaft.

Staatliche Krisenpolitik und Verschuldung

Angesichts der Gefahren, die der chinesischen Wirtschaft allgemein und ihrer planmäßigen Entwicklung im Besonderen durch die zunehmende Finanzialisierung drohen (mit der der Kapitalismus weltweit auf Verwertungsschwierigkeiten und kapitalistische Krise reagiert), hat die „K“P China verstärkt Maßnahmen zur Durchsetzung der staatlichen Kontrolle auch privater Unternehmen und zur Regulierung v.a. von Technologieunternehmen, die auch Finanzdienstleistungen anbieten, ergriffen (siehe z.B. das Vorgehen gegen die Ant Group, einen der größten Fintechkonzerne der Welt und deren Zahlungsdienst Alipay, staatliche Zwangsbeteiligungen wie bei Bytedance oder auch eine rigidere Kreditaufsicht, die u.a. zum Bankrott von Evergrande geführt hat).

Vor dem Hintergrund gravierender Einkommensunterschiede angesichts von Niedriglöhnen auf der einen und einer börsenspekulationsgetriebenen Milliardenärswelle auf der anderen Seite, agitiert die „K“P China gegen „exzessiv hohe Einkommen“ und fordert reiche Unternehmer auf „mehr an die Ge-

sellschaft zurückzugeben“. Was sich prima als sozialistisch motivierte Politik verkaufen lässt und genauso wie die Kampagnen gegen Korruption „beim Volk“ gut ankommt, soll in Wirklichkeit nur die Handlungsfähigkeit des Staates als ideellen Gesamtkapitalisten stärken (ähnlich den Maßnahmen für „Steuergerechtigkeit“ in den westlichen kapitalistischen Ländern), eines Staates, der nicht mehr die Rahmenbedingungen der „freien Konkurrenz“ schafft, sondern die Entwicklungslinien der Wirtschaft vorgibt. So wurden z.B. schon kurz vor dem 13. Nationalen Volkskongress im März 2018 „irrationale Investitionen“ im Ausland verboten, allen voran in Immobilien und der Unterhaltungsindustrie. Gefördert werden demgegenüber Beteiligungen in E-Mobilität und „sensitiven Bereichen“ wie Maschinenbau und Robotik.

Der im Mai 2020 formulierte industriepolitische Ansatz „Made in China 2025“, ein fester Bestandteil des 14. Fünfjahresplans von 2021 bis 2025, legt seinen Schwerpunkt auf den Binnenmarkt. Vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise und Wirtschaftskrieg will China seine exportorientierte Niedriglohnwirtschaft überwinden. Binnenkonsum und die heimischen Unternehmen sollen verstärkt als Wachstumsmotor dienen. China will in bestimmten Schlüsseltechnologien autark werden. Börsengänge an ausländischen Finanzmärkten sollen künftig unterbleiben.

Peking hat dabei seinen Technologieplan „Made in China 2025“ fast originalgetreu vom deutschen Konzept „Industrie 4.0“ übernommen, mit dem der deutsche Imperialismus beabsichtigt „die internationale Spitzenposition Deutschlands in der produzierenden Industrie zu sichern und auszubauen“. „Die Entwicklungskonzepte Chinas und Deutschlands weisen eine große Schnittmenge auf“, erklärte dann auch der chinesische Botschafter Wu Ke in einem Interview in der Jungen Welt vom 19/20/21. Juni 2021. Und ebenda: „Wir wollen die Kraft aller 1,4 Milliarden Chinesen bündeln, um die chinesische Nation wiederaufleben zu lassen.“ Zur besonderen Beziehung von China und Deutschland, die unter starkem Druck des US- Imperialismus steht, sei hier nur kurz angemerkt: China ist der wichtigste Handelspartner der BRD (Mit einem Volumen von 246 Milliarden Euro aktuell noch vor den USA). Trotzdem propagiert Wirtschaftsminister Habeck den Wirtschaftsaustausch mit China zu reduzieren, indem er wie die USA Investitions Garantien streichen bzw. Investitionen ganz der behördlichen Kontrolle unterwerfen will. Dies widerspricht den unmittelbaren Interessen großer Teile der deutschen Industrie. In den ersten sechs Monaten 2022 investierten deutsche Unternehmen 10 Milliarden Euro in China, und damit mehr als jeweils in den kompletten Jahren seit 2000. Z.B. steht das größte aller Werke von Mercedes in Peking. Vor dem Hintergrund zunehmender protektionistischer Gefahren orientieren diese Unternehmen jetzt auf eine Lokalisierung ihrer Investitionen in China (um für den dortigen Markt mit chinesischen Zulieferern zu produzieren), womit sie sich nebenbei auch dem chinesischen „Binnenwirtschaftskonzept“ anpassen.

Trotz ihrer nachholenden Dynamik wurde auch Chinas wirtschaftliche Entwicklung stark von der kapitalistischen Krise geprägt, die mit der Finanzkrise 2008 einen letzten Höhepunkt gefunden hatte und gegen deren Folgen das internationale Kapital immer noch erfolglos ankämpft. So hat China im Jahr 2017 nur noch 9 Prozent seiner Produktion exportiert, während es im Jahr 2007 noch 17 Prozent waren. Im 2. Quartal 2022 erreichte es nur einen Zuwachs des BIP von 0,4 Prozent, nach drei Jahrzehnten zweistelliger BIP-Wachstumsraten!



China setzt mit der Seidenstrasseninitiative auf imperialistische Expansion.

Mit verstärkten Staatsinvestitionen will China jetzt internationalen Absatzschwierigkeiten entgegenwirken und hofft neue Märkte im eigenen Land zu erschließen. So werden 34 Billionen Yuan (4,9 Billionen US-Dollar) in „neue Infrastrukturprojekte“ wie 5G-Technologie, Internet der Dinge und intelligentes Verkehrswesen inves-

tiert und natürlich – ähnlich dem deutschen Beispiel – auf eine „Kapitalvertiefung der Ökonomie“ orientiert. Allerdings ist die soziale Ungleichheit in China in den letzten Jahren explodiert. Im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum war der Lohnanteil am Einkommen in China von Anfang an niedrig. Gleichzeitig sind die Privathaushalte heute in großem Umfang verschuldet, was angesichts stagnierender Einkommen und fallender Immobilienpreise (für viele eine Anlage und „Sicherheit“) nicht den Binnenkonsum sondern die Krisen verstärken dürfte.



Zwar hat China zum 100. Jubiläum der „K“PCh das „Ende der absoluten Armut“ verkündet, nachdem die Partei selbst die Messlatte dieses Elends ein Viertel niedriger als die Weltbank angesetzt hatte: Mit 1,25 Euro pro Tag! Allerdings wurde auch dies größtenteils schuldenfinanziert durch Mikrokredite für Kleinunternehmer, flächendeckende Arbeitsprogramme und sozialen Wohnungsbau. Schon nach der Krise 2008 war durch ein großes Konjunkturpaket der Arbeitsmarkt vor allem durch Ausdehnung des Bausektors stabilisiert worden. Eine enorme Ausweitung der Verschuldung war die Folge. Von Ende 2000 bis Juli 2014 wuchs der Gesamtkreditbestand im chinesischen Finanzsystem um 688% (von 9,9 auf 78,02 Billionen Yuan), während das Wachstum des BIP 473% betrug.

Der chinesische Wissenschaftler Wen Tiejun, Gründungsmitglied der Global University for Sustainability, beschrieb in einem Artikel über Chinas Platz im Weltsystem („Junge Welt“ vom 21.12.2022) erstaunlich reflektiert die chinesische Wirtschaftspolitik seit der Wirtschaftskrise 2008. „Als Reaktion auf die Krise führte die chinesische Regierung angebotsseitige Reformen durch und ergriff Maßnahmen, die im Grunde prozyklisch waren: Deindustrialisierung und Finanzialisierung.“ Der immer größer werdende Finanzsektor wanderte – wie auch in anderen kapitalistischen Ländern - mangels anderer profitabler Anlagemöglichkeiten in den spekulativen Immobiliensektor. Und auch viele Privathaushalte (der von der chinesischen Regierung herbeigewünschte „breite Mittelstand“) legten angesichts von Inflation, unsicheren Aktienkursen und Kapitalverkehrskontrollen ihre Vermögen im Immobiliensektor an.

Der Gesamtwert der Immobilien in sieben Großstädten Chinas belief sich im Jahr 2018 auf 65 Billionen US-Dollar, mehr als in den USA, der EU und Japan zusammen. Der Immobiliensektor machte 2021 fast 30% des Bruttoinlandsprodukts aus. Die gebauten Wohnungen dienen dabei weniger dem Bedürfnis nach einem Dach über dem Kopf, sondern werden – wie ja auch bei uns bekannt - als spekulative Ware gehandelt. 2021 stand knapp ein Fünftel des chinesischen Wohnungsbestandes leer, weil die Preise für die Bevölkerung oftmals zu hoch waren. Eine chinesische Besonderheit: Der Grund und Boden ist Staatseigentum, seit den Reformen Anfang der 80er Jahre können allerdings die Nutzungsrechte käuflich erworben werden, wodurch der Spekulationsmarkt nicht auf der Grundlage der Eigentums-, sondern der Nutzungsrechte entstand. Hier zeigt sich einmal mehr die marxistische Wahrheit, dass der Kapitalismus keine Frage des Eigentums ist (staatlich oder privat), sondern der warenförmigen Verwertung.

Im September 2021 kam es dann zur Pleite des größten chinesischen Immobilienentwicklers Evergrande, der mit fast 300 Milliarden Dollar verschuldet war. Vorausgegangen waren neue Regulierungsaufgaben der Regierung für die Kreditaufnahme von Unternehmen und für den Immobilienkauf (Erhöhung der Eigenkapitalquote und Schuldenbegrenzung), die von Evergrande nicht mehr erfüllt werden konnten. Evergrande (ein Mischkonzern mit 200.000 Mitarbeitern, der auch auf Elektroautos, Versicherungen und Freizeitparks machte und dessen Gründer Hui Ka Yan zeitweilig als reichster Chinese galt, der auch schon vor dem Nationalen Volkskongress auftrat), hatte von den Provinz- und Ge-



Der von der VR China als Statue nach Trier zurückgebracht Marx analysierte schon vor über 150 Jahren den Entwicklungsweg des Kapitalismus, der auch der Weg des heutigen China ist.

meinderegierungen, die ihre Infrastrukturprojekte finanzieren wollten, Nutzungsrechte an Land erworben, auf denen er dann Häuser baute und vor Fertigstellung verkaufte. Er wurde das erste Opfer der staatlichen Eindämmungsmaßnahmen gegen den schuldenfinanzierten Boom des Immobiliensektors, was zu großen Verlusten bei Banken und Erschütterungen an Chinas Börsen führte. Die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen des Evergrande-Zusammenbruchs sahen dann auch eine Reduzierung des Mindestreservesatzes der Banken vor, um deren fragile Liquidität zu erhalten.

Der schon erwähnte Wen Tiejun schrieb: *„Immobilien sind zu einer untragbaren Belastung für die chinesische Gesellschaft und Wirtschaft geworden, die die chinesische Regierung in die Enge treibt. Ein weiteres Anwachsen der Immobilienblase muss verhindert werden, aber ein Absturz der Immobilienpreise wäre ebenfalls eine Katastrophe.“* **Am Beispiel der Immobilienblase zeigt sich das gesamte Problem des Kapitalismus: Das Fehlen profitabler und produktiver Anlagemöglichkeiten des Kapitals. Die produktiven Investitionen stehen unter dem Druck der fallenden Profitrate und für eine Ausdehnung der Produktion fehlen die Märkte, die Blasen der „ersatzweisen“ spekulativen Profite drohen die gesamte Wirtschaft in den Abgrund zu reißen.**

Schon Marx und Engels haben festgestellt, dass der Markt für die kapitalistische Produktion ständig erweitert werden muss, während die zwangsläufige Zunahme der Produktivität und Ausbeutung ihn verkleinert und dass ein (zunehmend bedeutender) Teil des Gesamtkapitals sich als Geldkapital verselbständigt und ständig nach neuen Anlagemöglichkeiten sucht. *„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel, überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“* (Manifest der Kommunistischen Partei) *„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion*

gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Marktes für diese vermehrten Produkte. Was jene in Monaten herstellen, kann dieser kaum in Jahren absorbieren. Dazu die Schutzzollpolitik, wodurch jedes Industrieland sich gegen die anderen und namentlich gegen England abschließt und die heimische Produktionsfähigkeit noch künstlich steigert. Die Folgen sind allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite; kurz die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muss ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen.“ (Das Kapital, 3.Band)

Lenin, der vor dem Hintergrund der Entwicklung am Anfang des 20. Jahrhunderts die Positionen von Marx und Engels präzisiert und in vollkommenem Einklang mit der marxistischen Methode entwickelt hat, definierte die kapitalistische Entwicklung zum Imperialismus. *„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, auf der die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport eine hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde zwischen den größten kapitalistischen Ländern abgeschlossen ist. (...) Das Finanzkapital und die*

Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie. Sobald aber die Kräfteverhältnisse sich geändert haben, wie sollen dann unter dem Kapitalismus die Gegensätze anders ausge- tragen werden als durch Gewalt? (...) Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall den Drang nach Herrschaft, aber nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der gan- zen Linie, gleichviel unter welcher politischen Ordnung, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Resultat dieser Tendenz.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)



China ist Bestandteil des zum Krieg treibenden imperialistischen Weltsystems.

Lenin richtete sich auch gegen den Opportunismus (Kautskys), der eine „andere, angeblich durchaus mögliche bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals“ behauptete, die nicht-monopolis- tisch, nicht-gewalttätig und nicht-annexionistisch ist, was ja heute auch von den linken Verteidigern der chinesischen Politik für möglich gehalten wird. Demgegenüber zeigt sich gerade in der aktuellen Entwicklung, wie sich China zu einer klassischen imperialistischen Macht entwickelt hat.

Imperialistische Expansion und Überwachungsstaat

Die 2013 von Xi Jinping vorgestellte „Belt and Road Initiative“ (RBI, auch „Neue Seidenstraße“ ge- nannt), die 2015 in den 13. Fünfjahresplan integriert wurde, ist die zentrale Säule der expansiven chi- nesischen Wirtschafts- und Außenpolitik. Mit ihr sollen neue Absatzmärkte und Investitionsstandorte für chinesische Unternehmen im Energie- und Transportsektor, in der Schwerindustrie und im Agrarbe- reich erschlossen werden. Auf klassisch imperialistische Weise subventioniert China mit den dafür not- wendigen Krediten seine Konzerne (die allein in den Zielländern die Aufträge ausführen dürfen) und schafft durch Schulden neue Abhängigkeitsverhältnisse. Der Anteil der Schulden Afrikas an China be- trägt inzwischen etwa ein Viertel der gesamten afrikanischen Schuldenlast. In bekannter imperialisti- scher Rhetorik will China mit der BRI auch „Rohstoffsicherheit“ erreichen. China, das auch auf Nahrungsmittelimporte angewiesen ist, fördert mit der RBI nicht zuletzt den Einstieg seiner Unterneh- men direkt in die Nahrungsmittelproduktion auf gekauften oder gepachteten Flächen in Afrika und Asien, was in den jeweiligen Ländern schon als „Land Grabbing“ bezeichnet wird.

Da im Imperialismus eine wirtschaftliche Expansion nicht ohne eine militärische möglich ist, will China bis 2049 nicht nur die weltweit führende Industrienation sein, auch die sog. Volksbefreiungsar- mee soll dann „eine Spitzenarmee auf Weltniveau“ darstellen. Unter Xi Jinping wurden die Streitkräfte umstrukturiert und technisch modernisiert. Der Militärhaushalt 2018 betrug mit 140 Milliarden Euro 8,1 Prozent mehr als 2017. Tendenz steigend.

Auf Arbeiter:innenproteste für regelmäßige Lohnzahlungen und Streiks wird in China zunehmend re- pressiv reagiert. Nach der Coronakrise, die Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen befördert hat, haben auch kleine Arbeitskämpfe wieder zugenommen, gegen die der Staat regelmäßig mit seiner Polizei vor- geht. Insgesamt entwickelt sich China zum perfekten Überwachungsstaat, von der Einführung eines flächendeckenden „sozialen Kreditsystems“ (mit dem konformes Verhalten belohnt und abweichendes bestraft wird) bis zur totalen digitalen Kontrolle. So soll z.B. die Polizei mit digitalen Brillen ausstat- tet werden, die in Echtzeit Gesichter erkennen und Personeninformationen liefern. Doch nicht nur im Bereich des Digitalen auch im „Genetischen“ lassen die chinesischen Überwachungsstrategen ihrer Phantasie freien Lauf, mit einer wahllosen Speicherung von DNA-Proben bei allgemeinen Gesund- heitstests (erstmal erprobt bei nationalen Minderheiten).

Die Gefahr des imperialistischen Krieges

China, dass seiner neuen außen- und verteidigungspolitischen Stoßrichtung entsprechend „rule maker“ statt „rule taker“ in der Weltpolitik werden will, fordert dabei natürlich die noch stärkste imperialistische Macht, die USA, heraus. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom Herbst 2022 bezeichnet China als zentrale „Herausforderung“ der USA: China sei „das einzige Land“, das „sowohl die Absicht“ habe, „die internationale Ordnung neu zu gestalten“, als auch „in zunehmendem Maß die ökonomische, diplomatische, militärische und technologische Macht, dieses Ziel voranzubringen“. Man werde alles daran setzen China „niederzunkonkurrieren“. „Es ist klar, dass die kommenden zehn Jahre die entscheidende Dekade sein werden.“ Und auch die NATO, das wichtigste machtpolitische Instrument des US-Imperialismus, orientiert auf eine Ausdehnung in den asiatisch-pazifischen Raum (mit Japan und Australien) und erklärt in ihrer aktuellen Strategie: „Die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs stellen unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte vor Herausforderungen.“ Die parallel zum amerikanisch-russischen Krieg um die Ukraine (und Europa) forcierten diplomatischen und militärischen Geplänkel um Taiwan zeigen, wohin die Reise geht: In die Richtung umfassender militärischer Konflikte, wenn nicht gar eines imperialistischen Weltkrieges. Es ist die Aufgabe der internationalen Arbeiter:innenklasse, dies durch eine Zunahme des Klassenkampfes in allen imperialistischen Ländern zu verhindern!

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 5 • Sommer 2021

Preis: 1,50 Euro

Was unsere Partei kennzeichnet:

Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.



Inhalt:

Editorial	2
Auf die Angst, das soziale Chaos, das Chaos im Gesundheitswesen, die intensivierete Ausbeutung, die wachsende staatliche Repression muss reagiert werden!	4
Marxismus und Wahlen	6
Der imperialistische Krieg, seine ideologische Vorbereitung und die Linke des Kapitals	9
Der Tarifabschluss 2021 in der Metallbranche – eine einzige Farce!	14
Der schwierige Versuch der CFM-Beschäftigten, das Lohndumping zu beenden	18
Kampf d. Pflegekräfte gegen die Unterbesetzung u. hohe Arbeitsbelastung bei der Charité	22
Repressionen gegen kämpfende Arbeiter_innen in Italien	29
100 Jahre KP China – eine erfolgreiche bürgerlich-revolutionäre Partei und ihre kapitalistische Großmachtspolitik	31
Die Gründung der Kommunistischen Partei Italiens und die Kommunistische Linke	43
Es kann uns nicht um einen Politikwechsel gehen – Wir brauchen einen Systemwechsel!	58
Aus dem Partelleben	61

Kommunistisches Programm

Nr. 5 • Sommer 2021

Jetzt bestellen oder
online als PDF lesen!

100 Jahre „Geschichte und Klassenbewußtsein“ von Georg Lukács

Überarbeiteter Vortrag unseres offenen Treffens im Juli 2023

Sie hat eine fast „magische Anziehungskraft“, die von Georg Lukács vor 100 Jahren im österreichischen Exil zusammengestellt und 1923 unter dem Buchtitel „Geschichte und Klassenbewußtsein“ im Berliner Malik-Verlag erschiene Aufsatzsammlung. Entstanden als Beitrag zur Parteidebatte in der noch jungen Kommunistischen Internationale, haben die damaligen Aufsätze von George Lukács – nicht zuletzt aufgrund ihrer philosophischen Fundierung und theoretischen Kompaktheit – bis heute nichts an Ihrer Strahlkraft v.a. im politisierten, aktivistischen „linken Milieu“ eingebüßt. Wir wollen im Folgenden auf die positiven Aspekte der Schrift eingehen, aber auch – reflektierend auf Lukács spätere Selbstkritik – ihre Mängel erwähnen.



Georg Lukács.

Georg Lukács, ein Intellektueller aus großbürgerlichem Hause, der sich am Ende des Ersten Weltkrieges der proletarischen Bewegung angeschlossen hatte (Volkskommissar in der ungarischen Räterepublik war und politische Schulungen bei kämpfenden Einheiten der Roten Armee durchgeführt hatte) sah retrospektiv – in seinem kritischen Vorwort zur deutschen Neuausgabe – in dem Buch nur einen Ausdruck seines „Weges zum Marxismus“. Diese u.a. auf Drängen von Rudi Dutschke 1968 bei Luchterhand erschienene Neuveröffentlichung zeigte allerdings das große Interesse der „68er Bewegung“ an dieser Schrift, das aus einer ähnlichen Motivation gespeist war, wie Lukács' damalige Zielvorgabe bei der Zusammenstellung: Einen aktivistischen Marxismus zu formulieren gegen die sozialdemokratischen (und

nachfolgend stalinistischen) Erstarrungen. Den v.a. Intellektuellen „68ern“ ging es zusätzlich noch um eine Erklärung der sog. „Verbürgerlichung“ der Arbeiter:innenklasse, die ihr Wirken in der BRD so fruchtlos geraten lies.

Für uns liegt eine Bedeutung von „Geschichte und Klassenbewußtsein“ in ihrer Rekonstruktion des einheitlichen Marxismus gegen den mechanischen Materialismus der Revisionist:innen, die Anfang des 20. Jahrhunderts die Vorherrschaft in der Sozialdemokratie erlangt hatten, und deren Theorien später im Opportunismus der 3. Internationale wieder belebt werden sollten. Lukács hatte schon im Vorwort zur Erstausgabe festgestellt: „Denn es gilt – dies ist die Grundüberzeugung dieser Blätter –, das Wesen der Methode von Marx richtig zu verstehen und richtig anzuwenden, keineswegs aber sie in irgendeinem Sinne zu ‘verbessern’.“ (Ausgabe Sammlung Luchterhand 1970, S.51) Rückblickend konkretisierte er: „Ich erwähne nur das Einbeziehen der Jugendwerke von Marx in das Gesamtbild seiner Weltanschauung, während die damaligen Marxisten im Allgemeinen in diesen nur historische Dokumente seiner persönlichen Entwicklung sehen wollten. Dass Jahrzehnte später dieses Verhältnis umgekehrt wurde, dass man vielfach den jungen Marx als den einheitlichen Philosophen darstellte und seine reifen Werke weitgehend vernachlässigte, daran ist ‘Geschichte und Klassenbewußtsein’ unschuldig, denn in ihm wird das Marxsche Weltbild – richtig oder fehlerhaft – immer als ein wesentlich einheitliches behandelt.“ (Vorwort zur Neuausgabe. Ebenda, S.29) Lukács richtete seine damalige Schrift direkt gegen den mechanischen Fatalismus des sozialdemokratischen Reformismus, der aus dem zahlenmäßigen Wachsen der Arbeiter:innenklasse die vermeintliche Möglichkeit ihrer demokratische Machtübernahme als Übergang zum Sozialismus ableitete. Retrospektiv nannte er eine Quelle seiner Schrift „...die tiefe Abneigung gegen den mechanischen Fatalismus, der ihren Gebrauch im mechanischen Materialismus mit sich zu führen pflegte, gegen den mein damaliger messianischer Utopismus, die Vorherrschaft der Praxis in meinem Denken – wieder in nicht völlig unberechtigter Weise – leidenschaftlich protestierte.“ (ebenda, S.27)

Das Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein“ ist eine Sammlung von Abhandlungen, die Lukács zwischen 1919 und 1922 geschrieben hatte und deren Anordnung im Buch der inhaltliche Struktur des Dargestellten entspricht. Wir wollen im Folgenden auf drei Beiträge genauer eingehen. Am Anfang steht der Aufsatz „Was ist orthodoxer Marxismus?“, den Lukács noch während seiner aktiven Teilnahme an der ungarischen Räterepublik im März 1919 geschrieben hatte. Ausgehend von der marxistischen Theorie der Entfremdung stellt er in seinem Hauptaufsatz die Probleme der „Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats“ dar (also die warenförmige Existenz auch der Arbeiter:innen im Kapitalismus, die eine unmittelbare Erkenntnis der geschichtlichen Klassenlage verhindert), um dann im abschließenden Aufsatz „Methodisches zur Organisationsfrage“ dieses Problem der Formierung der Arbeiter:innenklasse als geschichtliche Kraft wieder praktisch zu wenden.



Das Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein.“

Was ist orthodoxer Marxismus?

Lukács schrieb in seinem gleichnamigen Aufsatz: „Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschließlich auf die Methode“ und stellte fest, dass „alle Versuche, sie zu überwinden oder zu ‘verbessern’ nur zur Verflachung, zur Trivialität, zum Eklektizismus geführt haben und dazu führen mußten“. (ebenda, S.59) Er identifiziert die marxistische Orthodoxie mit der dialektischen Methode, die er sowohl in ihrer materialistisch determinierten als auch ihrer tätigen Seite begreift.

Während bemühte Sponti-Theoretiker kritische Fußnoten von Lukács zu einigen Engels-Schriften zur Naturdialektik popularisierten, hob dieser durchaus die materialistische Determiniert der Totalität des Geschichtsprozesses hervor: „*Der Mensch der feudalen Gesellschaft konnte über sich als Gesellschaftswesen nicht bewusst werden, weil seine gesellschaftlichen Beziehungen selbst noch vielfach einen naturhaften Charakter besessen haben. (...) Die bürgerliche Gesellschaft vollzieht diesen Vergesellschaftungsprozess der Gesellschaft. (...) So wird die Erkenntnis der Gesellschaft als Wirklichkeit nur auf dem Boden des Kapitalismus der bürgerlichen Gesellschaft möglich.*“ (ebenda, S.86 ff) Allerdings war es nicht nur die objektive Zunahme der aufeinander bezogenen arbeitsteiligen Produktion und Reproduktion immer größerer Teile der Gesellschaft, sondern die dadurch gegebene Erkenntnisfähigkeit setzte, wie Lukács feststellte, auch wiederum ein materialistisch determiniertes Erkenntnisinteresse voraus. Während die Bourgeoisie ihre im Feudalismus gewachsene ökonomische Macht zur politischen Herrschaft gebracht und als quasi gesellschaftliches Naturgesetz etabliert hat, kann das Proletariat „*seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben.*“ (Karl Marx: Die heilige Familie. MEW Bd. 2, S.38. - zitiert von Lukács S.88)

Hier geht Lukács auf die historisch-materialistischen Grundlagen des „Klassenbewusstseins“ ein: „*Die Klasse jedoch, die als geschichtlicher Träger dieser Umwälzung auftritt, die Bourgeoisie, vollzieht diese ihre Funktion noch unbewusst (...) Erst mit dem Auftreten des Proletariats vollendet sich die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Und sie vollendet sich eben, indem im Klassenstandpunkt des Proletariats der Punkt gefunden ist, von wo aus das Ganze der Gesellschaft sichtbar wird.*“, da „*von seinem Standpunkt Selbsterkenntnis und Erkenntnis der Totalität zusammenfallen, (...) es zugleich Subjekt und Objekt der eigenen Erkenntnis ist.*“ (ebenda, S.87)

In der Klassenlage des Proletariats, das „nichts zu verlieren hat als seine Ketten“ – für die Freunde nasser Ironie und flacher Witze sei hier nur angemerkt: Goldkettchen sind keine Faktoren der Produktion und Reproduktion! –, ist die vorurteilsfreie Erkenntnis der Gesellschaft bzw. ihres historischen Prozesses angelegt. Es kann sich nur befreien, indem es die ganze Gesellschaft umwälzt, das Privateigentum

an Produktionsmitteln abschafft und jegliche Klassenspaltung beseitigt.

Abgeleitet aus der später umfangreich dargelegten „Verdinglichung“ - auf die wir noch eingehen werden - hob Lukács schon in seinem Aufsatz über orthodoxen Marxismus den tätigen Charakter der proletarischen Bewusstseinsbildung hervor. Nachdem er festgestellt hatte:

„...dieses Sichergeben der totalen Wirklichkeitserkenntnis von seinem Klassenstand aus, bedeutet aber keineswegs, dass diese Erkenntnis oder die methodische Einstellung auf sie nun dem Proletariat als Klasse (und erst recht nicht den einzelnen Proletariern) unmittelbar und natürlich gegeben wäre.“ (ebenda, S.89), bezieht er die Wirklichkeitserkenntnis auf den Entwicklungsprozess der proletarischen Bewegung selbst: *„Es ist der Weg von der Utopie zur*

Wirklichkeitserkenntnis; der Weg von den transzendenten Zielsetzungen der ersten großen Denker der Arbeiterbewegung bis zur Klarheit der Kommune von 1871: dass die Arbeiterklasse 'keine Ideale zu verwirklichen', sondern 'nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen' hat; der Weg von der Klasse 'gegenüber dem Kapital' zu der Klasse 'für sich selbst'.“ (ebenda, S.90)

Die „Arbeiter:innenklasse“ ist keine statische und statistische Größe, weder „bürgerlich“ noch „revolutionär“, sondern in ihrer Existenz ein Produkt ihrer eigenen Dynamik (Kämpfe und Erfahrungen – theoretisch fundiert im Marxismus und systematisiert in der Programmatik des Kommunismus). Deswegen gehen wir davon aus, dass die Existenz der Klasse eng mit der Existenz der Kommunistischen Partei verknüpft ist. Schon Marx und Engels schrieben im Kommunistischen Manifest von der „Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei“. Lukács Untersuchung der Entwicklungsbedingungen des Klassenbewusstseins zeigen den dialektischen Charakter dieser Entwicklung selbst, die die Klasse nur im Kampf entstehen lässt und ihre Partei zur Trägerin ihres Bewusstseins macht. Die Rolle des bewussten Faktors und theoretischen Kampfes hervorhebend, beendet er dementsprechend seinen Aufsatz mit der Feststellung:

„Darum ist die Funktion des orthodoxen Marxismus, seine Überwindung von Revisionismus und Utopismus kein einmaliges Erledigen falscher Tendenzen, sondern ein sich immer erneuernder Kampf gegen die verführerische Wirkung bürgerlicher Auffassungsformen auf das Denken des Proletariats. Diese Orthodoxie ist keine Hüterin von Traditionen, sondern die immer wache Verkünderin der Beziehung des gegenwärtigen Augenblicks und seiner Aufgaben zur Totalität des Geschichtsprozesses.“ (ebenda, S.93)

Hier ist Lukács bei Marx und Engels, die im Manifest die führende Rolle der Kommunistischen Partei damit erklärten, dass sie „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ hat.

Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats

Lukács beschreibt in diesem zentralen Text des Buches ausgehend von Marx' Kritik der politischen Ökonomie das Warenproblem als das zentrale strukturelle Problem der kapitalistischen Gesellschaft, ursächlich für alle Gegenständlichkeitsformen und die ihnen entsprechende Formen der Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft. Er zitiert Marx: *„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit*



Plakat von Janos Tabor aus Budapest von 1919.

als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“ (Das Kapital Band 1. MEW Bd. 23, S.86. - siehe Lukács S.174f.) Für die Ebene des Bewusstseins konstatiert Lukács dementsprechend: „Der Mensch erscheint weder objektiv noch in seinem Verhalten zum Arbeitsprozess als dessen eigentlicher Träger.“ (ebenda, S.178)



Ungarn 1918: Mihaly Karolyi hält eine Rede vor dem Parlament in Budapest.

Wir kennen diese der Warengesellschaft immanente Form der Entfremdung sehr gut. In ihr wird alles (inklusive der produktiven Tätigkeit der Menschen) auf den Wert reduziert und zu Markte getragen, die Arbeitskraft verkauft und die „Selbstoptimierung“ zum Lebensziel erhoben. Die produktive Kooperation der Produzenten wird dem Konkurrenzprinzip unterworfen und ihre Produkte werden für sie immer schwerer bezahlbare Waren im Supermarkt.

Lukács beschreibt diese Totalität der warenförmigen Existenz als Grundlage der Isoliertheit der Lohnarbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft. Diese wird laut Lukács durch die rationell-kalkulatorische Zerlegung des Arbeitsprozesses noch verschärft: „...zerreißt die mechanisierende Zerlegung des Produktionsprozesses auch jene Bande, die die einzelnen Subjekte der Arbeit bei 'organischer' Produktion zu einer Gemeinschaft verbunden haben.“ (ebenda, S.180) Die „Alltagswirklichkeit“ macht den kontemplativen Zuschauer zu einem „isolierten, in ein fremdes System eingefügten Teilchen“ (ebenda).

Hier geht Lukács richtig auf einen Aspekt der kapitalistischen Produktion ein, den das Kapital auch politisch-strukturell zu vertiefen versucht. Die produktive Kooperation des Proletariats, die für die Mehrwertproduktion unerlässlich und damit für den Kapitalismus existenziell ist, soll durch organisatorische Zergliederungen und Auflösung von Arbeiter:innenkonzentrationen in ihrem antagonistischen Potential entschärft werden. Dieser Versuch des Kapitalismus das Anwachsen seines selbstgeschaffenen „Totengräbers“, wie Marx und Engels im Manifest schrieben, zu verhindern, stößt allerdings an die Grenzen der Existenzbedingungen des Kapitalismus selbst. Der Kapitalismus kann nicht existieren ohne aus lebendiger Arbeit Mehrwert zu saugen. Seine „ideologischen Brandmauern“, so tief sie auch in den Entfremdungsverhältnissen verwurzelt sind, stehen grundsätzlich auf dem sandigen Boden des Klassenantagonismus.

Hier setzt dann auch unsere Staats- und auch Demokratiekritik an: Die fehlende Gesellschaftlichkeit der warenförmigen Individuen kann in der bürgerlichen Gesellschaft nur über den Staat hergestellt werden. Die vermeintlich demokratische Souveränität der Individuen ist dabei nur die ideologische Festschreibung der Warenform. Demgegenüber muss der proletarische Klassenkampf die reale Gesellschaftlichkeit gegen den Staat und seine demokratischen Formen revolutionär durchsetzen.

Der Kapitalismus schafft durch sein gesellschaftliches System der Mehrwertproduktion (also die notwendige produktive Kooperation) die Grundlagen und durch seine zwangsläufige Verschärfung der Ausbeutung und seine krisenhafte Entwicklung die Notwendigkeit für den existenziellen Kampf der Lohnarbeiter:innen. Die strukturelle Totalität seines Systems hebt den Antagonismus nicht auf. Auf diesen im philosophischen Hauptteil seines Buches unterbeleuchteten Aspekt ging Lukács in seiner späteren Selbstkritik ein: „Es ist sicher ein großes Verdienst von 'Geschichte und Klassenbewußtsein', dass es der Kategorie der Totalität, die die 'Wissenschaftlichkeit' des sozialdemokratischen Opportunismus ganz in Vergessenheit drängte, wieder jene methodologische Zentralstelle zuwies, die sie in den Werken von Marx immer hatte. Dass bei Lenin ähnliche Tendenzen wirksam waren, wusste ich damals nicht. (...) Während aber Lenin auch in dieser Frage die Marxsche Methode wirklich erneuerte, entstand bei mir eine - Hegelsche - Überspannung, indem ich die methodologische Zentralstelle der Tota-

lität in Gegensatz zur Priorität des Ökonomischen brachte.“ (ebenda, S.21) „In solchen philosophischen Schiefheiten rächte es sich, dass ‘Geschichte und Klassenbewußtsein’ in seiner Analyse der ökonomischen Phänomene nicht in der Arbeit, sondern bloß in komplizierten Strukturen der entwickelten Warenwirtschaft seinen Ausgangspunkt suchte.“ (ebenda S.20)



Revolutionär:innen kämpfen für die ungarische Räterepublik.

Lukács versank bei seiner Ablehnung des mechanischen Materialismus der Sozialdemokratie in den Tiefen der Warenformanalyse und Entfremdungstheorie und „vergaß“ teilweise die Grundlinien des historischen Materialismus. Er stellte in seinem selbstkritischen Vorwort

richtig fest, dass in seiner Schrift „die kapitalistische Ausbeutung (...) diese ihre objektiv revolutionäre Seite (verliert)... dass also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden“ (ebenda, S. 17).

Wenn Lukács im Verdinglichungs-Aufsatz die „Auflösung und Zersetzung aller urwüchsigen Produktionseinheiten“ kritisierte und feststellte, dass der Kapitalismus die „rationell verdinglichten Beziehungen an Stelle der urwüchsigen, die menschlichen Verhältnisse unverhüllter zeigenden“ setzt (ebenda, S. 181f.), übersieht er, dass ja gerade die Entwicklung des kapitalistischen Marktes die isolierte, religiös verbrämte Existenz der Produzenten im Feudalismus aufgesprengt und damit die Möglichkeiten der Vergesellschaftung erst geschaffen hat. Die Bourgeoisie hat die Produktionsverhältnisse geschaffen, die für die Entwicklung der Produktivkräfte notwendig waren. Der Sozialismus muss wiederum die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abschaffen, die zur Fessel für eine vernünftige Nutzung und Entwicklung der Produktivkräfte (entsprechend der Anforderungen des Stoffwechsels von Mensch und Natur) geworden sind. Diese Grunderkenntnis des historischen Materialismus, dass die (entfremdete) kapitalistische Vergesellschaftung erst die Grundlagen der realen Vergesellschaftung entwickelt, dass der Kapitalismus selbst die Grundlagen der Warenproduktion unterminiert (ökonomische Krisen, Staatskapitalismus) und dass er mit der Arbeiter:innenklasse den Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft schafft, ist eine Grunderkenntnis des Marxismus. Mit der produktiven Kooperation der Arbeiter:innenklasse im Kapitalismus (und tendenziell auch schon gegen die Ausbeutung), wird die Voraussetzung der revolutionären Kooperation geschaffen.

RICHTIG an Lukács Verdinglichungstheorie ist, dass im Kapitalismus auch die Lohnarbeiter:innen Waresubjekte sind und die Arbeiter:innenklasse nur im Kampf entstehen kann. ABER: Auf ihren Grundlagen (soziale Gleichheit, produktive Kooperation) nicht durch „messianische Aufklärung“.

Der sich auf Lenin berufende Lukács sah offensichtlich seine theoretischen Mängel, die gerade den Sponti-Theoretikern und kurzzeitig revoluzzierenden „Geschichte Macher“ so eingängig waren.

Er schrieb in seiner Selbstkritik: „Ich bemerkte nur nicht, dass ohne eine Basis in der wirklichen Praxis, in der Arbeit als ihrer Urform und ihres Modells, die Überspannung des Praxisbegriffs in den einer idealistischen Kontemplation umschlagen muss. (...) Gemeint habe ich das, was Lenin in ‘Was tun?’ so bezeichnet, dass im Gegensatz zum spontan entstehenden trade-unionistischen Bewusstsein, das sozialistische Klassenbewußtsein an die Arbeiter ‘von außen’ (...) hergetragen wird. Was also bei mir der subjektiven Intention nach, bei Lenin als Ergebnis der echten marxistischen Analyse einer praktischen Bewegung innerhalb der Totalität der Gesellschaft war...“ (ebenda, S.18)

Der richtige Kern der Lukács'schen Selbstkritik führt ihn allerdings zu falschen politischen Schlussfolgerungen. So erklärte er in seinem späteren Vorwort: „Das ich in den russischen Parteidiskussionen an

der Seite Stalins, auf der Bejahung des Sozialismus in einem Land stand, zeigte sehr deutlich den Beginn einer entscheidenden Wandlung.“ (ebenda, S.31) Lukács meinte, dass er mit der Hinwendung zur stalinistischen Realpolitik eine Überwindung seiner idealistischen Fehler eingeleitet hätte. So vertrat er in seiner folgenden ungarischen Parteiarbeit die „Kooperation der einigermaßen links gerichteten gesellschaftlichen Elemente gegen die heraufziehende und sich verstärkende Reaktion.“ Er unterstützte die Einheits- und Volksfrontpolitik, die ja in Wirklichkeit den proletarischen Kampf im bürgerlichen Bündnis auflöste und behauptete, dass „für Ungarn ein direkter Übergang zur Räterepublik nicht möglich“ war, womit er das stalinistische „Etappenmodell“ vertrat, das ihr erbärmliches Resultat ja gerade in den „Volksdemokratien“ fand. (ebenda, S.32f.)

Lukács löste im Nachhinein das richtig festgestellte Problem von warenförmiger Entfremdung und produktiver Kooperation realpolitisch. Er setzt statt auf eine historisch-materialistische Aufhebung (im Kampf der Klasse selbst, „naturwüchsig“ entstehend und von der Partei geführt) auf eine politisch-taktische (durch geschicktes Agieren der den schrittweisen Fortschritt organisierenden – stalinistischen – Partei) und bleibt damit gerade in dem von ihm in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ richtig kritisierten bürgerlichen (Entfremdungs-)Rahmen: Demokratie, Parlament, opportunistisches „Politik machen“.

Trotzdem betrachtet er in dem im September 1922 im Kontext mit der damaligen Diskussion in der Kommunistischen Internationalen geschriebenen letzten Aufsatz seines Buches die Organisationsfrage theoretisch in einer großen Tiefe und Klarheit.

Methodisches zur Organisationsfrage

In seiner Darstellung des dialektischen Zusammenhangs zwischen geschichtlicher Entwicklung und proletarischer Organisation greift Lukács auf Rosa Luxemburgs antirevisionistischen Beitrag in der Massenstreikdebatte innerhalb der Sozialdemokratie am Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Er teilt ihre Kritik der sozialdemokratischen politisch-gewerkschaftlichen Apparate: „Das Problem der Massenaktionen, des revolutionären Massenstreiks zeigt ihre Ohnmacht den spontanen Bewegungen der Massen gegenüber; erschüttert die opportunistische Illusion, die in dem Gedanken der ‘organisatorischen Vorbereitung’ solcher Aktionen steckt; erweist, dass solche Organisationen den realen Aktionen der Massen stets nur nachhinken, sie hemmen und hindern, statt sie fördern oder gar führen zu können.“ (ebenda, S.455f.)

So richtig das Ablehnen eines mechanischen Organisationsverständnisses ist, so falsch ist natürlich das absolut setzen der spontanen Klassenbewegung. Lukács schreibt zu dem Fehler Rosa Luxemburgs: „Dazu wäre es aber notwendig gewesen, dass Rosa Luxemburgs die Frage der politischen Führung wieder organisatorisch wendet: dass sie jene organisatorischen Momente aufdeckt, die die Partei des Proletariats zur politischen Führung befähigt.“ (ebenda, S. 456) „Sie hat bloß den organischen Charakter dieses Prozesses überschätzt und die Bedeutung des bewußten, bewußt-organisatorischen Elementes in ihm unterschätzt.“ (ebenda, S.482)



Lukács in der Zeit der Räterepublik.

Lukács definierte wie Lenin „die kommunistische Partei als revolutionäre Bewusstseinsform des Proletariats.“ (ebenda, S.482), als „konkretes Vermittlungsprinzip zwischen Mensch und Geschichte“ (ebenda, S.488). Ihre Aufgabe ist es „den Entwicklungsprozess des Klassenbewußtseins zu befördern und zu beschleunigen.“ Im Gegensatz zur „Organisationsform der Sekten“ und zur „Organisationsform der Opportunisten“ ist für Lukács „die scharfe, organisatorische Trennung der



Lenin mit Tibor Szamuely, ein Politiker der ungarischen Räterepublik.

bewussten Vorhut von den breiten Massen nur ein Moment des einheitlichen, aber dialektischen Entwicklungsprozesses der ganzen Klasse, der Entwicklung ihres Bewusstseins.“ (ebenda, S.512) Er erklärt die „Notwendigkeit der organisatorischen Abtrennung der Partei von der Klasse“ mit dem „verschiedenen Grade der Klarheit und Tiefe dieses Klassenbewußtseins in den verschiedenen Individuen, Gruppen und Schichten des Proletariats“ (ebenda, S.490), der Tatsache, dass „das Proletariat vielfach noch immer sehr stark in den Gedanken- und Gefühlsformen des Kapitalismus befangen“ ist und dem

Wirken des Opportunismus, den er als eigene organisatorische Form der Verbürgerlichung des Proletariats beschreibt. (ebenda, S.472)

Es ist eine grundlegende Position des (Links-)Kommunismus, dass die dialektische Einheit des zwangsläufigen proletarischen Kampfes und der notwendigen Kommunistischen Partei von den objektiven Möglichkeiten abhängt und ihren revolutionären Höhepunkt im sog. „Termin mit der Geschichte“ findet. Das heißt natürlich nicht, dass die Partei passiv wartet, bis die „objektiven Bedingungen“ vom Himmel fallen, es heißt aber, dass sie in ihrer Praxis immer die „Beziehung des gegenwärtigen Augenblicks und seiner Aufgaben zur Totalität des Geschichtsprozesses“ im Auge hat, wie Lukács treffend schrieb. D.h., wie Marx und Engels im Manifest schrieben, dass sie „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung“ vertritt. Dies alles in vollem Bewusstsein, dass man historische Prozesse nicht substituieren kann, sondern – für die Praxis! – in ihren Möglichkeiten und Grenzen klar erkennen muss. Wie Lukács schrieb: „Hier wird die Funktion der richtigen Theorie für das Organisationsproblem der kommunistischen Partei sichtbar. Sie soll die höchste, objektive Möglichkeit des proletarischen Handelns repräsentieren. Dazu ist aber die richtige theoretische Einsicht die unerlässliche Vorbedingung.“ (ebenda, S.496)

Lukács richtet sich in seiner Schrift zur Organisationsfrage gegen jeden Opportunismus, wie er nach dem Rückfluss der revolutionären Welle Anfang der 20er Jahre in der Kommunistischen Internationale Mode werden sollte. Durch Bündnisse mit der historisch aber leider noch nicht politisch erledigten Sozialdemokratie und „taktische“ Anpassungen an die kleinbürgerliche Demokratie sollte der geschwächte revolutionäre Klassenkampf aufgepäppelt und vor allem die isoliert gebliebene Sowjetunion verteidigt werden. Wir kennen auch heute das opportunistische Gefasel der Obertaktiker: „Wir müssen die Leute dort abholen, wo sie stehen“, was bei allem Bewegungseifer nur Anpassung und das Ertränken des Ziels im Elend der gegenwärtigen Situation bedeutet – weil man eben die Entwicklung schematisch und nicht dialektisch betrachtet. Demgegenüber stellte Lukács fest: „Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins (also: die Entwicklung der proletarischen Revolution) und die der kommunistischen Partei sind zwar - weltgeschichtlich betrachtet – ein und derselbe Prozess. Sie bedingen sich also in der Praxis des Alltags wechselseitig in der innigsten Weise, ihr konkretes Wachstum erscheint aber dennoch nicht als ein und derselbe Prozess, ja er kann nicht einmal eine durchgehende Parallelität aufzeigen.“ (ebenda, S.498f.) Er merkte an, dass die Partei sogar zuweilen gezwungen ist, „gegen die Massen Stellung zu nehmen; ihnen den richtigen Weg durch Negation ihres gegenwärtigen Wollens zu zeigen. Sie ist gezwungen, darauf zu rechnen, dass das Richtige an ihrer Stellungnahme den Massen erst post festum, nach vielen bitteren Erfahrungen begreiflich wird.“ (ebenda)

Mit der richtigen Feststellung, dass es die Realität der wirtschaftlichen und sozialen Lage ist, die die Massen in Bewegung setzt und dass es nicht in der Wirkungsmächtigkeit einer noch so geschickten und gut organisierten kommunistischen Partei liegen kann, die Situation aus einer der

Stagnation in eine des Kampfes zu verschieben (die geschichtliche Situation wird nicht durch den Willen der Partei erschaffen!), lag Lukács damals auf einer Linie mit der kommunistischen Linken.

Schon zwei Jahre vor Lukács's „Geschichte und Klassenbewußtsein“ hatte Amadeo Bordiga im Prozess der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens die beiden Artikel „Partei und Klasse“ (April 1921) und „Partei und Klassenaktion“ (Mai 1921) geschrieben. Dort war zu lesen:

„Der Begriff ‘Klasse’ darf also bei uns kein statistisches Bild erwecken, sondern ein dynamisches. Wenn wir ein soziales Streben, eine Bewegung mit gewissen Zielen entdecken, dann dürfen wir die Existenz einer Klasse im wahren Sinne des Wortes erkennen. Aber dann existiert auch schon, wenn auch noch nicht formal, so doch in der Substanz die Klassenpartei.“ (Partei und Klasse, Texte der IKP 1, S.14)

„Die kommunistische Partei ist mit einem durch die internationalen Erfahrungen der Bewegung bekräftigten theoretischen Bewusstsein ausgestattet, das ihr die Vorbereitung für die Erfordernisse des revolutionären Kampfes gibt; auch wenn sich in gewissen Phasen ihres Lebens die Massen teilweise von ihr entfernen, hat die Partei die Garantie, sie um sich zu haben, wenn sich jene revolutionären Fragen stellen werden, die keine andere Lösung zulassen als die in ihrem Programm vorgezeichnete.“ (ebenda, S.28)

Abschließend lässt sich feststellen, dass Lukács mit seinen Beiträgen in „Geschichte und Klassenbewußtsein“ trotz aller Mängel grundlegend auf bolschewistischem Kurs war (was hier positiv gemeint ist und nichts mit seiner stalinistischen Verballhornung zu tun haben soll). Mit den darin geäußerten politischen Schlussfolgerungen seiner philosophisch-theoretischen Betrachtungen stand er damals auf der Seite der Linken in der Kommunistischen Internationale (was sich allerdings vor dem Hintergrund der

ungarischen Parteientwicklung schnell ändern sollte). Dass die spätere theoretische Wirkungsmächtigkeit seiner Schrift vor allem in der Adaption ihrer Mängel lag (von der Konstruktion eines „westlichen Marxismus“ bis zur Negation des revolutionären Potentials der Arbeiter:innenklasse) ist weniger der weiteren politischen Entwicklung von Lukács als der folgenden konterrevolutionären Epoche nach dem Ausbleiben der Weltrevolution und dem Sieg des Stalinismus geschuldet. Lukács Buch lieferte damals einen wichtigen Beitrag in der Parteidebatte der Kommunistischen Internationale und ist für ein tieferes Verständnis der kommunistischen Programmatik auch heute durchaus dienlich.

Kommunistisches Programm
Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Sonderausgabe Preis: 1,50 Euro

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921), der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volkfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Was ist die Internationale Kommunistische Partei

**Kommunistisches Programm
Sonderausgabe**

**Jetzt bestellen oder
online als PDF lesen!**

Repression und Militarisierung der Gesellschaft ist die einzig wahre Staatsreligion

Die sozialen Kämpfe, die in jüngster Zeit in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und im Herzen der Vereinigten Staaten ausgebrochen sind, die großen Protestbewegungen in Ländern wie dem Iran, die anhaltenden Spannungen im blutigen Nahen Osten und im strategisch wichtigen Fernen Osten, die Unzufriedenheit, die in der Jugend (und nicht nur dort) aufgrund der Sorge vor einer „drohenden“ Umweltkatastrophe explodiert ist, und nicht zuletzt die immer offeneren und tieferen Widersprüche, die zu wiederholten Ausbrüchen von Kriegen in verschiedenen Teilen der Welt führen, sicherlich nicht zuletzt die immer offeneren und tieferen Brüche und Widersprüche, die zu wiederholten Ausbrüchen von Kriegen und Kleinkriegen in verschiedenen Teilen der Welt führen, sind allesamt Symptome (einige schwach und kurzlebig, andere akuter und beunruhigender) der fortschreitenden Verschärfung der Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Konfrontiert mit der objektiven Realität ihrer eigenen verheerenden Agonie und geschult durch zweieinhalb Jahrhunderte Erfahrung, ist sich die herrschende Klasse bewusst, dass das Wiederaufflammen des offenen Klassenkampfes eine reale, wenn auch noch nicht unmittelbare Bedrohung für den Erhalt ihrer Macht darstellt, die bisher durch die verschiedensten politischen Formen und unabhängig von der Farbe der aufeinanderfolgenden Regierungen ausgeübt wurde. Völlig desinteressiert und ohnmächtig, diesen Prozess auf konkreter und realer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene aufzuhalten, beschleunigen die Bourgeoisien auf der ganzen Welt durch die Nationalstaaten, die ihr artikuliertes Herrschaftsinstrument sind, die Tendenz zu einer fortschreitenden Verfestigung ihrer Kontroll- und Unterdrückungsstrukturen – Kontrolle und Unterdrückung, die für die beherrschte Klasse (unsere Klasse, das Proletariat) schon immer eine dramatische und blutige Realität darstellten, die aber jetzt noch deutlicher und direkter werden, bis hin zur Bildung einer einzigen und wahren Staatsreligion.

Im Laufe der Zeit haben die Verfassungen, Vorschriften und Gesetze, auf denen die Macht der herrschenden Klasse beruht, einen elastischen Bezugsrahmen mit sich verschiebenden Grenzen dargestellt, in dem die absolute Möglichkeit herrscht, diese Macht je nach den Erfordernissen des Augenblicks (despotisch) auszuüben. Um nur in der nationalen Sphäre Italiens zu bleiben (die trotz allem historisch eine Schule und ein Modell für die institutionellen Bedürfnisse eines großen Teils der Bourgeoisie anderer Nationalstaaten darstellte), hat das berühmte Rocco-Strafrecht (benannt nach dessen Schöpfer aus der Zeit von Mussolini) nichts anderes getan, als die Grundzüge der früheren liberalen antiproletarischen Gesetze aufzugreifen, um sie nicht nur entsprechend den Bedürfnissen der faschistischen Ära, sondern vor allem des historisch notwendig gewordenen imperialistischen Staates zu verstärken: und genau aus diesem Grund wurde dieses Strafrecht an das postfaschistische Regime weitergegeben, das es je nach seinen Bedürfnissen eingesetzt hat. Und das tut es auch heute noch, in einem Interpretations- und Anwendungsbereich, der immer und ausschließlich die Dringlichkeiten der „Verteidigung“ der so genannten „öffentlichen Ordnung“ berücksichtigt, wie die Abfolge von Dekreten oder „Sondergesetzen“ zeigt, die unabhängig von der Farbe der Exekutive Turco-Napolitano, Bossi-Fini und in jüngster Zeit Minniti-Orlando, Salvini, Lamorgese, Piantedosi erlassen werden; oder von der repressiven Praxis, die, um uns auf die letzten zwanzig Jahre zu be-



Die italienische Polizei feuert Tränengasgranaten ab.



In den USA gibt das Militär sein Equipment an die Polizei.

schränken, von Genua 2001 bis zum Val di Susa (No TAV-Bewegung) reicht, bis zu dem Hagel von repressiven Maßnahmen, juristisch und polizeilich, der die Logistiker:innen getroffen hat und weiterhin trifft, und so weiter, gipfelnd in der Anwendung des so genannten 'Artikel 41 bis' (Anti-Mafia-Gesetze, die nun auch gegen Linke eingesetzt werden, mit weitgehender Einschränkung der Rechte Inhaftierter und Isolationshaft) auf jede Aktion, die vage eine aktive Auflehnung gegen die etablierte Ordnung darstellt...

Andererseits, um mit einem noch italienischeren Beispiel fortzufahren, heißt es nicht in Artikel 42 der Verfassung (die von den Schöngestern weiterhin als die 'schönste der Welt' gefeiert wird!): 'Das Privateigentum wird durch das Gesetz anerkannt und garantiert, das die Modalitäten seines Erwerbs und seiner Nutzung sowie seine Grenzen festlegt, um seine soziale Funktion zu gewährleisten und es allen zugänglich zu machen'? Abgesehen von der Scheinheiligkeit von Ausdrücken wie „soziale Funktion“ und „für alle zugänglich“ kann und muss sich aus diesem Artikel eine Reihe von repressiven Maßnahmen ergeben, die sich sowohl gegen den kleinen Taschendieb im Bus als auch gegen die Streikpostenkette der Arbeiter:innen vor der Fabrik oder der Halle richten, beides „Privateigentum“ von mehr oder weniger anonymen Einzelpersonen oder Unternehmen oder des Staates. Das Gleiche geschieht natürlich auch anderswo, wie die Fälle des Darmanin-Gesetzes in Frankreich oder die neueren Anti-Streik-Gesetze in Großbritannien zeigen. In den Jahren, in denen die italienische Verfassung Gestalt annahm und ihre ersten Schritte machte, schrieben wir:

„Die revolutionäre Kritik, die sich nicht durch den Schein von Zivilisation und ungetrübtem Gleichgewicht der bürgerlichen Ordnung blenden lässt, hat seinerzeit festgestellt, dass auch in den demokratischsten aller Republiken 'die moderne Staatsgewalt nur ein Ausschuss ist, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet' [MEW 4, S. 464]. Womit auch entschieden mit den hirnigen Vorstellungen aufgeräumt wurde, wonach seit der Zertrümmerung des alten feudalen, klerikalen und autokratischen Staates dank der parlamentarischen Demokratie eine Staatsform entstanden sei, in der alle Gesellschaftsmitglieder, welches ihre ökonomische Stellung auch immer sei, vor Unheil bewahrt würden und mit gleichen Rechten vertreten wären. Der politische Staat, auch und vor allem der demokratisch-parlamentarische Staat, ist ein Unterdrückungswerkzeug. Er lässt sich recht treffend mit einem Speicher der Herrschaftsenergie der ökonomisch privilegierten Klasse vergleichen, der in Zeiten, in denen die soziale Revolte nicht zu explodieren droht, im potenziellen Zustand verharret, der aber, sobald es im gesellschaftlichen Untergrund zu brodeln beginnt, vor allem in Form von Polizeirepression und blutiger Gewalt geöffnet wird..“ (Gewalt und Diktatur im Klassenkampf)

Von „revolutionären Erschütterungen“ sind wir heute leider noch weit entfernt. Aber der politische Staat, der bewaffnete Arm der herrschenden Kapitalistenklasse, hat nie aufgehört, sich aufzurüsten: Sein „Reservoir der Herrschaftsenergien“ hat sich weiter gefüllt, auch dank der Entwicklung der Technologien und einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen – die ideologische nicht ausgenommen. Zu Beginn der Pandemie war sofort klar, dass der Staat sie gesellschaftlich nutzen würde, um eine Generalprobe für die Repression im großen Stil abzuhalten. So schrieben wir:

„Wir wollen klarstellen, dass diese Epidemie gesellschaftlich ausgenutzt wird (politisch, ideologisch, militärisch). Sowohl in der Art und Weise und den Zeitpunkten, mit der die herrschende Klasse von jedem Land teils unterschiedlich diese Gelegenheit augenblicklich ergriffen hat, um Maßnahmen des Belagerungszustandes zu elaborieren und in die Praxis umzusetzen, die über den Anlass des Virus hi-

nausgehen und Szenarien vorwegnehmen, die aus realer, historischer Erfahrung gut bekannt sind, sowohl der Klassenkrieg als auch der Krieg zwischen imperialistischen Staaten – um nicht zu sagen: Maßnahmen des Staatsterrorismus, eben so sehr auf der ideologischen wie auf der militärischen Ebene, der Kontrolle des Lebensraums.

Über die fratzenhafte Ausnutzung bis an die Grenzen der Manipulation der Daten, Statistiken und Bewertungen hinaus, mit häufigen Widersprüchen über Erkrankungs- und Todesraten und zu den fortlaufenden Streitereien zwischen „Experten“,

Politikern, Technikern, Intellektuellen erklingt in jedem Kommunikationsmittel der trommelnde Aufruf zu „kollektiver Verantwortlichkeit“, zu „nationaler Einheit“, „sich zum Staat für alle Bürger zu machen“, zum Kontrolle ausüben über die „anderen“, indem man die Tür hin zur Praxis der Denunziation öffnet, heute gegenüber denen, die die Entscheidungen, die von oben kommen, nicht vollständig respektieren, morgen in den Auseinandersetzungen mit denen, die sich nicht vollständig mit dem Staat identifizieren und stattdessen beabsichtigen, ihn zu bekämpfen; wir erinnern daran, dass zur geschicht eingeführten Praxis der Separation und Isolierung der Einzelnen der Verdacht und die kollektive Psychose hinzukommt.“ (Die gesellschaftliche Ausnutzung der Epidemie)

Doch abgesehen vom ideologischen [1] Aspekt, der uns gewiss nicht überrascht, zeigt sich das Wirken dieser einzig wahren Staatsreligion in der Materialität des täglichen Lebens. Wir denken an die blutige staatliche Unterdrückung, die in letzter Zeit die Massenbewegungen im Iran, in Tunesien, Ägypten und Syrien getroffen hat; an das unaufhörliche Abschlachten der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat; an die Gesichtserkennungstechnologien, die der chinesische Staat eingeführt hat und die von anderen Staaten übernommen wurden oder werden; die endlosen Morde an afroamerikanischen Proletarier:innen und Subproletarier:innen durch die Bullen oder die Praxis der militärischen Zurückweisung von Einwandernden an der Grenze, begleitet vom Bau der Mauer, die die Vereinigten Staaten von Mexiko trennt; die wiederholte Anwendung der so genannten „Anti-Mafia“-Gesetzgebung auf soziale Kämpfe in Italien, mit „Vereinigungsdelikten“ („Kriminelle oder terroristische Vereinigung“, in Deutschland §129/129a) oder die Ausweitung des „Gewaltverbrechens“ und des „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ auf diejenigen, die es sogar wagen, sich vor den Schlagstöcken der „Ordnungskräfte“ zu schützen!...

Es handelt sich um eine unumkehrbare Entwicklung, der nur durch ein anderes gesellschaftliches Kräfteverhältnisse entgegengewirkt werden kann. Aber das setzt eine Wiederaufnahme der Kämpfe voraus, nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Verteidigung, sondern auch des politischen Angriffs: eine Wiederaufnahme, die international organisiert stattfinden muss, je nach den Zeiten und Bedingungen jedes nationalen proletarischen Segments.



Bei Gummigeschossen ist Frankreich Vorreiter in Europa.



Eine deutsche Spezialeinheit:
Vom Militär kaum zu unterscheiden.

Auch aus diesem Grund braucht es ein Kampforgan (das in der Lage ist, das Gewaltmonopol der bürgerlichen Staaten zu brechen), das die Revolutionär:innen der imperialistischen Metropolen und Peripherien vereint: die Internationale Kommunistische Partei – eine kommunistische Partei, die kein ohnmächtiger Zusammenschluss lokaler Gremien ist, sondern das Zentrum einer koordinierten internationalen Leitung des unvermeidlichen revolutionären Prozesses, zu dem die Proletarier:innen des gesamten Planeten gezwungen sein werden. Um nicht die entwaffnende und passive demokratische diktatorische Herrschaft der Bourgeoisie zu erleiden, rufen wir von der Internationalen Kommunistischen Partei euch zur Wiederherstellung und Reorganisation dieses Kampforgans (das die Einheit von Aktion, Organisation und Taktik, Programm, Prinzipien und Theorie ist) auf.

Fußnoten:

[1] „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche herrschende Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.“ (Die deutsche Ideologie. Marx/Engels, MEW 3, S. 46)

Übersetzt aus: **il programma comunista, Juni/Juli 2023**

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 6 • Winter 2022/2023
Preis: 1,50 Euro

Was unsere Partei kennzeichnet:
 Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.



Inhalt:

Editorial	2
Wer greift „Europa“ an?	4
Der Krieg und die proletarische Klassenposition	20
Der schwierige Weg der Wiederaufnahme des Klassenkampfes gegen den Krieg	29
Ukraine. Die Knotenpunkte der weltweiten Krise	32
Krise, Krieg, Inflation, konzentrierte Aktion den Generalangriff auf die Arbeiter_Innenklasse zurückschlagen!	40
Tarifabschlüsse der Pflegekräfte von Charité und Vivantes	45
Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“: Der Anfang vom Ende!	49
Soziale Kämpfe und staatliche Repression in Italien	53
Der revolutionäre Defätismus im Zweiten Weltkrieg und die Entstehung der IKP	57
Aus dem Parteileben	66

Kommunistisches Programm
Nr. 6 • Winter 2022/2023

**Jetzt bestellen oder
online als PDF lesen!**

Aus dem Parteileben

Berliner Sektion/deutschsprachiger Raum

Zum Jahreswechsel 2022/2023 wurde die Nr. 6 dieser Zeitung veröffentlicht. Wir haben unsere monatlichen offenen Treffen, jeden letzten Donnerstag im Monat im RAUM (in der Rungestraße 20 in Berlin-Mitte), fortgeführt.

Die Themen unserer Veranstaltungen waren:

24.11.2022: Der revolutionäre Defätismus im zweiten Weltkrieg und die Gründung der Internationalen Kommunistischen Partei

Eine überarbeitete Fassung des Vortrags druckten wir in der letzten Ausgabe unserer Zeitung ab.

26.01.2023: Die Volksrepublik China, fester Bestandteil eines zum Krieg treibenden imperialistischen Systems

Zu dieser Veranstaltung mobilisierten wir u.a. mit dem Flugblatt auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Nach einem kurzen Vortrag gab es unter den Anwesenden einige Nachfragen und eine Diskussion (siehe den entsprechenden Artikel in dieser Ausgabe). Wie so häufig sind wir auch wieder auf das „Kriegsthema“ gekommen, bei dem ein Anwesender über tiefe Brüche in der anarchistischen Szene mit Kriegsbefürworter:innen in seinem ehemaligen Freundeskreis berichtete.

23.02.2023: Pazifistische Friedensbewegung / antifaschistische Querfrontparanoia / neurechte Deuschtümelei – Das darf es nicht gewesen sein! Für eine proletarische Antikriegsbewegung!

Dieses offene Treffen beschäftigte sich im Vorfeld mit der Friedensdemonstration, die u.a. mit einer breit unterstützten Petition von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer vorbereitet wurde. Wir kritisierten die Gefahr einer nationalistischen „Friedensposition“, wiesen aber die denunziatorischen Absichten der antifaschistischen Querfrontmahner zurück. Auch in den 1980er Jahren hatte die Friedensbewegung einen ambivalenten Charakter, wurden von uns ihr Pazifismus und Nationalismus kritisiert. Gleichzeitig ist das Durchbrechen der aktuell omnipräsenten Kriegspropaganda durch ein sichtbares Artikulieren der „Kriegsmüdigkeit“ ein wichtiger Schritt und Ansatzpunkt für unsere weitergehende Propaganda. Das Ziel ist natürlich der Klassenkampf gegen das Kriegssystem.

30.03.2023: Illusionen in die Partei Bündnis 90/Die Grünen – Von der kleinbürgerlich-pazifistischen Protestpartei zur Kriegspartei

Nach einem Vortrag über den Charakter der Grünen als bürgerliche Partei und deren folgerichtige Anpassung an die nationalen Erfordernisse (Sozialabbau, Kriegskurs und imperialistische Politik) gab es einige Nachfragen und eine interessante Diskussion.

Hierbei ging es viel um die Situation unserer Klasse in sozialen Kämpfen, generell und konkret, z.B. in England, Frankreich, Italien und Deutschland und wie man die Kriegslogistik blockieren kann. Außerdem wurde die Rolle der staatstragenden Gewerkschaften kritisiert, die sich weigern, den aktuellen Ukraine-Krieg und die deutsche Beteiligung z.B. durch Waffenlieferungen anzuprangern oder ihn teils gar unterstützen. Wir waren uns einig, dass es notwendig ist, wo es unsere Möglichkeiten zulassen, zu intervenieren und eine strikte Antikriegsposition im Sinne des Revolutionären Defätismus zu vertreten.

27.04.2023: Die aktuellen Klassenkämpfe in Frankreich und die Fallstricke seiner „demokratischen Lösung“

25.05.2023: Proletarische Kämpfe in Europa – Wie die Regime-Gewerkschaften den Klassenkampf sabotieren.

27.07.2023: Vortrag über Lukács „Geschichte und Klassenbewußtsein“

Nach einem ausführlichen Vortrag (siehe den entsprechenden Artikel in dieser Ausgabe) gab es eine lange und interessante Diskussion.

Weitere Aktivitäten waren:

12.11.2022: „Umverteilen“-Demonstration

Um die 7.000 Demonstrierende hatten sich in Berlin am Roten Rathaus versammelt, um die soziale Situation und die hohe Inflation anzuprangern. Das Kriegsthema wurde hierbei, wie wir scharf kritisieren, komplett ausgeblendet. Vermutlich wollten es einige „linke“ Gruppen vermeiden, einen offenen Konflikt oder Bruch mit Bellizist:innen in den eigenen Reihen zu provozieren. Wir haben mehrere hundert Flugblätter verteilt mit dem Titel „Krise, Krieg, Inflation, konzertierte Aktion –

den Generalangriff auf die Arbeiter:innenklasse zurückschlagen!“, dessen Inhalt auch als Artikel in der letzten Nummer unserer Zeitung erschienen ist und haben außerdem mit einigen Demonstrierenden kurze Diskussionen geführt.

Januar 2023: Luxemburg-Liebknecht-Lenin

Wir haben ein Flugblatt mit dem Titel „Den 3. Weltkrieg verhindern – aber wie?“ entworfen und das Konzept des „Revolutionären Defätismus“ u.a. durch erklärende Plakate in deutscher, englischer, russischer und ukrainischer Sprache offensiv propagiert.

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar haben wir - wie auch in den letzten Jahren - einen Infotisch organisiert und Flyer verteilt. Die Resonanz war positiv und es gab einiges an Interesse und Diskussionen, was insbesondere an unserer konsequenten Position zum Ukraine-Krieg lag.

Auf der Demonstration am 15. Januar haben wir ebenfalls Flugblätter verteilt, interessante Diskussionen geführt und neue Kontakte geknüpft, ebenfalls vor allem aufgrund unserer Position zum Ukraine-Krieg.

25.02.2023: Friedensdemo in Berlin am Brandenburger Tor

Diese Demo fand ausgehend von einer Kritik an den Waffenlieferungen in die Ukraine statt. Wir haben innerhalb kürzester Zeit mehrere hundert Flyer mit dem Titel „Krieg dem Krieg“ verteilt. Wir hätten noch viel mehr verteilen können, so groß war das Interesse an unseren Positionen, hatten aber leider zu wenig gedruckt. Die von einigen antifaschistischen Gruppen prognostizierte Dominanz von Menschen aus dem rechten Spektrum, die das Thema Krieg aufgrund der kompletten Kapitulation weiter Teile der bürgerlichen und pseudo-revolutionären Linken immer häufiger instrumentalisieren, hat sich nicht erfüllt. Es dominierte die klassische Friedensfahne.

Ostermärsche im April:

Auf den Ostermärschen in Berlin und Bonn wurde das Flugblatt „Peace is over... Gegen die Kriegs- und Inflationsangriffe hilft nur der Klassenkampf!“ verteilt, wobei es positive Resonanz gab.

Darüber hinaus haben wir unsere Arbeit auch in Wien und Zürich ausgebaut und neue Kontakte in Deutschland geknüpft.

Sektion Rom

Im Februar beteiligte sich die Sektion mit unserer Presse und unseren Broschüren an einer Reihe von Initiativen und Veranstaltungen.

Am Freitag, den 3. Februar, waren wir in der Buchhandlung Anomalia bei der Präsentation des Buches „41 bis Il carcere di cui non si parla“ (Anti-Mafia-Gesetze und Gefängnisregime mit Isolationshaft, was nun gegen Linke angewendet wird): 25 Personen waren anwesend und wir verteilten zwei unserer jüngsten Flugblätter („Memphis, USA - Altri nodi vengono al pettine“ und „Toccano uno, toccano tutti“), die sich mit dem Thema der Repression gegen Afro-Amerikaner:innen in den USA und Gewerkschaftler:innen in Italien befassen und mit Interesse aufgenommen wurden. Am nächsten Tag, Samstag, dem 4. Februar, waren wir bei der von den Anarchist:innen organisierten Demonstration für Cospito gegen „41 bis“ (besagte Anti-Mafia Gesetze) die einzigen, die Flugblätter verteilten: etwa tausend Menschen waren anwesend. Es waren viele junge Leute da, die sich für das Flugblatt „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!“ interessierten, so dass es vielfach möglich war, schnell und kurz zu diskutieren. Viele Geschäfte blieben geschlossen, der Demonstrationzug wurde von Polizist:innen in Schutzkleidung begleitet und es waren mehrere gepanzerte Fahrzeuge entlang der Route postiert.

Am Samstag, den 25. Februar, gab es eine Demonstration „gegen den Krieg, die Teuerung und die Regierung“: Sie startete von der Piazza San Giovanni Bosco (südöstlicher Stadtrand von Rom) und endete in der Nähe des Militärflughafens von Centocelle, dem Sitz des COVI (Comando Operativo di Vertice Interforze – Oberstes streitkräfteübergreifendes Einsatzkommando), von dem das Hauptquartier der italienischen Streitkräfte abhängt. Es war eine Demonstration der Apparate: nur Gewerkschaften (Cub, Si Cobas von Rom und Neapel, 7. November Arbeitslose Kampforganisationen, TIR (Revolutionäre Internationalistische Tendenz), Viterbo Kampfkomitee, Villa Gordiani Kampfkomitee und politische Organisationen (FGC, FC, PCL, Carc, Klasse gegen Klasse, FIR (Revolutionäre Internationalistische Fraktion), IMA Europa (International Migrants Alliance) waren mit ihren Bannern und Fahnen anwesend. Neben den Unterzeichnern der Initiative waren ISKRA, n+1, Collettivo Quadraro, Migrant Networks, einschließlich einer größeren Gruppe peruanischer Arbeiter:innen, anwesend. Insgesamt waren es etwa 300 Personen. Bei dieser Gelegenheit haben wir die kürzlich veröffentlichte Kriegsbeilage verteilt.

Andere Demonstrationen gegen Repression und gegen den Krieg in Italien:

Einige Genoss:innen der Sektion Mailand nahmen an einigen Demonstrationen gegen die Repression und in Solidarität mit Cospito teil, die zwischen Februar und März in Turin, Mailand und Modena in einem Klima hemmungsloser Militarisierung stattfanden, wobei sie das Flugblatt „Toccano uno, toccano tutti“ („Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!“) verteilten. Die Mailänder Sektion hat sich dann mit einer breiten Verteilung der oben genannten Beilage an der Demonstration vom 25.2. gegen den Krieg beteiligt, die von Basisgewerkschaften organisiert wurde.

Öffentliche Konferenz in Cagliari:

Am 11. März veranstaltete die lokale Sektion eine öffentliche Konferenz zum Thema: „Stehen wir am Vorabend der Wiederaufnahme des Klassenkampfes? Was ist zu tun?“. Die Zuhörerschaft war nicht groß, aber die Aufmerksamkeit der Anwesenden und ihre aktive Teilnahme an der Diskussion rechtfertigen unsere Bemühungen: auch wenn es erstmal „äußerlich“ erscheint, sind dies kleine Schritte, mit denen die Partei die Klasse und sich selbst vorbereitet. Der Titel könnte den Anschein erwecken, als wolle er den Suchenden Abkürzungen und einfache Wege aufzeigen und auf die (heikle und irreführende!) Frage eingehen, wann und wie die Klassenerweckung stattfinden soll. Natürlich hat sich der Verlauf der Konferenz nur an den zahlreichen Episoden orientiert, die in den letzten Jahren weltweit dazu geführt haben, dass unsere Klasse gezwungen war, die Erstarrung eines Jahrhunderts der Konter-

revolution abzuschütteln, wieder auf die Straße zu gehen und zu versuchen, sich zu verteidigen. Darauf aufbauend ging die Versammlung dazu über, unser unveränderliches Parteiprogramm erneut zu forcieren, unabhängig davon, wann und wie dies erreicht werden könnte. Es war besonders wichtig, fatalistische Thesen abzulehnen, die in den Grenzen der Gegenwart und des nationalen Partikularismus eine Wiederaufnahme des Klassenkampfes für unmöglich halten.

1. Mai international

Wir nahmen an verschiedenen Demonstrationen zum 1. Mai teil.

Die Genoss:innen aus Benevento nahmen an der Demonstration in Neapel teil, die von der S.I. Cobas mit Vertretern aus ganz Süditalien organisiert wurde und sich auf der Piazza del Gesù konzentrierte. Neben rein gewerkschaftlichen Forderungen richteten sich die Parolen gegen den Krieg und gegen alle Regierungen, wohl wissend, dass die Opfer die Proletarier:innen in allen Teilen der Welt sind. Die Teilnehmenden waren definitiv nicht da, um ausgelassen zu feiern, sondern entschlossen, den 1. Mai zu einem Tag des Kampfes zu machen. Wir verteilten unser Parteiblatt und verkauften etwa 20 Exemplare der Zeitung. Aufgrund des anhaltenden Regens musste der Beginn der Demonstration verschoben werden, aber der Zustrom auf den Platz, insbesondere von Migrant:innen mit Fahnen und Transparenten, riss nicht ab.

In Rom nahm unsere Sektion an dem Kampftag teil, der unter dem Motto „Internationalistischer 1. Mai – Gegen den imperialistischen Krieg, den Angriff auf die Löhne und den staatlichen Rassismus“ stand und zu dem Torpignattara Solidale, Comitato di lotta Viterbo, S.R.I., Klasse gegen Klasse, Comitato di lotta Villa Gordiani, Comitato di lotta Quadraro aufgerufen hatten. Außer den Organisatoren und uns waren das Komitee der JVP Sri Lanka in Italien, die Battaglia Comunista, die IMA Europe (International Migrants Alliance), Che fare, einige palästinensische Genossen und die PCL anwesend: die Versammlung fand auf dem Largo Bartolomeo Perestrello in Torpignattara statt, einem multiethnischen Viertel des fünften Stadtbezirks von Rom, von wo aus sich dann ein Umzug entlang einer wichtigen Straße des Viertels bis zur Piazza della Marranella bewegte (ca. 300 Personen, mit wenigen Anhängern aus der Bevölkerung des Viertels). Unsere Genoss:innen verteilten das Flugblatt zum 1. Mai zusammen mit der neuesten Ausgabe der Zeitung und tauschten sich mit palästinensischen Genoss:innen über die aktuelle Lage in den besetzten Gebieten und das Wiederaufleben der Repression durch den israelischen Militärapparat aus; sie diskutierten auch mit einem ecuadorianischen Genossen, der Präsident der IMA ist und sich (obwohl er ziemlich weit von unseren Positionen entfernt ist) für die Notwendigkeit der Einheit unter den eingewanderten Arbeiter:innen auf der Grundlage des gemeinsamen Festhaltens an der marxistischen Theorie aussprach.

In Mailand verteilten wir mit Hilfe von Genossen aus anderen Sektionen tausend Flugblätter und verkauften etwa dreißig Exemplare der Zeitung an einen Aufmarsch, der zwar nicht so groß war wie in der Vergangenheit, aber dennoch aus einem multiethnischen und kämpferischen Proletariat bestand. Leider schloss sich der Demonstration eine Gruppierung an, die eher wie eine Rave-Party aussah, alles andere als ein Tag des Kampfes und des Protestes gegen die Kriege des Kapitals und die antiproletarische Unterdrückung...

Die Genoss:innen der Berliner Sektion nahmen an der morgendlichen Demonstration der offiziellen Gewerkschaften teil und verbreiteten unser Flugblatt und unsere Presse mit positiver Resonanz: viele der etwa 6.000 Demonstrierenden brachten ihre große Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Verhandlungen der Gewerkschaft ver.di im öffentlichen Dienst (siehe den Artikel in dieser Ausgabe) zum Ausdruck und es gab interessante Diskussionen am Rande des Umzugs. Auf der „Revolutionären Demonstration“ um 18 Uhr (mit wieder bis zu 20.000 Teilnehmenden), verteilten die Genoss:innen das Flugblatt und unsere Presse, wiederum mit guter Resonanz und der Bestätigung, dass einige der Anwesenden uns bereits kannten und nach dem Flugblatt fragten.

In Zürich, beim traditionellen Maifest am 30. April, waren wir mit einem Stand präsent, verteilten Flugblätter und verkauften unsere Presse, mit einigen interessanten Gesprächen. Am nächsten Tag, bei der traditionellen gewerkschaftlichen Maidemonstration (bis zu 10.000 Teilnehmende, darunter Gewerkschaften, „kommunistische Gruppen“ und Autonome), wurden – neben dem Parteiflugblatt – von unseren Kontakten vor Ort auch 600 Flugblätter zur Ankündigung einer Diskussionsveranstaltung zur „revolutionären Klärung“ am 21.5. verteilt. (Siehe Dokumentation des Flugblattes in dieser Ausgabe). Obwohl einige erwartete Besucher nicht kamen, war diese erste Diskussionsveranstaltung mit über 20 Teilnehmern erfolgreich. Um die Themen revolutionärer Defätismus, Kritik am Antifaschismus und die Perspektiven des proletarischen Klassenkampfes soll weiterhin die Diskussion innerhalb der sog. „radikalen Linken“ revolutionär polarisiert werden.

Lest unsere internationale Presse!

the internationalist n.9

A PUBLICATION OF THE INTERNATIONAL COMMUNIST PARTY – 2023

- Ukraine: core issues underlying the world crisis
- Who is attacking „europe“?
- The difficult path of a renewed class struggle faced with war
- Prepare revolutionary defeatism against the imperialist war!
- We greet with enthusiasm the rebellion of the young women and the proletarians in Iran
- War, disaster, environmental destruction, high cost of living and the other treats bestowed by bourgeois rule
- Other chickens come home to roost
- Eighth of march two thousand and twenty three
- The wave of strikes in Great Britain continues and is a forerunner of battles resuming in the rest of Europe
- „We are all anti-fascists!“... So what?
- How the communist party works
- To fight against the war of capital, we need to fight again against the peace of capital

Verfügbar auf unserer Webseite und bei uns bestellbar.

il programma comunista

DISTINGUE IL NOSTRO PARTITO: la linea da Marx a Lenin alla fondazione dell'Internazionale comunista e del Partito Comunista d'Italia; alla lotta della sinistra comunista contro la degenerazione dell'Internazionale; contro la teoria del socialismo in un Paese solo e la controrivoluzione stalinista; al rifiuto dei fronti popolari e dei blocchi partigiani e nazionali; la dura opera del restauro della dottrina e dell'organo rivoluzionario a contatto con la classe operaia, fuori dal politicantismo personale ed elettorale.

**organo del partito
comunista internazionale**
www.internationalcommunistparty.org
info@internationalcommunistparty.org

Bimestrale – una copia € 1,00
Abbonamenti:
 – annuale € 10,00
 – sostenitore € 15,00
 Conto corrente postale: 59164889
 IBAN
 IT29076010160000059164889

Anno LXXI
 n. 3, giugno-luglio 2023
IL PROGRAMMA COMUNISTA
 Redazione:
 Casella Postale 272
 20101 Milano

Spedizione 70% - Milano

Repressione e militarizzazione della società unica e vera religione di Stato

in Siria; alla incessante carneficina delle popolazioni palestinesi a opera dello Stato israeliano; alle tecnologie per il riconoscimento facciale inaugurate dallo Stato cinese e adottate o in corso di adozione da parte di altri Stati; allo sterminio di omicidi di proletari e sotto-proletari afro-americani da parte degli sbr-

presa organizzata e diffusa a livello internazionale, secondo i tempi e le condizioni di ciascun segmento proletario nazionale. Anche per questo, si rende necessario un organo di combattimento (in grado di rompere il monopolio della violenza degli Stati borghesi), che raggruppi i rivoluzionari

Kontaktadressen:

Edition Programma,
Rungestraße 20, 10179 Berlin
E-Mail: kommunistisches-programm@riseup.net

Istituto Programma Comunista
Casella postale 272, Poste Cordusio, 20101 Milano
E-Mail: info@internationalcommunistparty.org

www.internationalcommunistparty.org



Telegram



Facebook



Twitter

Sektionen:

Berlin, Benevento, Bologna, Cagliari, Mailand, Messina, Rom, Turin

Offenes Treffen in Berlin:

Jeden letzten Donnerstag im Monat um 19 Uhr öffnen wir das Café Comunista als offenes Treffen, wo wir über aktuelle Themen diskutieren sowie über linkskommunistische Theorien und Positionen informieren.

Im RAUM, Rungestraße 20, Berlin-Mitte

Impressum

Kommunistisches Programm

Herausgeberin (V.i.S.d.P.): Stefanie Meier, Skalitzer Straße 73, Berlin-Kreuzberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

